Bauwesen und öffentliche Einrichtungen

Die Agenden des Bauwesens und die öffentlichen Einrichtungen waren im Jahre 1971 wie im Jahre zuvor im wesentlichen in drei Geschäftsgruppen zusammengefaßt, von denen jede unter der Leitung eines Amtsführenden Stadtrates stand. Diesen drei Geschäftsgruppen gehörten 21 Magistratsabteilungen an, deren Tätigkeit von der Stadtbauamtsdirektion koordiniert wurde.

Stadtbauamtsdirektion

Die Stadtbauamtsdirektion führte am 31. Dezember 1971 die Dienstaufsicht über 7.987 technische Bedienstete, 541 Bedienstete des Verwaltungsdienstes und 1.210 Saisonarbeiter. Während der Sommermonate waren 24 inländische Ferialpraktikanten beschäftigt.

Als Dienstaufsichtsstelle für das technische Personal hatte die Stadtbauamtsdirektion im Jahre 1971 insgesamt 20.685 Dienststücke allgemeiner und individueller Art zu behandeln und an deren Erledigung entscheidend mitzuwirken. Außerdem beantragte sie für Bedienstete, die ihrer Dienstaufsicht unterstanden, die Genehmigung von 242 Dienstreisen im Inland und von 227 Dienstreisen in das Ausland. Bei diesen Dienstreisen sowie bei den 1.832 routinemäßig von der Magistratsdirektion genehmigten Inlandsdienstreisen überprüfte sie die formellen Erfordernisse und die Reisekostenrechnungen. Nach deren Genehmigung leitete sie diese dem Besoldungsamt zur Anweisung zu. Von den 3.550 von ihr vorgeschriebenen Theater-, Reserve- und Permanenzdiensten wurden 2.685 verrechnet.

Im März 1971 wurde eine Vorschau für die Budgetbelastung durch bauliche Investitionen für die Jahre 1972 bis 1974 erstellt, wofür die elektronische Datenverarbeitungsanlage in Anspruch genommen wurde. Diese Arbeit ist im wesentlichen ein Hilfsmittel für die Erstellung des Voranschlages für das kommende Jahr. Auch für das Straßenbauprogramm der Magistratsabteilung für Straßenverwaltung und Straßenbau wurden die Gesamtkosten ermittelt, wobei auch die von den übrigen Abteilungen des Stadtbauamtes und den Wiener Stadtwerken vorzunehmenden Einbautenarbeiten berücksichtigt wurden. Derartige zusammenfassende Vorausberechnungen der Kosten wurden für die Gemeindestraßen wie auch für die Bundesstraßen betreffenden Bauprogramme vorgenommen.

Auf den städtischen Baustellen war während des ganzen Jahres 1971 eine große Zahl von Arbeitskräften beschäftigt, wie die nachfolgende Aufstellung zeigt.

	Im Durchschnitt beschäftigte Arbeitskräfte		
Monate	insgesamt	im Hochbau	im Tiefbau
Jänner	9.926	8.068	1.858
Februar	10.365	8.371	1.994
März	10.748	8.617	2.131
April bis November	12.456	9.490	2.966
Dezember	12.765	9.671	3.094

Es wurden auch wieder erhebliche finanzielle Mittel aufgewendet und Vorkehrungen getroffen, um die Bauarbeiten in den Wintermonaten in möglichst unvermindertem Umfang weiterführen zu können. Tatsächlich gelang es, in den Monaten Jänner bis März 1971 im Durchschnitt im Hochbau 8.352 und im Tiefbau 1.994, insgesamt 10.346 Arbeitskräfte, zu beschäftigen, nur um 1.704 Arbeitskräfte weniger als im Dezember des Vorjahres. Im Dezember 1971 ermöglichten finanzieller Einsatz, technische Vorsorge und die relativ günstigen Witterungsverhältnisse sogar, 9.671 Arbeitskräfte im Hochbau und 3.094 im Tiefbau zu beschäftigen, um 725 Arbeitskräfte mehr als während desselben Monats im Jahr zuvor. Allein auf den U-Bahn-Baustellen Karlsplatz und Favoritenstraße waren während der Wintermonate bis zu 280 Arbeitskräfte eingesetzt.

Die Auftragslage war im Jahre 1971 beim Wiener Bauhaupt- und Baunebengewerbe dank der hohen Investitionen der Stadt Wien sehr günstig. Besonders gut war die Entwicklung im Tiefbau, was nicht zuletzt auf die großen städtischen Bauvorhaben, wie die U-Bahn, den Verbesserten Donau-Hochwasserschutz und die Hauptkläranlage, zurückzuführen war.

Infolge des Beginns der Bauarbeiten an neuen Baulosen wurden die Terminplanungsarbeiten für

das U-Bahn-Grundnetz wesentlich erweitert. Auf diese Weise konnten aber auch die Abhängigkeiten zu Baulosen, in denen die Arbeiten schon früher aufgenommen worden waren, zergliedert und damit deutlicher gemacht werden, wodurch Verbesserungen im Arbeitsablauf erreicht wurden. Im Bauvorhaben Großfeldsiedlung wurde die netzplantechnische Bearbeitung fortgeführt und den Folgebauten, wie Schulen, Kindergärten sowie Einkaufszentren, besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Der Netzplan für die WIG 74 wurde der für dieses Gebiet getroffenen Verkehrslösung angepaßt und erweitert. Vollkommen neu aufgenommen wurde die Terminplanung mittels Netzplanes für den Bau des Allgemeinen Krankenhauses. Für den Kern der Anlage wurde ein Primärplan erstellt und durchgerechnet. Dieser bildete sodann die Basis für die noch nicht sehr weit gediehenen Sekundärpläne und allfällige Kostenrechnungen. Erstmalig wurden auch städtebauliche Planungsarbeiten, und zwar für die Gebiete Donaukanal und Unteres Wiental, mit Hilfe von Netzplänen erfaßt, um diese Arbeiten bezüglich ihrer zeitlichen Abfolge zu koordinieren. Es wurde ein genereller Strukturnetzplan erstellt, der gemeinsam mit den Architektenbüros, die die einzelnen Gebiete bearbeiten, erweitert werden wird. Schließlich wäre noch zu erwähnen, daß es unter Anwendung von Methoden der Netzplantechnik gelungen ist, nach den Angaben der für die Budgetangelegenheiten des Stadtbauamtes in der Stadtbauamtsdirektion zuständigen Stelle die Jahresbauraten für die baulichen Investitionen in einer für die elektronische Datenverarbeitung verwendbaren Form zu erfassen und dadurch das Erstellen einer mittelfristigen Budgetplanung für alle einschlägigen Arbeitsgebiete zu erleichtern.

Da die Vergebung von Arbeiten, für die ein Kostenaufwand notwendig ist, dessen Bewilligung bei dem jeweils zuständigen Gemeinderatsausschuß beantragt werden muß, der Stadtbauamtsdirektion durch Aktenvorlage zur Kenntnis zu bringen ist, hat diese die Möglichkeit, allenfalls vorliegende Mängel bei der Vergabe festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Diese Vorlage der Vergabeakten gewährt infolge der großen Zahl und Vielfalt der Arbeiten, auf die sich diese beziehen, aber auch Einblick in die Preisgestaltung und die Preisbewegungen in den verschiedenen Sachgebieten. Darauf gründet sich die Erfahrung, die es ermöglicht, die dem Stadtbauamt angehörenden Magistratsabteilungen in allen Preisangelegenheiten zu beraten. Die Zuteilung je eines sachverständigen Mitarbeiters für die Fachrichtungen Hochbau, Tiefbau und Maschinenbau, einschließlich Elektro-, Heizungs- und Lüftungstechnik, hat diese Möglichkeit noch verbessert. Vor allem mußten schwierige Anbote bei freihändigen Vergaben, darunter auch solche, bei denen weder ausreichende Erfahrungswerte noch Gegenofferte vorhanden waren, überprüft werden; bei diesen konnten oft große wirtschaftliche und finanzielle Erfolge erzielt werden. Es waren aber auch die Honorarforderungen der Ziviltechniker aller Fachrichtungen, mit Ausnahme der Architektenhonorare, zu überprüfen. Verhandlungen mit Anbotstellen, in denen die jeweilige Bauabteilung oder die Preisprüfungskommission keine befriedigenden Ergebnisse erzielen konnte, wurden oft zu einem günstigen Abschluß gebracht. Häufig wurden die Sachverständigen der Stadtbauamtsdirektion auch in Einzelfragen, die zum Beispiel die Bauzeit, Pönale, verschiedene Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen oder Vertragsauslegungen betrafen, zu Rate gezogen und konnten hier im Interesse der Stadt Wien Kostenersparnisse erwirken oder drohenden Schaden abwenden. Es wurden im Jahre 1971 auch wieder in Form von 4 Verständigungen mit insgesamt 110 Seiten Umfang Weisungen in Baupreisangelegenheiten an sämtliche mit Bauangelegenheiten befaßte Magistratsabteilungen gegeben. Diese Verständigungen werden überdies von einer großen Anzahl von amtlichen und halbamtlichen nichtstädtischen Stellen als Informationsgrundlage sehr geschätzt und bezogen. Als weiterer Beitrag zur Mitwirkung in Preisangelegenheiten wurde bei Änderungen von Kollektivverträgen für den kleinen Ausschuß der öffentlichen Auftraggeber die Erhöhung der Prozentsätze als Grundlage für die im Bundesministerium für Finanzen stattfindenden Verhandlungen zwischen den Vertretern der Auftraggeber und Auftragnehmer errechnet. Preisänderungen von Baustoffen wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt.

Die Mitarbeit in den verschiedenen Normenausschüssen, in denen die Neuauflage von ÖNORMEN beraten wird, sowie in der „Großen Preisprüfungskommission" des Allgemeinen Krankenhauses war eine weitere wichtige Aufgabe der Stadtbauamtsdirektion. Auch in Verbindungsfragen hatte sie sachverständigen Rat zu erteilen. Ferner wirkten städtische Ingenieure im Institut für Bauforschung, und zwar in der Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch, an der Schaffung eines Österreichischen Standardleistungsbuches mit. Das Halten von Vorträgen in den Vorbereitungskursen für die Prüfung für den Staatsbaudienst und den höheren technischen Dienst sowie für die Dienstprüfung für technische Bedienstete der Verwendungsgruppen C und D, in denen junge Beamte mit den Problemen des Normen- und Verdingungswesens sowie mit der Baupreisprüfung vertraut gemacht werden, gehörten ebenfalls in das Arbeitsgebiet, in dem wissenschaftliche und praktische Arbeit eng verknüpft sind.

Bei den im Jahre 1971 wie alljährlich abgehaltenen Berufsbefähigungsprüfungen für die Bau- und

Baunebengewerbe wurden 90 Kandidaten zugelassen; 85 traten zur Prüfung an, 43 Kandidaten bestanden sie mit Erfolg. Günstiger waren die Ergebnisse der Befähigungsprüfungen für die Erlangung einer Gewerbeberechtigung für das Elektriker- bzw. für das Gas- und Wasserinstallateurgewerbe; bei diesen unterzogen sich von den je 35 zur Prüfung Zugelassenen 33 bzw. 32 Kandidaten der Prüfung, und es konnte 27 Elektrikern und 23 Gas- und Wasserinstallateuren ein Meisterprüfungszeugnis ausgestellt werden. Bei den Ziviltechnikerprüfungen traten von 124 zugelassenen Kandidaten 92 zu den Prüfungen an, davon 74 mit Erfolg. Der Staatsbaudienstprüfung unterzogen sich von 67 zur Prüfung Genannten 66, davon 60 mit Erfolg. Auch bei der Dienstprüfung für technische Bedienstete der Verwendungsgruppen C und D traten von 127 zugelassenen Prüflingen 118 zur Prüfung an, die 116 erfolgreich bestanden.

Vor allem für den Umweltschutz außerordentlich wichtige Aufgaben der Stadtbauamtsdirektion sind die Lärmbekämpfung und die Reinhaltung von Luft und Wasser. Nachdem der Verfassungsgerichtshof erkannt hat, daß es Sache der Länder ist, Vorschriften gegen den Baulärm zu erlassen, wurde ein Entwurf eines Wiener Baulärmgesetzes unter Mitarbeit der Stadtbauamtsdirektion ausgearbeitet. Damit soll der Behörde die Möglichkeit gegeben werden, gegen die Erzeuger vermeidbaren Baulärmes einzuschreiten. Auch für Baumaschinenerzeuger und -händler wird das Gesetz eine willkommene Richtlinie für ihre Bemühungen sein, lärmarme Baumaschinen zu schaffen.

Um die Luftverschmutzung objektiv feststellen zu können, wird das bestehende Luftmeßstellennetz ständig erweitert. Die Zahl der mit kontinuierlich registrierenden Meßgeräten zur Bestimmung der Schwefeldioxydkonzentration ausgestatteten Meßstellen wurde auf 7 erhöht, und an rund 40 Punkten wurden Beobachtungsstationen für Schwefeldioxyddauereinwirkung, Staubniederschlag und Korrosionseinwirkung eingerichtet. Die ambulante Messung der Schwefeldioxydkonzentration an 29 Punkten wurde weitergeführt.

Architektur

Die Tätigkeit der Magistratsabteilung für Architektur gliedert sich in Planung und Beratung.

Die Planungstätigkeit betraf Neu-, Zu- und Umbauten, Ausgestaltungs-, Renovierungs- und Adaptierungsmaßnahmen an Objekten, bei denen die Stadt Wien als Eigentümer oder Bauwerber in Erscheinung tritt. Zum Teil wurden die Entwürfe und Pläne von städtischen Bediensteten ausgeführt. Es handelt sich hiebei um Projekte vorwiegend kleineren Umfanges, bei denen der Arbeitsumfang zumeist wegen Abänderungen und Zusatzplanungen im vorhinein kaum abzuschätzen war, wie etwa um Amtshäuser, Spitäler, Schulen und Heime. Bei diesen Objekten ist neben einer genauen Detailplanung eine ständige Beaufsichtigung der liefernden und ausführenden Firmen notwendig und daher der gesamte Zeitaufwand besonders hoch. Mit der Ausarbeitung umfangreicherer Projekte wurden freischaffende Architekten beauftragt.

Bei der Planung war eines der Hauptziele, die Bauvorhaben in wirtschaftlicher, funktioneller, architektonischer und auch soziologischer Hinsicht zu verbessern. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Studien, Untersuchungen und Ideenwettbewerbe durchgeführt, die optimale Lösungen für die Wohn- und Zweckbauten erbringen sollten. Eines der Beispiele hiefür ist ein vor zehn Jahren aufgelassenes Privatbad in der Endresstraße in Atzgersdorf, das ehemalige „Höpflerbad", das der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden soll. Das 2,5 Hektar große Grundstück wurde von der Stadt Wien erworben. Fünf als Bäderexperten anerkannte Architekten erhielten den Auftrag, Ideenskizzen auszuarbeiten, die auf den alten Baumbestand Rücksicht nahmen. Die Ergebnisse dieser Studien werden nunmehr von einem Architekten in einem Vorentwurf zu verwerten sein. Eine ähnliche Situation liegt bei dem neu zu errichtenden „Hohe Warte-Bad" vor. Ein Umbau des alten Bades ist nicht mehr möglich. Ein Ideenwettbewerb soll Vorschläge für eine möglichst gute Lösung der Aufgabe ergeben, auf dem Areal der ehemaligen Rothschild-Gärten ein Bad zu errichten.

Für den Neubau von Schulen wird derzeit untersucht, welche Auswirkung neue pädagogische Konzepte auf die Planungsvorbereitung, die Planung und den Bau selbst haben. Hiezu werden Sachverständige der verschiedensten Sachgebiete, wie Soziologen, Pädagogen, Nationalökonomen, Politologen, Psychologen, Mathematiker und Informatiker herangezogen. Grundlage des Konzepts dieser Untersuchung ist die Zielvorstellung der Pädagogik in ihrer gesellschaftlichen Auswirkung, die nach Möglichkeit verwirklicht werden soll.

Mit dem Umbau mehrerer städtischer Wohnhausanlagen aus der Zwischenkriegszeit, des Pernerstorfer Hofes, des Jean Jaurés-Hofes, des Lindenhofes und des Beer-Hofes, befassen sich einige weitere Studien. Neben Bestandsaufnahmen enthalten sie Untersuchungen über die Möglichkeiten einer Erneuerung und Wohnwertverbesserung. Es wurden Varianten für die Neuaufteilung der Geschoßflächen ausgearbeitet, um den zeitgemäßen Anforderungen entsprechende Wohnungen durch Zu-

Bürgermeister Felix Slavik und Stadtrat Hubert Pfoch (Hochbau) überzeugen sich vom Fortschritt der Bauarbeiten in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost

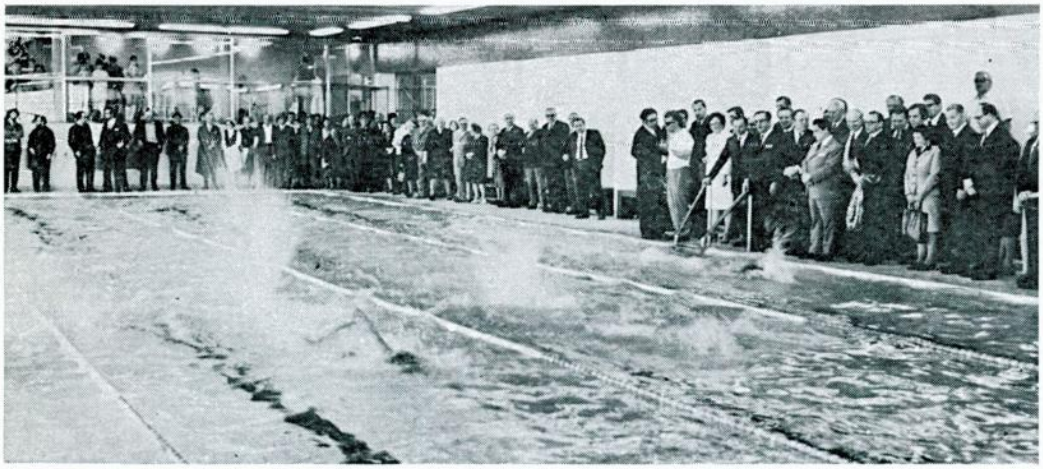
Städtische Wohnhausneubauten

Die neue städtische Wohnhausanlage an der Adalbert Stifter-Straße—Spielmanngasse in der Brigittenau

Der Saunaraum der neuen „Hermannsauna" im 7. Bezirk

Städtische Bäder

Durch die Eröffnung der neuen Schwimmhalle wurde das Ottakringer Bad in der Johann Staud-Straße zum modernen Ganzjahresbad; es entspricht damit der vom Europarat in Straßburg geschaffenen Klassifizierung „Europabad"



sammenlegung oder durch die Anordnung von Garçonnieren zu erzielen; für Altenwohnungen wurden Möblierungsvorschläge gemacht. Weitere Vorschläge betreffen den Einbau von Bädern und von Aufzügen sowie die Möglichkeiten der Anordnung von Loggien und Terrassen. Auch ein teilweises Abtragen der Bauten wurde vorgeschlagen, um durch Höhenstaffelung sonnigere und lichtere Wohnungen zu erreichen. Schließlich wurde darauf hingewiesen, daß in den Höfen Stellplätze für Personenkraftwagen und Tiefgaragen untergebracht, aber auch die Grünanlagen neugestaltet werden könnten.

Für das zwischen Weiglgasse — Siebeneichengasse — Anschützgasse — Jheringgasse gelegene Gebiet des 15. Gemeindebezirkes wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bauten und Technik ein zweistufiger Wettbewerb „Wohnen morgen" durchgeführt. Dieser Wettbewerb, für den die Vorarbeiten nahezu abgeschlossen werden konnten, verfolgt den Zweck, neue Anregungen und Ideen für die Gestaltung dieses Gebietes zu erhalten; dort sollen moderne Wohnanlagen entstehen, die als beispielhaft gelten können. Die Anlagen sollen alle für das Zusammenleben erforderlichen und erstrebenswerten Einrichtungen aufweisen, die Wohnungen aber den zu erwartenden funktionellen Anforderungen entsprechen, somit das Wohlbefinden ihrer Bewohner gewährleisten und einen entsprechend hohen Wohnwert besitzen sowie einen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau angemessenen Preis haben.

Für den sozialen Wohnungsbau wurde eine Verbesserung dadurch bereits erreicht, daß der Verteilerschlüssel der Wohnungstypen im Jahre 1971 abgeändert und die durchschnittliche Wohnfläche — ohne Loggia oder Balkon — auf ca. 70 m² erhöht wurde.

Eine Beratung wurde bei sämtlichen nichtstädtischen Bauvorhaben, die irgendwelcher Bewilligungen bedürfen, wie etwa einer Baubewilligung, Gebrauchserlaubnissen für Verkehrsflächen oder einer Bewilligung von Werbungsanlagen neben Straßen, ausgeübt. Um das architektonische Stadtbild zu bewahren, müssen die Bauvorhaben auf ihre diesbezüglichen Auswirkungen überprüft und begutachtet werden. Bei den mit den Bauwerbern oder ihren Vertretern geführten Gesprächen wurden mehr als 6.000 Beratungen erteilt. Außerdem wurden 5.474 schriftliche Gutachten abgegeben.

Mit den beiden Haupttätigkeiten, der Planung und der Beratung, waren zahlreiche Nebenleistungen verknüpft. Zu diesen sind die vielen Bauvorbereitungs-, Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen zur Koordinierung der in den einzelnen Dienststellen zugewiesenen Tätigkeiten zu zählen, ferner die umfangreiche Mitarbeit an den neuen, großen Bauten, etwa der U-Bahn und den Versorgungsanlagen, die oft schwierigen Vertragsverhandlungen und Honorarberechnungen und schließlich die Mitarbeit in der Spitalsplanungskommission. Für die Altstadterhaltung war eine enge Zusammenarbeit mit dem Kulturamt der Stadt Wien notwendig, soweit es sich um die Kontaktnahmen mit Bundesdienststellen, die Assanierung alter Stadtviertel oder die Instandsetzung historischer Objekte handelte. Es waren aber auch Ausstellungen vorzubereiten und durchzuführen.

Für die künstlerische Ausgestaltung der Wohnhausanlagen und Nutzbauten wurden 140 Arbeiten der bildenden Kunst neu vergeben, 165 fertiggestellt und in den vorgesehenen Anlagen aufgestellt oder angebracht.

Abschließend soll eine Auslese der im Jahre 1971 begonnenen Planungen angeführt werden:

Wohnbauten

3, Erdbergstraße 12 und 14
Sechskrügelgasse 6
6, Stumpergasse 16
Stumpergasse 42
10, Per Albin Hansson-Siedlung-Ost, 7. Bauteil
12, Pohlgasse 52 — Gatterholzgasse 16
14, Marcusgasse, östlich Erweiterung Prochstraße — Rottstraße — Felbigergasse
Linzer Straße 474-478 — Samtwandnergasse
15, Jurekgasse 5 — Denglergasse 4
16, Friedrich Kaiser-Gasse 36 und 38 — Feßtgasse 8
Haberlgasse 86
Panikengasse 12-16 — Koppstraße 61 — Ganglbauergasse 7-13
Friedrich Kaiser-Gasse 32 — Eckmüllnergasse 2-4 — Abelegasse 29
18, Anastasius Grün-Gasse 29 — Gymnasiumstraße 38
19, Billrothstraße 42-48
21, Großfeldsiedlung, 7. Bauteil
Gerichtsgasse 3 — Peitlgasse
22, Zwischen Erzherzog Karl-Straße — Arminenstraße — Purchmannweg
23, Dirmhirngasse — Rudolf Zeller-Gasse, 3. Bauteil

Schulen
11, Thürnlhofstraße
12, Hoffingergasse — An den Eisteichen
23, Altmannsdorfer Straße — Anton Baumgartner-Straße, Erweiterung
Mobile Schulklassen
11, Pachmayergasse 6
13, Küniglberg, Wattmanngasse — Hochheimgasse
21, Großfeldsiedlung, Koschakergasse
22, Stadlauer Straße 51
Kindertagesheime
10, Per Albin Hansson-Siedlung-Ost, Wendstattgasse
11, Weißenböckstraße — Wilhelm Kreß-Platz
21, Großfeldsiedlung, Oswald Redlich-Straße
22, Bernoullistraße
Sportplätze
2, Hakoahplatz (Modellfluganlage)
9, Rooseveltplatz (Minigolfanlage)
16, Erdbrustgasse (Sporthalle)
Bäder
7, Hermanngasse 28 (Volksbad mit Saunaeinbau)
10, Heilquelle Oberlaa (Kurmittelhaus)
19, Hohe Warte-Bad (Ideenwettbewerb)
Krankenhäuser
9, Allgemeines Krankenhaus
(Operationstrakt und Physikalische Therapie)
10, Franz Joseph-Spital
(Röntgenzubau, Krankenpflegeschule, Küchenneubau)
Preyer'sches Kinderspital
(Operationstrakt — Neubau)
16, Wilhelminenspital
(Gasflaschenlager, Zentraldesinfektion)
Sonstige Planungen
1, Ebendorferstraße 4 (Umbau in ein Bürohaus)
Rathaus (Nord-Buffet)
8, Theater in der Josefstadt (Arkadierung)
10, Oberlaa (WIG 74)
17, Bezirkszentrum Hernals (neuer Vorentwurf)
Betriebsgebäude
21, Großfeldsiedlung (Blockheizwerk — Erweiterung)
23, Inzersdorf (Südautobahnmeisterei)
Gärtnerunterkünfte in
1, Rathauspark
2, Prater Hauptallee 2 und Obere Donaustraße (Umbau Kaiserbadschleuse) sowie
16, Kongreßpark
Aufbahrungshallen
19, Friedhof Döbling
Friedhof Sievering

Städtische Wohnhausneubauten

Im Laufe des Jahres 1971 konnten rund 4.800 Wohnungen fertiggestellt werden, davon ein erheblicher Anteil in den Schwerpunktgebieten, 10, Per Albin Hansson-Siedlung-Ost, und 21, Großfeldsiedlung. Mit der Übergabe von 1.100 Wohnungen in den Bauteilen 4 und 5 der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost sind dort bis Jahresende 1971 insgesamt 3.650 Wohnungen bezugsfertig geworden, etwa 700 Wohnungen sind noch im Bau und ca. 400 weitere geplant. Die Stadterweiterung im Südraum wird also im Endausbau rund 4.750 von der Stadt Wien gebaute Wohnungen umfassen. Die Folgeeinrichtungen, wie Schulen und Kindertagesheime, sind bereits in Betrieb oder werden noch errichtet werden. Der 7. Bauteil umfaßt auch ein Projekt „Schule — Wohnhaus", das eine vierzigklassige Schule vorsieht, die nach Rückgang des Spitzenbedarfes in ein Wohnhaus umgewandelt

werden soll. In diesem Bauteil wird ferner, ebenso wie in der Wohnhausanlage, 13, Wastlgasse — Bertégasse, ein Haus für Körperbehinderte errichtet. Die Wohnungsgrundrisse in diesem Haus sind so geplant, daß für die Behinderten jeder Raum der Wohnung zugänglich ist und alle Einrichtungs- und Ausstattungsteile erreichbar sind. Allerdings ist infolge des Wendekreises des Zimmerrollstuhles der Flächenbedarf größer als der eines vergleichbaren normalen Haushaltes. Dafür gestatten die Abmessungen und die Ausstattung aller Räume der Wohnung, daß der Behinderte sich nicht nur von fremder Hilfe weitgehend unabhängig bewegen, sondern im Mehrpersonenhaushalt auch mittätig sein kann.

Für die Versorgung der Bewohner der Per Albin Hansson-Siedlung stehen derzeit ein ebenerdiges Nebenzentrum sowie ein Ladenbau mit Selbstbedienung zur Verfügung, weitere Geschäftslokale befinden sich noch im Bau. Das Hauptzentrum, das im westlichen Teil an der Favoritenstraße gebaut werden soll, wird eben geplant. Dort wird neben Geschäftslokalen, Büros und Ordinationen ein Kulturzentrum, das in den Verband des Wohnhausbaues eingegliedert ist, errichtet. Das Kulturzentrum und die Büros befinden sich jeweils im ersten Obergeschoß der Gebäude. Um echte Grün- und Gartenanlagen mit Ruhezonen zu schaffen, wurden für das Parken auf Kellerniveau, also unter den Gebäuden, Garagenzonen für ca. 400 Autos angeordnet. Das Kulturzentrum wird eine zentral gelegene Halle im ersten Obergeschoß umfassen, die auch als Ausstellungsraum verwendet werden kann und von der direkte Zugänge zu den einzelnen Einrichtungen, nämlich zu einem Saal, der Volkshochschule, der Musikschule, dem Jugendclub und der Bibliothek, führen. Eine größere Anzahl von Geschäften wird im Erdgeschoß untergebracht sein. Diesem Baukörper vorgelagert sind ein ebenerdiger Konsummarkt sowie diverse Ladengeschäfte geplant. Weiters werden Gehverbindungen zu den Stationen der öffentlichen Verkehrsmittel sowie ein Fußgängerübergang zu den Wohnhausanlagen jenseits der Favoritenstraße geschaffen werden. Dort befindet sich auch das am Stockholmer Platz gelegene alte Volksheim, das zu einem Sozialzentrum umgebaut werden soll. Für dieses sieht das Raumprogramm u. a. den Einbau eines Zentrums für soziale Beratung und Hilfsdienste sowie die Errichtung eines Pensionistenklubs für rund 150 Personen vor. Als Erholungsgebiet steht den Bewohnern dieser Siedlung das an der Favoritenstraße gelegene Sommerbad, das Laaer Berg-Bad, zur Verfügung, weiters sollen im Südosten der Wohnhausanlage Sportplätze und ein Kinderfreibad geschaffen werden.

Bei dieser großräumigen Verbauung am Südabhang des Laaer Berges wurden verschiedene Fertigteilbauweisen und auch herkömmliche Bauart angewendet, um in dieser großen Anlage keine Monotonie aufkommen zu lassen. Die strukturelle Gliederung berücksichtigt die Hanglage; einfache, gerade Baublöcke wechseln mit hakenförmigen und Höfe bildenden Baukörpern ab, die außerdem in ihrer Höhe stark differenziert sind.

Ein weiteres Schwerpunktgebiet der Wohnbautätigkeit ist die im Nordosten Wiens gelegene Großfeldsiedlung. Seit dem Baubeginn, der Ende des Jahres 1965 einsetzte, wurden rund 3.600 Wohnungseinheiten fertiggestellt; etwa 1.950 Wohnungen sind noch im Bau. Die gesamte Großfeldsiedlung wird im Endausbau ca. 5.550 Wohnungseinheiten umfassen. Der vom Gemeinderat festgesetzte Bebauungsplan erfüllt, wie im Süden der der Per Albin Hansson-Siedlung, alle Voraussetzungen, den im Norden zur Verfügung stehenden Raum für eine Stadterweiterung zu erschließen. Die gesamte Fläche war kleingärtnerisch genützt; einzelne größere Objekte davon bestehen heute noch. Der Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sieht im Norden der Großfeldsiedlung gemischtes Bau- und Betriebsbaugebiet vor, um einem Teil der Bewohner an Ort und Stelle Beschäftigung zu bieten. Einzelne Betriebe haben bereits die Produktion aufgenommen, weitere werden eben gebaut.

Die Wohnhausanlage besteht zum Großteil aus Fertigteilbauten, die übrigen Gebäude sind in Schüttbauweise errichtet. Um eine architektonisch abwechslungsreiche Gestaltung zu erzielen, wurden auch hier wie im Südraum verschiedene Fertigteilbauweisen angewendet. Die derart hergestellten Objekte wechseln mit solchen in herkömmlicher Bauart ab. Die Form der einzelnen Baukörper reicht vom Reihenhaus bis zu konzentrierten, der Höhe nach gegliederten Bauten, wie sie eben als Zentrum errichtet werden. Die unverbaut bleibenden Grundflächen werden wie überall im städtischen Wohnhausbau gärtnerisch ausgestaltet und erhalten eingestreute Spiel- und Ruheplätze. Zugleich mit den Wohnhäusern werden sechs Kindertagesheime errichtet; zwei davon sind bereits in Betrieb, ein drittes Kindertagesheim wird in Kürze seiner Bestimmung übergeben werden. Für die schulpflichtigen Kinder steht eine Schule mit 32 Klassen bereits zur Verfügung. Außerdem wird in mobilen Klassen unterrichtet, bis im Endausbau in insgesamt 136 Klassen der Schulbetrieb geführt werden kann.

An der Kürschnergasse wird zur Zeit vom Kuratorium „Wiener Pensionistenheime" ein Pensionistenheim errichtet, das Mitte 1972 fertiggestellt sein soll. Es wird 193 Einraumwohnungen, 27 Ehepaarwohnungen und 29 Zimmer für Pensionäre, die einer Betreuung bedürfen, aufweisen.

Für die Versorgung der Bewohner der Großfeldsiedlung stehen derzeit eine ebenerdige Ladenzeile sowie zwei Ladenbauten mit vier Geschäftslokalen zur Verfügung. Im Hauptzentrum, zwischen Kürschnergasse und Pastorstraße, befinden sich ein Selbstbedienungsladen mit einer Nutzfläche von rund 2.295 m² und das Ekazent mit einer solchen von etwa 5.400 m². Ein kleineres Nebenzentrum wird im Südosten der Großfeldsiedlung gebaut werden. Mit dem Bau des Kulturzentrums, des „Hauses der Begegnung", und des Sozialzentrums wurde im Sommer 1971 begonnen. In weiterer Zukunft wird ein Kreuzungsbauwerk an der bereits bestehenden Schnellbahnstrecke errichtet und die Schnellbahnstation in die Zentrumsachse verlegt werden. Dieses Bauwerk soll einen Straßen- und Fußgängertunnel mit Aufgängen zu den Stationen sowie eine große Zahl von Parkplätzen für Personenkraftwagen aufnehmen. Ferner wurde eine Kirche Ecke Rieglgasse — Haberditzlgasse bereits fertiggestellt. Der Bau einer zweiten Kirche mit einer Pfarre und einem Seelsorgezentrum wurde im Sommer 1971 begonnen. Die gesamte Wohnhausanlage, einschließlich aller Folgeeinrichtungen, wird von dem in der Oswald Redlich-Gasse gelegenen Blockheizwerk mit Wärme versorgt. Schließlich soll noch am südlichen Rand der Großfeldsiedlung ein weiträumiges Erholungsgebiet entstehen. Dort sollen Sportanlagen mit Ballspiel- und Tennisplätzen sowie ein Sommer- oder ein Hallenbad errichtet werden.

Im Jahre 1971 neu begonnen wurde ferner mit der Errichtung des 1. Bauteiles des großen Bauvorhabens östlich der Ziegelhofstraße, der rund 1.000 Wohnungen umfassen wird. Weiters wurden im Ausbaugebiet Simmering in der Thürnlhofstraße die Arbeiten an den Bauteilen 3 und 4 und in der Mühlsangergasse am 2. Bauteil mit insgesamt rund 1.400 Wohnungen aufgenommen.

Die Schwerpunkte der Verbauung liegen demnach in den Randgebieten, doch wurde auch in Assanierungsgebieten, in den dicht verbauten, überalterten Stadtvierteln, wie etwa im 5., 14., 15. und 17. Wiener Gemeindebezirk, mit dem Bau neuer Wohnhausbauten angefangen.

Um den Wohnkomfort zu erhöhen, gibt die Stadt Wien den Planverfassern, soweit dies finanziell möglich ist, Gelegenheit, neue Wohnstrukturen zu schaffen. Unter anderem wurde eine neue Grundrißlösung erarbeitet, die einen Mehrzweckraum zwischen der Wohnküche und dem Zimmer vorsieht, der als Eßplatz oder als gemütlicher Individualraum gedacht ist. Außerdem wurde das Verhältnis der Wohnungstypen zueinander zugunsten der Drei- und Vierraumwohnungen verändert; dementsprechend ist die durchschnittliche Wohnungsgröße von 71 m² auf 74 m² angestiegen. Auch der Standard der Sanitärinstallationen soll angehoben werden. Es wird erwogen, in den größeren Wohnungstypen die Badezimmer so zu gestalten, daß ein zweiter Waschtisch angebracht werden kann und außerdem noch eine Anschlußmöglichkeit sowie Platz für die Aufstellung einer Waschmaschine vorhanden ist.

Die Stadtverwaltung ist seit Jahren um einen besseren Wärmeschutz bemüht, der eine optimale Ausnützung der zugeführten Wärmeenergie gewährleistet. Auch eine bessere Schalldämmung soll erreicht werden. Als Trittschallschutz werden hochwertige Dämmstoffe auf den Geschoßdecken aufgebracht. Besondere Aufmerksamkeit wird der Isolierung einzelner Lärmquellen zugewendet. Ähnlich wie für die Schalldämmung bei Heizzentralen wurden nunmehr bei Traforäumen Untersuchungen angestellt und Ausführungsgrundsätze erarbeitet. Weitere Verbesserungen betrafen zum Beispiel die lärmdämpfende Lagerung der Maschinen von Aufzügen und in Waschküchen.

Vom Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung wurden unter Mitarbeit städtischer Sachverständiger Richtlinien für lärmarme Bauführungen ausgearbeitet. Diese wurden, den Wiener Verhältnissen angepaßt, in die Bauausschreibungen aufgenommen. Ähnliche Bestimmungen treffen Vorsorge, um die Luftverunreinigung hintanzuhalten. Damit ist der Stadt Wien als einem der größten Bauträger die Möglichkeit gegeben, durch Aufnahme entsprechender Bedingungen in die Werkverträge vermeidbare Belästigungen der Nachbarschaft von Bauführungen abzustellen und somit einen beachtlichen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten.

Weiters werden, um eine Luftverunreinigung zu vermeiden, kleinere Bauten, bei denen eine Zentralheizung nicht wirtschaftlich wäre, mit Gasetagenheizungen oder ähnlichen Heizsystemen ausgestattet. Neuere Versuche gehen dahin, solche Kleinbauten zum Heizen, Kochen und Bereiten von Warmwasser einschienig mit Strom zu versorgen. Der Vorteil liegt in der sauberen Heizführung und, bei guter Wärmedämmung, in der optimalen Ausnützung des hohen Wirkungsgrades. Nun sollen versuchsweise zwei größere zentralgeheizte Wohnbauten zum Kochen und zur Warmwasserbereitung elektrische Ausstattungen erhalten. In Altwohnhausbauten werden probeweise in drei Wohnungen nachträglich Gasetagenheizungen eingebaut, wobei die Vorteile der verschiedenen Systeme untersucht werden sollen.

Besonders dichte und widerstandsfähige Fenster sind erfahrungsgemäß bei Hochhäusern erforderlich. Um eine bestmögliche Lösung zu finden, werden versuchsweise Holz-Aluminium-Fenster eingebaut, die auf dem Prüfstand der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien auf ihre Eignung

und Qualität geprüft wurden. Ein weiterer Verbesserungsversuch ist die einschalige Ausführung des in der modernen Architektur so geschätzten Flachdaches als Warmdach.

Die beim Neubau von Wohnungen notwendigen Stellplätze für Personenkraftwagen werden in städtischen Anlagen in letzter Zeit häufig in zweigeschossigen offenen Garagen untergebracht; es ist dies eine wirtschaftlich günstige Möglichkeit zur Unterbringung solcher Abstellflächen bei nur knapp bemessenen Baugrundflächen. Bei einem derartigen Wohnhausbau wird nunmehr eine dreigeschossige offene Garage mit einer zweispurigen, kreisförmigen Zu- und Abfahrtsrampe gebaut. Der Rampenkreis ist an der einen Schmalseite der Garage so angelegt, daß die Möglichkeit besteht, nur diese eine Zu- und Abfahrt beizubehalten und doch eine zweigeschossige offene Garage anzubauen. Im dichtverbauten Stadtgebiet sowie bei besonderen Geländeformen, etwa bei einer Hangverbauung, werden die Stellplätze oft auch im Kellergeschoß vorgesehen.

Um den Kindern zusätzlich zu den bereits in den neuen Wohnhausanlagen geschaffenen Spielplätzen Bewegungsraum zu schaffen, sollen von der Stadt Wien erworbene Baugründe, die nicht sofort verbaut werden können, vorübergehend als Spielwiesen für Kinder hergerichtet werden. Auf diese Weise werden die unbebauten Flächen praktisch verwertet, zugleich wird aber auch die Umgebung der Anlagen gefälliger gestaltet. Diese Umlandsanierung wurde bereits in einigen Fällen vorgenommen, unter anderem in der Großfeldsiedlung und in Ottakring.

Das Bestreben, beim städtischen Wohnhausbau stets die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu nützen, führte dazu, daß im Jahre 1971 eine Reihe von Forschungsaufträgen vergeben wurde. Themen dieser Arbeiten waren die Verbesserung des Wärmeschutzes, die Ausbildung des Fußbodens bei Balkonen und Terrassen, der wirtschaftliche Aufbau von Decke und Fußboden, die Fassadenausbildung bei Vollwärmeschutz mit außenliegender Dämmung und der erforderliche Wärmeschutz oder Vollwärmeschutz bei Elektroheizung.

Bauliche Ersatzvornahmen, technische Begutachtung von Darlehensanträgen

Die Baupolizei beantragte im Jahre 1971 wegen Schäden an Gebäuden 35 notstandspolizeiliche Maßnahmen und 532 Ersatzvornahmen. Für 449 Ersatzvornahmen, deren Bewilligung in die Kompetenz der Magistratsabteilung für administrative Bau-, Elektrizitäts-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten fiel, mußten Kostenschätzungen vorgenommen werden, die eine geschätzte Kostensumme von insgesamt 20,551.500 S ergaben. 48 von diesen Ersatzvornahmen wurde zugestimmt, 13 mußten tatsächlich ausgeführt werden. Auch 23 notstandspolizeiliche Maßnahmen waren von Amts wegen durchzuführen. Für die angeordneten Maßnahmen wurden 20 Vollstreckungsverfügungen erlassen. Die Kosten der notstandspolizeilichen Maßnahmen einschließlich der von der Feuerwehr sowie der von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark erbrachten Leistungen, etwa für Abschrankungen, sowie die Kosten der Ersatzvornahmen wurden mittels 433 Kostenersatzbescheiden vorgeschrieben; allein die für die Ersatzvornahmen hereinzubringende Kostensumme belief sich auf 2,011.116 S.

Über die wirtschaftliche Zumutbarkeit von Instandsetzungsarbeiten an privaten Wohngebäuden wurden 268 Gutachten ausgearbeitet und in 44 Sitzungen von „Dreierkommissionen" entschieden. Die Gutachten bildeten die Grundlage für baubehördliche Abbruchsaufträge. Die gegenüber dem Jahre 1970 um ein Drittel niedrigere Anzahl der Gutachten ist auf ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 4. Mai 1970, Zl. 1378/68/3, zurückzuführen, demzufolge nur die Gerichte gemäß § 19 Abs. 2 lit. 4 Mietengesetz die „bauliche Abbruchreife" festzustellen haben. Die Baubehörde hat nur dann einen Abbruchsauftrag zu erlassen, wenn die Instandsetzung technisch nicht möglich ist. Es wurden auch für 466 Wohnungen Räumungsaufträge erteilt und zu 35 Ortsaugenscheinverhandlungen Sachverständige entsendet. 1.119 technische Gutachten waren aus verschiedenen Anlässen abzugeben.

Ferner wurden auf Grund von 64 Anträgen auf Bewilligung zinsenfreier Darlehen der Stadt Wien für die Herstellung von Kanalanschlüssen die Kosten der vorzunehmenden Arbeiten überprüft; die überprüfte Kostensumme belief sich auf 3,139.000 S.

Im Jahre 1971 wurden 34 Wohnhausbauten mit Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds 1948, und zwar mit einer Kostensumme von 400,552.474 S, errichtet. Von den in den Jahren 1948 bis 1970 für die Förderung mit einer Darlehenssumme von 10.454,256.720 S vorgeschlagenen 6.348 Wohnhauswiederaufbauten wurden bis Ende des Jahres 1971 insgesamt 6.327 fertiggestellt und dafür Darlehen von 10.329,354.089 S gewährt; die restlichen 21 genehmigten Wohnhauswiederaufbauten werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 1972 mit Mitteln dieses Fonds durchgeführt werden. Alle

weiteren auf eine Förderung aus dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds gerichteten Anträge wurden in die Wohnbauförderung 1968 übernommen. Für die Wohnbauförderung 1968 wurden im Jahre 1971 insgesamt 279 Anträge mit einer Darlehenssumme von 2.229,750.158 S überprüft.

Von Schlichtungsstellen und Gerichten langten 4.616 Anträge auf Instandsetzung und Verbesserung von Wohnbauten gemäß § 7 und § 8 Mietengesetz zur Überprüfung der beantragten Baukostensummen und der vorgelegten Abrechnungen ein. Die für 974 Instandsetzungen beantragten Baukostensummen konnten von 395,427.037 S auf 285,914.782 S herabgesetzt werden; bei 1.388 Nachträgen zu Instandsetzungsanträgen wurde die Kostensumme von 88,809.383 S auf 61,510.130 S gesenkt. Bei 1.167 für die durchgeführten Arbeiten vorgelegten Rechnungen ermäßigte sich die Kostensumme durch die Überprüfung von 377,996.038 S auf 344,058.451 S. Anträge auf Verbesserung und Anfragen verschiedenen Inhalts langten insgesamt 993 ein.

Nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, BGBl. Nr. 426/1969, wurden 606 Vorbegutachtungen vorgenommen und 458 Anträge eingereicht. Die in diesen Anträgen angeführten Verbesserungen sollten den vorgelegten Kostenvoranschlägen zufolge rund 70 Millionen Schilling kosten; bei der Überprüfung reduzierte sich diese Summe auf ca. 59 Millionen Schilling. Abgerechnet wurden im Jahre 1971 insgesamt 221 Baufälle mit einer Kostensumme von 26,682.100 S; in manchen dieser Fälle waren mehrere Verbesserungen gemacht worden. Als Verbesserungen wurden 73 Aufzüge eingebaut, 292 Zentralheizungen oder andere moderne Heizungen installiert, 15 Zentralwaschküchen sowie 254 Bäder und Wasserklossette eingerichtet, 300 Steigleitungen für Gas, Wasser und elektrische Energie verstärkt, 47 Wohnungen zusammengelegt oder geteilt und 29 Küchen oder sonstige Räumlichkeiten adaptiert.

Schließlich wurden noch über 31 Kriegssachschäden Bestätigungen ausgestellt.

Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten

Der Bedarf an Bauwerken, die öffentlichen Zwecken dienen und die zu errichten der Stadtverwaltung zukommt, wächst ständig. Es wurden im Jahre 1971 aber nicht nur Neubauten errichtet, sondern auch ältere Gebäude, soweit dies wirtschaftlich vertretbar war, den zeitgemäßen Anforderungen angepaßt. Daneben durfte die Instandhaltung von im Eigentum der Stadt stehenden Baulichkeiten nicht vernachlässigt werden. Hier können jedoch nur Neubauten sowie Umbauten und Instandsetzungen größeren Umfanges erwähnt werden.

Von den Neubauten, die kulturellen Zwecken, der Volksbildung oder dem Sport gewidmet sind, wären zunächst die beiden Häuser der Begegnung in 21, Großfeldsiedlung, und 23, Liesing, anzuführen, von denen das zuerstgenannte bereits gebaut wird, während für das letztere Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten gemacht wurden. Auch der Neubau der Volkshochschule in 13, Speisinger Straße, wurde bereits begonnen. Für das Bildhaueratelier, 2, Rustenschacherallee 2-4, wurde die Planung und Bauvorbereitung abgeschlossen. Ferner wurden im Konservatorium der Stadt Wien, das durch einen Einbau und eine teilweise Aufstockung erweitert wird, aber auch baulich gänzlich überholt werden soll, die Bauarbeiten aufgenommen. Die Modeschule der Stadt Wien, das Schloß Hetzendorf, erhielt eine neue Kupferblecheindeckung und im Historischen Museum der Stadt Wien wurde die Klimaanlage überholt sowie eine Absauganlage in der Restaurierungswerkstätte eingebaut. In das Gebiet der Denkmalpflege fällt die Wiedererrichtung des Chinesischen Pavillons — einer Rekonstruktion — in 17, Schwarzenbergpark.

Neu gebaut werden derzeit drei große Sportanlagen, und zwar das bereits im Jahre 1970 begonnene Hallenstadion (Radrennbahn) in 2, Engerthstraße, die Sportanlage, 10, Laxenburger Straße, an der die Bauarbeiten einschließlich der Errichtung eines Garderobehauses im Jahre 1971 aufgenommen wurden, und das Sportzentrum West in 14, Deutschordenstraße, für das die Vorarbeiten ebenfalls bereits im Vorjahr geleistet wurden. Größere bauliche Herstellungen an bestehenden Sportanlagen waren eine Tribünenanlage am Sportplatz, 2, Rustenschacherallee, ein Garderobehaus in der Sportanlage, 11, Werkstättenweg, in der auch der Eislaufplatz instandgesetzt wurde, sowie ein Garderobehaus in der Sportanlage, 22, Plankenmaisstraße, mit deren Umgestaltung begonnen wurde.

Das Schulbauprogramm für Pflichtschulen nimmt infolge der starken Wohnbautätigkeit am Stadtrand ständig an Umfang zu. Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten wurden im Jahre 1971 für 15 Neubauten durchgeführt, von denen nur vier in den schon von früher her dicht bebauten Stadtgebieten vorgesehen sind, und zwar ein Turnsaal in 4, Schäffergasse, eine Schulerweiterung in 8, Pfeilgasse, sowie neue Schulgebäude in 9, Marktgasse, und 14, Diesterweggasse, während die übrigen Schulneubauten der Versorgung der Neubaugebiete der Stadt mit Schulen dienen. Es werden zwei neue Schulgebäude in 10, Per Albin Hansson-Siedlung, je eines in 11, Mühlsangergasse, 12, Hoffinger-

gasse, und 21, Loschmidtgasse — Carabelligasse, zwei weitere Schulen in der Großfeldsiedlung, die später in Wohnhäuser umgewandelt werden können, und schließlich je eine Schule in 22, Meißnergasse, 22, Steinbrechergasse, 22, nördlich vom Rennbahnweg, sowie in 23, Altmannsdorfer Straße (2. Schule), gebaut werden. An zehn bereits früher geplanten Schulen wurden die Bauarbeiten aufgenommen und an fünf weiteren Schulgebäuden fortgesetzt. Fertiggestellt werden konnten die Schulgebäude, 11, Kaiser-Ebersdorfer Straße (Volksschule), 21, Autokaderstraße (Erweiterung), 22, Georg Bilgeri-Straße (Erweiterung), und 23, Altmannsdorfer Straße. Ferner wurden, um den Spitzenbedarf vor allem in den Stadterweiterungsgebieten decken zu können, 28 mobile Schulklassen angekauft. An 20 Schulgebäuden wurden Modernisierungsarbeiten größeren Umfanges vorgenommen und zum Teil auch fertiggestellt.

Für die neu zu errichtende Berufsschule für das Gastgewerbe in 12, Längenfeldgasse, wurden Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten durchgeführt. An der I. Zentralberufsschule in 6, Mollardgasse, wurden bauliche Instandsetzungen vorgenommen und die Adaptierungsarbeiten für das Labor für Elektrotechnik fortgesetzt. In der Fachschule für wirtschaftliche Frauenberufe, 12, Dörfelstraße, wurden die sanitären Anlagen erneuert.

In den Heimen für Kinder und Jugendliche wurden die Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten zügig fortgesetzt. Zum Teil handelte es sich um Gruppenumbauten aus pädagogischen Gründen, wie in den Heimen Biedermannsdorf und Wilhelminenberg sowie im Heim Lindenhof, in dem außerdem die Pavillons III und IV an das neue Kesselhaus angeschlossen wurden und eine Umwälzanlage für das Schwimmbecken errichtet wurde. In dem nun völlig instandgesetzten Lehrlingsheim Leopoldstadt wurde eine Zentralheizung installiert und die Telephonanlage erneuert.

Der große Bedarf an Kindertagesheimen führt dazu, daß diese nicht nur in herkömmlicher Bauweise errichtet werden, wie dies bei den beiden im Jahre 1971 fertiggestellten Neubauten in 8, Josefstädter Straße, und 21, Ringelseeplatz — letzteres ist ein Sonderkindertagesheim —, geschehen ist und bei dem Kindertagesheim, 23, Marktgemeindegasse — Hörbigergasse, der Fall sein wird, sondern daß auch Fertigteilbauweise angewendet wird, wie etwa bei den jüngst erbauten Kindertagesheimen, 10, Per Albin Hansson-Siedlung-Ost, 20, Spielmanngasse, 21, Großfeldsiedlung, Dominik Wölfl-Gasse, und 22, Bernoullistraße. An den übrigen Kindertagesheimen wurden Instandsetzungsarbeiten verschiedenen Umfanges vorgenommen, so die Instandsetzung der Spielplätze und Einfriedungen, aber auch Bauarbeiten anläßlich der Neuinstallation der Zentralheizungsanlagen und von anderen Installationsarbeiten. Der Umbau der Tageserholungsstätte, 17, Schafberg, wurde fortgesetzt.

Größere Arbeiten in den Herbergen für Obdachlose waren der Umbau des Frauenheimes im linken Trakt der Herberge, 12, Kastanienallee, an der auch begonnen wurde, die Flachdächer frisch einzudecken, und die Erneuerung der Fassade und der Fenster des Obdachlosenheimes, 20, Meldemannstraße, die jedoch im Jahre 1971 nicht zu Ende gebracht wurde.

An der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt waren verschiedene kleinere Bauarbeiten vorzunehmen. In der Desinfektionsanstalt, 3, Arsenalstraße, konnten die Fassadenarbeiten und die Renovierung des Bades abgeschlossen werden.

Die schon seit Jahren vorgenommenen Modernisierungs- und Adaptierungsarbeiten im Krankenhaus Lainz wurden fortgesetzt. Der Ausbau der elektrischen Versorgungsleitungen wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen und auch die Arbeiten an der Errichtung einer zentralen Rohrpostanlage, die sämtliche Objekte der Anstalt verbinden wird, konnten noch nicht abgeschlossen werden. Ebenso ist das Programm zum Umbau des Aufzugssystems noch nicht erschöpft. Mit der völligen Instandsetzung des Pathologisch-bakteriologischen Instituts wurde begonnen. Abgeschlossen wurde hingegen die Adaptierung des Aufnahmetraktes, die im Anschluß an Auswechslungsarbeiten an der Kellerdecke des Direktionsgebäudes durchgeführt wurde. Im Hörsaal der Krankenpflegeschule wurde der Fußboden ausgewechselt und im Pavillon VI eine Kaltvergaseranlage zur Sauerstoffversorgung errichtet.

Das Bestreben der Stadt Wien, die städtischen Krankenhäuser den Anforderungen der modernen Medizin anzupassen, führten dazu, daß die interne Ambulanz der Allgemeinen Poliklinik neu adaptiert wurde; in diesem Krankenhaus wurden überdies in der Herzstation die Fußböden im Erdgeschoß sowie die Fassaden an der Lazarettgasse und an der Pelikangasse instandgesetzt. Im Krankenhaus Floridsdorf wurde eine Infarktstation errichtet und die Klimaanlage im Bereich der Operationssäle erneuert; auch der südliche Hofteil wurde neu gepflastert. Der Bau des Operationstraktes zwischen der Boxenstation und dem Hauptgebäude des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals wurde beendet. Im 4. Stockwerk des Verwaltungstraktes des Karolinen-Kinderspitals wurden neue Schwesternschlafräume eingebaut und auch die Fassade an der Südseite wurde in einem Zuge erneuert. In der Frauenklinik Gersthof mußte ein Teil des Daches des Hauptgebäudes neu eingedeckt werden.

Weiters wurde im C. M. Frank'schen Kinderspital in Lilienfeld im Spindelraum des Stiegenhauses ein Personenaufzug eingebaut.

Der Ausbau des Wilhelminenspitals konnte gut vorangebracht werden. Die Prosektur sowie der Neubau des unfallchirurgischen Pavillons sind bereits fertiggestellt, und auch der erste Abschnitt des Umbaues des ehemaligen Röntgeninstituts im Untergeschoß des Pavillons 26, in dem physikalisch-medizinische Ambulanzen untergebracht werden sollen, konnte bis Ende des Jahres 1971 nahezu abgeschlossen werden. Die Arbeiten am Neubau der Zentraldesinfektion und an der Errichtung einer neuen Sauerstoffzentrale sind gleichfalls beendet.

Im Franz Joseph-Spital konnten die baulichen Maßnahmen für die Installation einer Herzalarmanlage abgeschlossen werden. Weitere größere Arbeiten in diesem Spital waren die Errichtung eines Zubaues am Pavillon D für den Umbau der Aufzugsanlage und die Renovierung der Heizzentrale. Auch im Elisabeth-Spital wurden Herzalarmgeräte installiert und eine Überwachungsstation durch Umbau eines Krankensaales im Pavillon III wurde geschaffen; eine weitere Krankenstation konnte im Pavillon I in Räumen eingerichtet werden, die infolge der Verlegung der chirurgischen Operationsräume frei geworden waren. Im Sophienspital wurde der Umbau des Schwesterntraktes abgeschlossen.

In der Krankenanstalt Rudolfsstiftung mußten wegen des Neubaues wieder einige Provisorien eingerichtet und zu diesem Zweck Räumlichkeiten adaptiert werden. Der Einbau einer Aufzugsgruppe im Haus Boerhavegasse 13, in dem die Hals-Nasen-Ohren-Abteilung samt Operationssaal im Austausch gegen die Zahnstation sowie eine Herzüberwachungsstation untergebracht wurden, gehörten dazu. An Erhaltungsarbeiten wurden Maler- und Anstreicherarbeiten in den in alten Gebäuden untergebrachten Stationen sowie in den Räumen der Verwaltung vorgenommen. Die Adaptierung der Krankenpflegeschule konnte mit Ausnahme des Kellergeschosses beendet werden. Der Neubau des Krankenhauses blieb jedoch weiterhin die Hauptaufgabe. Die Arbeiten am Hauptgebäude wurden fortgesetzt und am nördlichen Behandlungstrakt nach Erreichung der Dachgleiche sämtliche Dächer eingedeckt. Sodann wurde der größte Teil der Fassadenverkleidung und der Verglasung ausgeführt. Mit dem Innenausbau, der Herstellung der Zwischenwände, der Estriche und der Hängedecken, den verschiedenen Installationen, der Montage der Aufzüge und der Kanalisierung wurde begonnen.

In der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe wurden im Pavillon Wienerwald die Zubauten fertiggestellt und ein Aufzug eingebaut. Ferner wurde angefangen, einen Zubau am Kurhaus zu errichten, um die dort untergebrachte zentrale Röntgenstation den derzeitigen Anforderungen gemäß ausgestalten zu können.

Vom Neubau des Pavillons für entwicklungsgestörte Kinder, der im südlichen Teil des Anstaltsgeländes des Neurologischen Krankenhauses Rosenhügel errichtet wird, wurden zu Ende des Jahres 1971 die Mauern des Kellergeschosses aufgeführt; der Heizkanal für die Zuleitung der Fernwärme vom Kesselhaus an der Riedelgasse konnte fertiggestellt werden. Auch der Zubau des Röntgentraktes am Kurhaus wurde beendet. Im Neurologischen Krankenhaus Maria Theresien-Schlössel konnten die Adaptierungsarbeiten in den Abteilungen 2, 4 und 6 ebenfalls abgeschlossen werden.

Beim Neubau des Allgemeinen Krankenhauses gediehen die Arbeiten bereits bis zum Innenausbau der Gebäudegruppe, die die Psychiatrie, die Kinderklinik, die Heilpädagogische Abteilung sowie die Jugend- und Kinderpsychiatrie aufnehmen wird. Der diesen Objekten vorgelagerte fünfgruppige Kindergarten wurde im Rohbau errichtet. Auch die dreigeschossige Tiefgarage konnte fast zur Hälfte fertiggestellt werden. Im Bereich dieser Parkgarage ist der Bau von Zivilschutzräumen vorgesehen, die rund 4.300 Personen aufnehmen können und diesen zu zwei Dritteln Stehplätze und zu einem Drittel Schlafplätze bieten werden. Die drei je 6.000 m² Bodenfläche umfassenden Räume werden übereinander angeordnet sein und über eigene Schutzraumlüftung mit Induktionsklimageräten verfügen, durch die bei Betrieb ca. 2 m³ Luft pro Person und Stunde über ABC-Filter in die Räume gelangt. Die zugeführte Luft wird, je nach Bedarf, erwärmt oder gekühlt werden. Zur Stromversorgung kann das Stromnetz und ein 500-kVA-Dieselnotstromaggregat herangezogen werden, die Wasserversorgung erfolgt aus dem städtischen Wassernetz und einem eigenen Brunnen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Errichtung des Kerngebäudes, wie Leitungsumlegungen und das Aufstellen von Werkstättenbaracken, konnten gut vorangebracht werden. Die Anbotsfrist für die Baumeisterarbeiten wurde am 1. Dezember 1971 eröffnet. Auf Grund der Anbote wird entschieden werden, ob die Bettenhäuser in Stahl- oder Stahlbetonbauweise errichtet werden; sodann können die Arbeiten am Bauteil Ost aufgenommen werden.

Die Arbeiten zur Generalsanierung der II. Chirurgischen Universitätsklinik und der I. Universitäts-Frauenklinik wurden ebenso wie das Akutprogramm an der I. Medizinischen Universitätsklinik, das die Errichtung einer Intensivstation, einer Laborgruppe und einer Ambulanz umfaßte, abgeschlossen. An der II. Universitäts-Frauenklinik konnte das Hauptlabor fertiggestellt, der Umbau

des Operationstraktes D begonnen und der Aufzug bei der Hauptstiege erneuert werden. An der I. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten wurden die Räumlichkeiten der Logopädie adaptiert.

Bei den Arbeiten zur Sanierung der alten Objekte des Allgemeinen Krankenhauses, die infolge der langen, für den Neubau des Krankenhauses benötigten Bauzeit unumgänglich notwendig ist, werden die der I. Chirurgischen Universitätsklinik im Spitalgassentrakt zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten umgebaut; in den Stationen 15, 16, 17 und 55 konnten die Adaptierungsarbeiten abgeschlossen werden. Als Zentraldesinfektionsanlage wurde eine im ehemaligen Badhaus befindliche Desinfektionsanlage derart ausgebaut, daß sie die Funktion der im Hof 12 gelegenen alten Anlage übernehmen kann. Für die Urologische Universitätsklinik wurden Ambulanzräume im Erdgeschoß des an die Alser Straße grenzenden Traktes eingerichtet; straßenseitig wurde ein Gang angeordnet, und auch ein Zwischengeschoß wurde eingebaut, ferner wurden Fenster, Türen und Fußböden erneuert. Anläßlich dieser Arbeiten mußten überdies sämtliche Installationen einschließlich der der Kanalisation dienenden Anlagen ausgewechselt werden. Das für die Orthopädische Universitätsklinik errichtete freistehende Objekt, das im Untergeschoß Räumlichkeiten für die physikalische Therapie und im Obergeschoß Operationssäle umfaßt, kann durch einen unter dem Hof 9 angelegten unterirdischen Gang vom Hauptgebäude aus erreicht werden. Das für die Aufnahme einer Kardiologischen Universitätsklinik und einer Strahlentherapeutischen Klinik der Universität Wien umgebaute ehemalige Garnisonsspital enthält nun im Erdgeschoß und im 1. Stockwerk seines Altgebäudes jeweils Krankenstationen, Betriebs-, Dienst- und Nebenräume für die beiden Universitätskliniken; im Zubau sind im Keller Lagerräume sowie Betriebsräume für die Klimaanlage und für die Anlagen für Notstromerzeugung und für medizinische Gase untergebracht, im Erdgeschoß Alarm-, Untersuchungs-, Behandlungs- und Diensträume für die Kardiologische Universitätsklinik. Neben den notwendigen Sanierungsmaßnahmen wurden ein neues Stiegenhaus, ein Krankenbettenaufzug, eine Warmwasserpumpenheizung sowie eine Klimaanlage für die kardiologischen Untersuchungs- und Behandlungsräume eingebaut. Auch die im ehemaligen Garnisonsspital untergebrachten Schul- und Wirtschaftsräume erhielten eine moderne Heizung. Das schon stark überalterte Objekt des Pathologisch-anatomischen Instituts wurde gleichfalls umgebaut, mit einer Warmwasserpumpenheizung ausgestattet und gänzlich saniert. Im Röntgendiagnostischen Institut konnten durch Adaptierung der ehemaligen Gärtnergarderobe Räumlichkeiten für Isotopenuntersuchungen gewonnen werden; eine gänzliche Sanierung und der Einbau einer Warmwasserpumpenheizung waren gleichfalls notwendig. Schließlich wurden noch die im Erdgeschoß der II. Universitäts-Augenklinik gelegenen Räume für eine Schielambulanz umgebaut. Weitere Arbeiten waren der Bau von Umformerstationen in der II. Universitäts-Frauenklinik und in der Universitäts-Kinderklinik für den Anschluß der Heizsysteme an das Fernwärmewerk Spittelau, die Instandsetzung der Fassade und des Portals des Haupttores an der zur Alser Straße gelegenen Front sowie die gänzliche Neueindeckung des ehemaligen Narrenturmes. Der Ausbau des überalteten Niederspannungsnetzes wurde vorbereitet.

Im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien Baumgartner Höhe nahmen der Ausbau der Wasserversorgungsanlage und der elektrischen Versorgungsleitungen sowie die Instandsetzung der durch diesen arg mitgenommenen Straßen ihren Fortgang, ebenso die Sanierung der Flachdächer. An der Anstaltskirche konnten die Natursteinverkleidung der Fassade sowie die Maler- und Anstreicherarbeiten im Innern nahezu fertiggestellt werden, die an den Bleiglasfenstern notwendigen Erhaltungsarbeiten werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Der Pavillon 4 wurde gänzlich renoviert, und im Pavillon 5 wurde mit dem Einbau eines Aufzuges begonnen. Ferner wurden für das Institut der Ludwig Boltzmann-Gesellschaft Räumlichkeiten adaptiert und fünf Streusandsilos für das Bestreuen der Straßen im Anstaltsbereich zur Winterzeit angeschafft. Im Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien in Ybbs an der Donau wurden der Einbau einer Zentralheizung im Versorgungsanstaltstrakt und die Instandsetzung der Frauenkrankenabteilung XIV fortgesetzt; am Pavillon XVIII wurden Erhaltungsarbeiten aufgenommen, das Asphaltieren des Küchenhofes sowie der Gärtnerei konnte zum Abschluß gebracht werden.

Im Gebäude der Zentrale des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes wurden die bereits im Jahre 1970 begonnenen Arbeiten an der Kanalisation und am Heizungsschacht, das Betonieren des Hofes und die Umstellung der Dampfheizung auf Warmwasserheizung abgeschlossen. Außerdem wurde dort eine Badeanlage für das Sanitätspersonal eingebaut, und auch die Fußböden wurden erneuert. An der Rettungsstation Mariahilf wurde das Dach des rechten Seitenflügels zur Gänze und das Garagendach zum Teil erneuert. Vor der Rettungsstation Penzing mußte ein Gehsteig neu hergestellt werden.

In den Altersheimen der Stadt Wien wird getrachtet, durch den Einbau von Zentralheizungs-

sowie von Kalt- und Warmwasseranlagen hygienisch günstige Bedingungen zu schaffen und die Arbeit zu rationalisieren. Derartige Maßnahmen wurden im Altersheim Lainz in den Pavillons IV, VI, XIII und XIV abgeschlossen. Im Pavillon XIV waren damit auch die Arbeiten am rechten Bauteil beendet und konnten am linken Bauteil aufgenommen werden. Der von Grund auf sanierte Pavillon VI konnte bereits zur Benützung übergeben werden; gleichartige Arbeiten wurden am Pavillon XIII im Laufe des Jahres 1971 aufgenommen. Im Pavillon I, in dem ein zweiter Krankenbettenaufzug eingebaut wird, wurden die Fenster und Türen erneuert, im Pavillon IX auch ein Teil der Sanitärgruppen. Der Ausbau der elektrischen Versorgungsleitungen sowie die Wiederherstellung der eingestürzten Tiergartenmauer wurden fortgesetzt. Im Altersheim Baumgarten und im St. Rochus-Heim wurde der Einbau von Zentralheizungen beendet; außerdem wurden Kanäle und Straßen instandgesetzt. Die Renovierungsarbeiten im Pavillon II wurden fortgesetzt und im Pavillon I aufgenommen. Im Altersheim Liesing wurden verschiedene Bauarbeiten ausgeführt und einige Dächer neu eingedeckt; ferner wurde der Speisesaal saniert. Die Modernisierungsarbeiten sowie das Auswechseln der Decken im Altgebäude des Altersheimes St. Andrä an der Traisen, einem alten, denkmalgeschützten Klosterbau, wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen; auch das Sanieren der Werkstätten konnte nicht abgeschlossen werden. In dem neu erworbenen Altersheim Klosterneuburg wurde damit angefangen, das Neugebäude umzubauen und eine Zentralheizung zu installieren.

In den städtischen Amtshäusern, 1, Wipplingerstraße 8, und 16, Richard Wagner-Platz 19, wurden die Modernisierungsarbeiten fortgesetzt, an den Amtshäusern, 1, Rauhensteingasse 5, 3, Karl Borromäus-Platz 3, 6, Amerlingstraße 11, 7, Hermanngasse 24—26, 15, Selzergasse 19, und 18, Martinstraße 100, konnten sie beendet werden. An den Amtshäusern, 17, Lienfeldergasse 96, und 20, Brigittaplatz 10, wurden derartige Arbeiten aufgenommen. Auch mit dem Neubau eines Laborgebäudes für die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien wurde in 11, Rinnböckstraße 15, begonnen.

Im Gebäude der Wiener Urania, 1, Uraniastraße 1, waren verschiedene Erhaltungsarbeiten auszuführen. Am Messegelände im Prater wurden zwei neue Pavillons, ein Diaskop- und ein Computer-Pavillon, aufgestellt. Ferner waren im Europahaus des Kindes in 16, Vogeltenngasse 2, neben dem Umbau von 2 Gruppenzimmern in 6 Schlafräume und dem Einbau eines Bades Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten vorzunehmen.

Verschiedene bauliche Herstellungen größeren Umfanges wurden im 3. Stock des Gebäudes des Bezirksjugendamtes für den 3. Bezirk, 3, Sechskrügelgasse 11, und in der Tuberkulosefürsorgestelle, 16, Kreitnergasse 41, vorgenommen. In der Mutterberatungsstelle, 14, Hadersdorf-Weidlingau, Hauptstraße 72, wurde die Beleuchtung verbessert und die Heizung von Kohlen- auf Ölheizung umgestellt.

Die städtischen Gastwirtschaften wurden baulich instandgehalten. Unter anderem wurde an der Gastwirtschaft, 19, Cobenzl, das Dach instandgesetzt und der Blitzschutz erneuert sowie am Ausflugsrestaurant, 19, Bellevue, ein Zubau errichtet. Die Gastwirtschaft, 22, Kagraner Platz 33, wurde gänzlich saniert, das heißt, die Mauern wurden trockengelegt, die Fenster im Erdgeschoß erneuert und die Fassade sowie das Dach instandgesetzt. Für die Gastwirtschaft, 3, Schweizergarten, wurde ein Neubau errichtet. Am Umbau des Au-Restaurants in 22, Donaupark, sowie an einem Zubau zu diesem wurden die Arbeiten aufgenommen.

Die Stadt Wien hat an einigen Kirchen Patronatsverpflichtungen zu erfüllen. Auf Grund einer derartigen Verpflichtung wurde in der Pfarrkirche St. Leopold in 2, Alexander Poch-Platz 6, die Innenkuppel ausgestaltet. Ebenso wurden an dem zur Pfarrkirche St. Othmar, 3, Kolonitzplatz, gehörenden Pfarrhaus die Fenster erneuert.

Für Zwecke des Stadtgartenamtes wird derzeit die Kaiserbadschleuse, ein Bau von Otto *Wagner* in 2, Obere Donaustraße, adapiert; im Jahre 1971 wurde zunächst das Dach saniert. Ferner wurden im Glashaus des Schulgartens Kagran sowie in dem dreischiffigen Glashausblock des Reservegartens Hirschstetten Beheizungen installiert; der Reservegarten Hirschstetten wurde an die Fernheizleitung Kagran angeschlossen.

Wie alljährlich wurde wieder ein Teil der Umfriedungsmauer des Lainzer Tiergartens instandgesetzt, und im Tiergarten selbst wurden Wirtschaftsstraßen sowie Wanderwege teils ausgebaut und teils ausgebessert. Weitere Erhaltungsarbeiten waren an den Innenhoftorbögen der Forstverwaltung Lainz sowie am Dach eines Nebengebäudes vorzunehmen. Auch im Bereich der Forstverwaltung Lobau-Wienerwald mußten Wirtschaftsstraßen und Wanderwege ausgebaut werden. Desgleichen waren ein öffentlicher Weg und Forststraßen beim Forstgut St. Oswald in der Steiermark anzulegen.

Am Dianabad konnte im Herbst 1971 das Dach der Schwimmhalle fertiggestellt werden; sodann wurden die Innenausbauarbeiten aufgenommen. Auch am Umkleidetrakt wurde die Hauptgleiche erreicht und der Innenausbau begonnen. Das Stadthallenbad, dessen Bau ursprünglich zurückgestellt worden war, muß bis zu den Europameisterschaften im Schwimmen im Frühjahr 1974 fertiggestellt

sein. Wegen der kurzen Bauzeit wurde ein Hauptunternehmer bestellt, der für deren Einhaltung haftbar ist. Im Jänner 1971 wurde die Baugrube ausgehoben, und auch die Sicherungsarbeiten wurden durchgeführt. Im Mai konnte mit den Fundierungsarbeiten begonnen werden. Bis Jahresende wurden das 3., 2. und 1. Untergeschoß, jedoch ohne die Beckeneinbauten, im Rohbau fertiggestellt. Im Ottakringer Bad wurden bis zum Beginn der Badesaison 1971 eine Halle über den beiden Becken, ein Garderobengebäude sowie ein Sauna- und Restaurationstrakt errichtet und sodann in Betrieb genommen. Mit der letzten Baustufe wurde im September begonnen. Diese wird den Bau eines Familienbeckens im Freien und die Renovierung der bestehenden Umkleidemöglichkeiten sowie der Personalwohnräume und Aufenthaltsräume umfassen. Während der ganzen Bauzeit soll der Badebetrieb voll aufrechterhalten werden. Da sich beim Bau des Schafbergbades die Bodenverhältnisse als ungewöhnlich schwierig erwiesen, mußten umfangreiche Erd-, Fundierungs-, Drainagierungs- und Geländeherstellungsarbeiten vorgenommen werden. Die Stützmauern, die Unterbodenkonstruktionen der Kabinen und Personalgebäude sowie ein Teil des großen Freibeckens konnten fertigbetoniert werden.

Beim Bau des Großmarktes Wien-Inzersdorf wurden von den Hallen mit einer Bodenfläche von 60 m² (C-Hallen) 18 im Rohbau fertiggestellt; außerdem wurden bei 10 derartigen Hallen Platten und Tore versetzt, bei 8 Spengler- und Dachdeckerarbeiten durchgeführt und bei 8 dieser Hallen die Fußbodenunterkonstruktion und der Unterbeton eingebracht. 5 Hallen wurden asphaltiert, und unter den Hallen wurden 1.400 m Installationsgang fertiggestellt. Bei 6 Hallen wurden die Heizung und die Elektroinstallation fertiggestellt, bei 6 weiteren Hallen wurde mit diesen Montagearbeiten begonnen. Beim weiteren Innenausbau wurde ferner eine Anzahl von Ständen mit den notwendigen Installationen eingebaut. Weiters wurde mit dem Bau von 5 Hallen mit einer Bodenfläche von 220 m² (B-Hallen) und den dazugehörenden Verbindungsbauwerken begonnen. Für die für Zoll- und Bundesbahndienststellen vorgesehenen Gebäude wurden die Fundierung und der Installationsgang fertiggestellt. Die Arbeiten am Straßenunterbau konnten im ganzen Marktbereich abgeschlossen werden, die Herstellung der Fahr- und Parkflächen zum überwiegenden Teil. Für die Aufnahme der Oberflächenwässer wurden Rigolrinnen mit Kanalanschlüssen eingebaut. Die Böschung an der Straße 12 mußte mit einer Stützmauer gesichert werden. Nach Absiedlung eines Gewerbebetriebes konnte von dem zu errichtenden Verschubbahnhof die Verschubanlage nahezu fertiggestellt werden. Außerdem wurde der Haböckweg in einer Länge von 100 m umgeleitet und überbrückt. Die Reserveflächen zwischen einigen Marktgassen wurden eingeebnet und humusiert. Auch die Stahlbetonplatten für die Verlegung der Rillenschienen konnten zwischen einigen Hallen bereits fertiggestellt werden. Schließlich wurde im ganzen Marktbereich mit der Fundierung und Aufstellung der Lichtmaste begonnen.

Am Zentralviehmarkt, an den bestehenden Markthallen und an den offenen Märkten wurden die stets notwendig werdenden Erhaltungs- und Ergänzungsarbeiten ausgeführt. In 3, Invalidenstraße, wurde der Neubau einer Markthalle geplant.

Vom Neubau der zentralen Versorgungsanlagen in St. Marx wurden im Schweinemarkt die Fußböden, die Installations- und die Stalleinrichtungen hergestellt, so daß dieser zu Jahresende 1971 betriebsfertig übergeben werden konnte. Im Rindermarkt wurden Fundierungsarbeiten für die Stall- und Fütterungseinrichtungen vorgenommen. Ein Teil der Fütterungseinrichtungen konnte bereits montiert werden, und auch die Verladerampe wurde schon betriebsfertig übergeben. Dies war notwendig, weil das Abladen der Rinder im neuen Viehmarkt durchgeführt wird, um den Platz für den Bau der Schlachthalle frei zu machen. Im Fleischmarkt wurden der technische Innenausbau sowie Fußboden- und Fliesenlegerarbeiten ausgeführt. Im Kühlblock waren im nördlichen Teil bis Ende des Jahres die Isolierungen, Fußböden und die technischen Einrichtungen etwa zur Hälfte fertiggestellt, im südlichen Teil wurde mit dem Aufstellen der Brandschutzwände und den Isolierungsarbeiten begonnen. Der Rohbau des Maschinenhauses konnte bis Dezember 1971 so weit gebracht werden, daß mit dem Einbau der schon bereitgelegten technischen Einrichtungen angefangen werden konnte. Auch der Rohbau der Schlachthalle wurde weitgehend beendet. Von den Außenanlagen werden die Straßen und Parkplätze in zwei Teilen hergestellt; an den Einbauten wurde das ganze Jahr über gearbeitet. Ebenso wurden die Gleisanlagen verlegt.

Für die Feuerwehr der Stadt Wien wurden in den Feuerwachen Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten, vor allem an der Beleuchtung, vorgenommen sowie die Küchen und Lebensmittelmagazine modernisiert. In 3, Baumgasse, wird eine neue Feuerwache errichtet werden, für deren Neubau Planungsarbeiten ausgeführt wurden. In der Zentralfeuerwache in 1, Am Hof, wurde das Glasbaustein-Stiegenhausfenster erneuert. Weitere größere Arbeiten waren der Umbau der Zentralheizung in der Hauptfeuerwache Mariahilf, der Einbau einer Zentralheizung und einer Warmwasserbereitungsanlage in der Hauptfeuerwache Floridsdorf sowie Dachreparaturen in den Hauptfeuerwachen Hernals und Döbling sowie an der Feuerwache Speising.

Technische Baupolizei

Zunächst ist festzuhalten, daß mit dem Gesetz vom 19. Dezember 1969, LBGl. für Wien Nr. 2/1970, die Verpflichtung zur Einmündung aller Abwässer in den Straßenkanal insofern ausgedehnt wurde, als die Einmündungsverpflichtung nun nicht nur bei einer Entfernung desselben bis zu 20 m, sondern bis zu 30 m besteht. Bei der Erwähnung dieser Novelle zum Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren in der Fassung vom 22. Dezember 1966, LGBl. für Wien Nr. 13/1967, ist im Verwaltungsbericht 1970 (Die Verwaltung der Stadt Wien 1970, Seite 103) ein Fehler unterlaufen.

Das Jahr 1971 brachte nun neuerlich eine Reihe von Bestimmungen, die Änderungen teils in technischen Vorschriften, teils in Belangen der Verwaltung bewirkten. Zunächst wäre eine Verwaltungsverordnung zu erwähnen, die durch das Bundesgesetz vom 11. Dezember 1969 über den Dienstvertrag der Hausbesorger (Hausbesorgergesetz), BGBl. Nr. 16/1970, ausgelöst wurde. Dieses Gesetz sieht vor, daß die Entgeltanteile für Wohnungen und für andere Räumlichkeiten nach deren Nutzflächenausmaß und die Entgeltanteile für das Reinigen der Gehsteige und deren Bestreuen bei Glatteis je Quadratmeter der zu reinigenden Flächen in monatlich gleicher Höhe festzusetzen sind. Dazu verfügte nun die Magistratsdirektion mit Erlaß vom 16. Februar 1971, Zahl MD — 151/1971, daß diese Daten im Verfahren vor der Schlichtungsstelle von Amts wegen festzustellen oder zu überprüfen sind, soferne diesbezügliche Angaben des Hauseigentümers von Mietern bestritten werden. Weiters erließ der Bundesgesetzgeber mit der Flüssiggasverordnung, BGBl. Nr. 139/1971, Vorschriften zum Schutz der Nachbarschaft und der Dienstnehmer für den Bau und den Betrieb von Anlagen, in denen Flüssiggas gelagert, abgefüllt oder verwendet wird, auf deren Einhaltung vor allem im gewerbebehördlichen Verfahren zu achten ist.

Das Bundesgesetz vom 16. Juni 1971, das Normengesetz 1971, BGBl. Nr. 240/1971, sieht vor, daß ein Verein gegründet werden kann, dessen Zweck es ist, Normen zu schaffen und zu veröffentlichen, und der befugt ist, die von ihm geschaffenen Normen als Österreichische Normen zu bezeichnen. Aus diesem Gesetz werden sich ebenfalls Aufgaben für den Magistrat der Stadt Wien ergeben. Schließlich wird das Bundesstraßengesetz 1971, BGBl. Nr. 286/1971, Änderungen nach sich ziehen, welche die Gebrauchserlaubnisse für Straßengrund und die Grundabteilungen betreffen; auch die Bebauungsbestimmungen für Bauplätze an Bundesstraßen und die Anliegerleistungen von Bauwerbern, deren Grundstücke an Bundesstraßen anrainen, werden neu geregelt werden müssen.

Von den Landesgesetzen wäre zunächst das Wiener Veranstaltungsgesetz, LGBl. für Wien Nr. 12/1971, zu erwähnen, das im wesentlichen die das Veranstaltungswesen betreffenden Bestimmungen zusammenfaßt und ergänzt, wie etwa durch Vorschriften, die sich darauf beziehen, welche Anforderungen an Veranstaltungsstätten gestellt werden, um diese als solche für geeignet zu befinden. Mit dem Wiener Veranstaltungsgesetz in Zusammenhang steht das Landesgesetz vom 26. Februar 1971, LGBl. für Wien Nr. 13/1971, mit dem das aus dem Jahre 1925 stammende Gesetz über die Festsetzung des Ausmaßes von Verwaltungsabgaben im Bereich des Landes und der Gemeinde Wien und die Einhebung von Amtstaxen im Verfahren nach den Wiener Landes- und Gemeindeabgabengesetzen den neu geschaffenen Verhältnissen angepaßt wurde. Schließlich wurden mit der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 1. Juni 1971, LGBl. für Wien Nr. 14/1971, einige Tarifposten der Verordnung über die Verwaltungsabgaben, Kommissionsgebühren, Überwachungsgebühren und Amtstaxen neu geregelt. Anzuführen wäre hier noch die Novelle zum Wiener Gasgesetz, LGBl. für Wien Nr. 19/1971, mit der unter anderem das Recht zur Führung des Prüfzeichens für Gasgeräte geschaffen wurde.

Mit diesen Bundes- und Landesgesetzen in Zusammenhang stand eine Fülle von Änderungen, die an vorhandene Drucksorten und Schreibhilfen, die handschriftlich angebracht und daher mittels Dienstanweisungen angeordnet werden mußten. Infolge des Inkrafttretens des Wiener Veranstaltungsgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 12/1971, mußte überdies die bis dahin im Amt gewesene Theaterkommission aufgelöst und eine neue bestellt werden; außerdem mußte eine neue Geschäftsordnung beschlossen werden. Die Besprechungen wegen der technischen Bestimmungen werden noch fortgesetzt. Um die Sicherheit aller Räume, die für größere Menschenansammlungen bestimmt sind, zu heben, werden zu den diesbezüglichen Genehmigungsverhandlungen Sachverständige der Baupolizei beigezogen.

Die Technische Baupolizei war im Jahre 1971 mit zahlreichen großen Bauvorhaben der Stadt Wien und des Bundes befaßt, die zum Teil geplant, zum Teil bereits ausgeführt wurden, wie dem Bau von Wohnhausanlagen, Schulen, Bädern, Hotelbauten, Krankenhäusern und Kultbauten. Überdies waren zu allen wichtigen, den U-Bahn-Bau betreffenden Besprechungen Vertreter zu entsenden, um alle notwendigen Sicherheitserfordernisse einplanen zu können und damit Schwierigkeiten bei der Baudurchführung zu vermeiden.

Für die Durchführung der Beschauten (Fundament-, Eisen- und Rohbaubeschauten), deren Zahl nicht zuletzt durch die neuen U-Bahn-Baustellen stark angestiegen ist, mußten bei fast allen privaten und öffentlichen Bauten infolge des Personalmangels überwiegend Ziviltechniker herangezogen werden.

Die stürmische Entwicklung auf dem Baustoffsektor, besonders bezüglich der Verwendung von Kunststoffen, hielt weiter an. Um bei der Regelung dieser Materie mitwirken zu können, wurden in die mit den einschlägigen Önormen befaßten Ausschüsse Vertreter entsendet. Weiters ging man dazu über, das System der Zulassungen in Übereinstimmung mit anderen Bundesländern zu vereinheitlichen und zu rationalisieren, um die Erledigung der gestellten Anträge zu beschleunigen. Einige wichtige Normen, Mantel-, Schütt- und Stahlbeton betreffend, wurden unter Mitwirkung eines Vertreters der Stadt Wien formuliert.

Bei den Gebrauchserlaubnissen ist nach Abschluß der Verfahren für die Genehmigung von Selbstbedienungseinrichtungen für den Sonntagszeitungsverkauf eine gewisse Beruhigung eingetreten; insgesamt wurden 23.496 Aufstellungsplätze genehmigt. Die Ermittlungsverfahren für die Einräumung von Gebrauchserlaubnissen zur Lagerung von Baustoffen wird indessen immer langwieriger und schwieriger, weil die benötigten Flächen meist wegen der Aufrechterhaltung der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs nicht mehr in vollem Umfang zur Verfügung gestellt werden können und daher Kompromißlösungen zwischen dem Gemeingebrauch und dem angestrebten Sondergebrauch gefunden werden müssen. Besonders bei den großen Baustellen, wie zum Beispiel am Karlsplatz und in der Favoritenstraße, mußte auf die Umleitungen des Individualverkehrs, aber auch auf die Arbeiten der Einbautendienststellen der Gemeinde Wien und des Bundes im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau Rücksicht genommen werden.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Im Jahre 1971 war in allen schon bisher von der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien betreuten Sparten eine beträchtliche Zunahme an Untersuchungen und Prüfungen zu verzeichnen. Außerdem konnten etliche vollkommen neue Sachgebiete aufgegriffen werden. Der Erfolg war eine Zunahme der Einnahmen aus den Prüfgebühren gegenüber 1970 um fast 40 Prozent.

Neue Arbeiten, deren Übernahme schon in den beiden vorangegangenen Jahren vorbereitet worden ist, waren die Abnahme von Stahl- und Gußtübbings für die U-Bahn, die Überprüfung von Künetten in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung für Straßenbau, die Prüfung von Fenstern auf Schlagregendichtheit und Luftdichtheit sowie Untersuchungen für den Umweltschutz, wie etwa Luftmessungen auf Verunreinigungen durch Staub und Schwefeldioxyd sowie Lärm- und Schallmessungen.

Ferner wurde eine Forschungsarbeit mit Ziegelpfeilern ausgeführt.

Heizungs- und Maschinenbau

Für die Stadtverwaltung — die städtischen Unternehmungen sind hier nicht berücksichtigt — wurden im Jahre 1971 die Heizanlagen von rund 1.140 städtischen Objekten betreut und erhalten. Unter anderem wurden 5 neue Schulen sowie rund 20 andere öffentliche Objekte mit modernen Heizeinrichtungen ausgestattet; in 5 Schulneubauten wurde mit dem Einbau derartiger Heizanlagen begonnen. Unter anderem wurden im I. Zentralberufsschulgebäude, 6, Mollardgasse 87, im Kulturzentrum Donaustadt, im Konservatorium der Stadt Wien, in den Altersheimen Baumgarten und Klosterneuburg sowie im Heim Lindenhof moderne Heizungen eingerichtet.

Schulneubauten werden meist in Fertigteilbauweise errichtet, wobei auch die Heizungsinstallationen zum Teil vorgefertigt auf die Baustelle kommen. Wo dies technisch möglich war und wirtschaftlich zweckmäßig erschien, wurden einige dieser neuen Objekte an Fernheizungen oder an Blockheizwerke angeschlossen; dadurch wurden gebäudeeigene Kesselhäuser erübrigt und auch Heizer eingespart. Dort, wo der Anschluß an Fernheizungen nicht möglich war, wurden die Heizanlagen mit automatisierten Gas- oder Ölfeuerungen gebaut, um Personal zu sparen.

Auch die Kontrolle und Erhaltung der Wohnungsheizungen in städtischen Wohnhäusern wurde, soweit diese nicht von der Heizbetriebe Wien-Ges. mbH besorgt wird, wahrgenommen. Ferner wurde für die neuen Wohnhausbauten in der Großfeldsiedlung erstmals eine Gemeinschaftsantennenanlage mit Anschlüssen für etwa 3.000 Wohnungen geschaffen.

Der schon vor Jahren begonnene Umbau der Heizanlage im Rathaus und in den angeschlossenen Amtshäusern wurde auch während der Heizperiode fortgesetzt. In letzter Zeit wurden vorzugsweise auch Lüftungen und Klimaanlagen umgebaut. In den Elin-Häusern, 1, Volksgartenstraße 1 und 3,

wurde eine Warmwasserpumpenheizung eingebaut, damit diese ab 1972 vom Rathaus aus mit Fernwärme versorgt werden können.

Im alten Teil des Allgemeinen Krankenhauses, und zwar im ehemaligen Garnisonsspital, wurde im Jahre 1971 mit dem Bau von Heizungs- und Klimaanlagen begonnen, der im Jahre 1973 abgeschlossen sein soll. Gleichartige Arbeiten nahmen in der Orthopädischen Universitätsklinik, im Pathologisch-anatomischen Institut, in der Zentraldesinfektion, in der Beschaffungsstelle sowie in der Universitätsklinik für Kieferchirurgie ihren Anfang und konnten zum Teil auch beendet werden. Der Bau des Fernwärmeanschlusses für die Kobaltanlage der II. Universitäts-Frauenklinik erstreckte sich vom Jahre 1967 bis zum Ende des Jahres 1971 und ist nun abgeschlossen. In der Ambulanz und im Dialyseraum der Urologischen Universitätsklinik konnten die Arbeiten mit relativ kleinen Beträgen bis Ende dieses Jahres fertiggestellt werden, ebenso in der Schielambulanz der II. Universitäts-Augenklinik, im Röntgendiagnostischen Institut und in der I. Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten. Insgesamt wurden in 45 Objekten des Allgemeinen Krankenhauses die Heiz- und Klimaanlagen betreut. Ferner wurden im Neubau und bei der Sanierung des Altbaues die Elektro- und Sanitärinstallationen dem neuesten Stand der Technik entsprechend ausgeführt.

Im Elisabeth-Spital wurden kleinere Arbeiten durchgeführt, die im Zusammenhang mit der Adaptierung des ehemaligen Operationssaales im Pavillon 1 als Krankenstation sowie dem Umbau einer Krankenstation im Pavillon 3 standen. Im Franz Joseph-Spital wurden neben kleineren Erhaltungsarbeiten, wie dem Erneuern der Abschlammgefäße und der Kondensat-Behälter sowie dem Auswechseln der Kondensat-Töpfe, Aufzugsanlagen gebaut. Im Krankenhaus Floridsdorf wurde mit dem Bau einer neuen Klimaanlage für den Operationsraum begonnen; es wurden aber auch Erhaltungsarbeiten ausgeführt.

Neben Erhaltungsarbeiten wurden im Krankenhaus Lainz anläßlich der Generalinstandsetzung des Pathologisch-bakteriologischen Instituts eine Warmwasserpumpenheizung und eine Warmwasserbereitungsanlage eingebaut. Im benachbarten Altersheim Lainz konnte der Einbau einer Zentralheizungs- und Warmwasserbereitungsanlage im Pavillon 13 mit einem Anschluß an die Heizzentrale des Pavillon 11 fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Auch das stark überaltete Gas- und Wasserrohrnetz wurde teilweise erneuert; ebenso wurden die Arbeiten an der Maschennetz-Verkabelung fortgesetzt. Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel wurde eine Fernheizleitung von der neu errichteten Heizzentrale im Schwesternwohnhaus zum Neubau eines Pavillons für entwicklungsgestörte Kinder verlegt und für die Warmwasserbereitung in Betrieb genommen. Ferner wurden in der Krankenanstalt Rudolfsstiftung beim Neubau des Hauptgebäudes die Arbeiten an den Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen fortgesetzt; der Bau des 80 m hohen Schornsteines mit zwei Zügen konnte fertiggestellt werden. Auch Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten wurden ausgeführt. Im Wilhelminenspital betrug die Zahl der betreuten Objekte 36. Dort wurden im Jahre 1971 die Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen in der Unfallchirurgie fertiggestellt und erprobt. Ferner wurden in der Zentraldesinfektion eine Deckenstrahlheizung und in der Prosektur eine Lüftungsanlage sowie eine Radiatorenheizung fertiggestellt und in Betrieb genommen. Die Elektro- und Sanitärinstallationsarbeiten wurden zügig fortgesetzt.

Im Karolinen-Kinderspital wurden Arbeiten an einer Heizung für die Personalwohnzimmer durchgeführt. Die Fernleitung zum Kesselhaus des Mautner Markhof'schen Kinderspitals konnte praktisch fertiggestellt werden; außerdem wurde in diesem Krankenhaus der Operationstrakt nach den neuesten Erkenntnissen der Medizin ausgestaltet. Auch im Preyer'schen Kinderspital wird beim Neubau des Operationstraktes eine Klimaanlage installiert.

Im Zentralkinderheim wurde das ehemalige Schwesternheim der Gebietskrankenkasse in ein Schwesternwohnhaus umgebaut und ebenso wie zwei weitere Schwesternheime in der Schlachthausgasse und in der Stättermayergasse mit einer modernen Heizung ausgestattet. In der Semmelweis-Frauenklinik ergaben sich nur Arbeiten kleineren Umfanges. Die Erhaltungsarbeiten im Pavillon 4 des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe konnten abgeschlossen werden, mit den Arbeiten an der Heizung des Personalwohnhauses und des Pavillons 5 wurde begonnen. Die Arbeiten an den Gas-, Wasser- und Stromversorgungsanlagen, die teilweise erneuert, teilweise verstärkt werden müssen, wurden fortgeführt. Weiters wurde im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs an der Donau anläßlich des Einbaues einer Radiatorenheizung im Verwaltungsgebäude ein neues zentrales Kesselhaus mit zwei Warmwasserkesseln errichtet, an die alle Objekte der Anstalt in den kommenden Jahren angeschlossen werden sollen.

In der Herberge Gänsbachergasse wurde mit dem Einbau einer neuen Warmwasserheizung und einer Kesselanlage begonnen.

An dem Fernwärmewerk Spittelau waren im Jahre 1971 im wesentlichen Vervollständigungsarbeiten vorzunehmen. Außerdem wurden die Versuchsfahrten mit der Müllverbrennungsanlage dauernd

beobachtet. Während dieser Anfahrperiode wurde auch die Frage des Spitalmülls in Verbindung mit dem Neubau des Allgemeinen Krankenhauses behandelt.

Weiters wurden Fertigstellungsarbeiten an der elektrischen Steuerung im Blockheizwerk Großfeldsiedlung und im Blockheizwerk Süd durchgeführt; diese Arbeiten sind abgeschlossen. Arbeiten, die sich mit der Normung der Hausübergabestationen, der Pumpengruppe und der Druckhaltung für Hausübergabestationen, ferner mit dem Anschluß der Heizungen von drei Wohnblöcken eines privaten Bauwerbers an das Kesselhaus des Zentralkinderheimes befassen, müssen im Jahre 1971 noch fortgeführt werden. Bezüglich der Wohnhausbeheizung wurden Untersuchungen und Berichte über den Anteil der Elektrospeicherheizung in zentralbeheizten Wohngebieten fertiggestellt. Weiters wurden für die Berichte über die U-Bahn-Lüftung, für die ein Patent angemeldet wurde, vom Zeichenbüro der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe sämtliche Prinzipzeichnungen angefertigt.

Im Jahre 1971 wurden auch die Arbeiten an der zentralisierten Überwachung der Krankenanstalten, die mit Fernwärme versorgt werden und die kein ständiges Personal für die Erhaltung der Anlagen haben, aufgenommen. Es handelt sich hiebei um fünf Krankenanstalten, die zentral an die Heizwerkstätte zur Überwachung angeschlossen werden sollen. Ein ständiger Dienst, der auch an Samstagen und Sonntagen zur Verfügung steht, wird an den Wochentagen in einem festgelegten Turnus die Erhaltungsarbeiten durchführen. Zur Zeit wird an einem Konzept für die elektrische Steuerung und die Erfassung der Störungsmeldungen gearbeitet. Ferner wurde mit der Planung der Sanierung des gesamten Heizungskonzepts des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe begonnen. Die Untersuchungen sollen ergeben, ob es zweckmäßig wäre, den vorhandenen 8-Tonnen-Kessel zu überholen und als Reserve zu belassen, für den Betrieb aber einen 20-Tonnen-Kessel aufzustellen. Auch neue Verteiler- und Pumpenstationen für das Kesselhaus wurden geplant.

Weitere Arbeiten zielten darauf ab, ein Konzept für die Aufwertung des Altwohnungsbestandes durch den Einbau von Zentralheizungen und von Warmwasserbereitungsanlagen auszuarbeiten. Es besteht die Absicht, die sanitären Anlagen und die Heizungen frei werdender Altwohnungen zu modernisieren und auf Wunsch auch den bewohnten Altwohnungsbestand ohne große Bauarbeiten in gleicher Weise zu sanieren.

Für die Kläranlagen und Pumpwerke wurden gemeinsam mit der Magistratsabteilung für Kanalisation die maschinentechnischen Einrichtungen geplant und die Leistungsverzeichnisse erstellt. In der Hauptkläranlage Simmering wurden die Räumer für die Sandfangbecken geliefert und montiert; die weitere Planung kann aber erst nach der grundsätzlichen Entscheidung über die Behandlung des Schlammes zügig fortgesetzt werden. Im Hochwasserpumpwerk Stadlau wurden anstelle der beiden alten Pumpen aus dem Jahre 1895 zwei Abwasserpumpen mit einer Leistung von 800 Liter pro Sekunde samt den erforderlichen Saug- und Druckleitungen gebaut.

Von den großen Bäderbauten ist der Bau des Dianabades soweit gediehen, daß voraussichtlich Ende des Jahres 1972 der Probebetrieb aufgenommen werden kann.

Für das Stadthallenbad wurden die Konstruktionen berechnet und die Arbeiten für den Hubboden, die Filteranlage, die Chloranlage, die Heizungs-, Lüftungs- und Kühlungsanlage sowie für die Wärmerückgewinnung ausgeschrieben; der Auftrag für den Hubboden wurde bereits vergeben. Auch für das Sommerbad Schafberg wurden Arbeiten für die Heizungsanlage für die Beckenaufwärmung, die Warmwasserbereitung und die Betriebsräume bereits vergeben, ebenso für die Beckenwasserreinigungsanlage; die Detailplanung konnte größtenteils abgeschlossen werden. Vorplanungsarbeiten wurden für das Hallenbad Hietzing und für das Sommerbad Atzgersdorf gemacht. Im Jörgerbad wurden die stationären Heizungsanlagen im Dampf-Saunabad und im Wannenbad bereits fertiggestellt; die Planung der Lüftungsanlage für die große Halle war zu Ende des Jahres 1971 noch nicht abgeschlossen und auch an der Umstellung der Heizzentrale auf Fernwärmeversorgung aus dem Fernwärmewerk Spittelau wurde noch gearbeitet.

Für das Fleischzentrum St. Marx werden die Heizzentrale, die Kältezentrale, die Kühlboxen, die Hängebahnen, die Waagen sowie die Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlagen von städtischen Ingenieuren gebaut. Die Heizungs- und Lüftungsanlagen für den Fleischmarkt wurden bereits eingebaut und auch die Klimaanlage wurde dem Baufortschritt entsprechend fertiggestellt. Die Arbeiten an den Rohrbahnförderanlagen waren zu Jahresende in vollem Gange. Mit der Montage der Ammoniak-Flüssigkeitssammler, der Kondensatoren und der Pumpenstation im Untergeschoß des Maschinenhauses wurde begonnen. Die Bauelemente der Heizzentrale, wie Pumpen- und Verteilereinheiten, wurden weitgehend vorgefertigt, so daß zu Anfang des Jahres 1972 unverzüglich mit der endgültigen Montage begonnen werden kann.

Für den Großgrünmarkt Inzersdorf wurden die Heizung, die Lüftung und die Fernleitung für

12 C-Hallen fertiggestellt. Diese Arbeiten laufen, da alle grundsätzlichen Entscheidungen getroffen wurden, klaglos.

An Sonderbauten wurde das 2. Baulos des Internationalen Studentenheimes fertiggestellt. Weiters wurden in der Wohnhausanlage, 19, Hackhofergasse, 48 Wohnungen mit Gasetagenheizungen in Sonderbauweise ausgestattet; hier wurden versuchsweise erstmals in einer städtischen Wohnhausanlage die Verteilerrohre als Vierkantrohre in der Ecke zwischen Fußboden und Wand verlegt und Heizthermen für die Heizung und Warmwasserbereitung eingesetzt. Für die Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien in 11, Rinnböckstraße, wurden verschiedene ausschreibungsreife Projekte erarbeitet.

Von den Verkehrsbauwerken konnte die Unterfahrung der Ostbahn mit der Erzherzog Karl-Straße fertiggestellt werden. In diesem Objekt wurde eine von zwei Kohlenmonoxyd-Meßgeräten gesteuerte Lüftungsanlage eingebaut; das Kohlenmonoxyd wird von im Teillast-Bereich laufenden oder schlecht einregulierten Benzinmotoren besonders reichlich produziert und stellt eine echte Gefahr dar. Planungsarbeiten befaßten sich mit dem Autobahntunnel Laaer Berg und mit der Unterführung der Nordbahn mit der Straße.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau waren infolge einer baubedingten Grundwasserabsenkung gemeinsam mit der Magistratsabteilung für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten wegen der Klimaanlagen Verhandlungen zur Lösung technischer und rechtlicher Fragen zu führen. Auch die Rechtsprobleme, die sich wegen der Errichtung eines Lüftungs- und Notausstiegsbauwerkes ergaben, mußten im Verhandlungswege gelöst werden. Die für die U-Bahn zu leistenden Planungsarbeiten betreffen einerseits Heizungs- und Lüftungsanlagen für die Stationen, andererseits Einrichtungen zur Tunnellüftung und Luftschwallverhinderung. Die Konzeption der Heizungs- und Lüftungsanlagen der Station Karlsplatz der Linie U 1 wurde abgeschlossen, und auch die Ausschreibungsunterlagen wurden vorbereitet. Die Planung der Heizungs- und Lüftungsanlagen für die Stationen Taubstummengasse, Südtiroler Platz, Keplerplatz, Reumannplatz und Stephansplatz konnte gleichfalls fertiggestellt werden, für die Stationen Schwedenplatz, Nestroyplatz und Ringturm wurde sie eingeleitet. Einrichtungen zur Tunnellüftung und Luftschwallverhinderung wurden in Form eines neuartigen Tunnellüftungssystems von städtischen Ingenieuren erarbeitet und als Weltpatent angemeldet. Hiefür waren zahlreiche theoretische Untersuchungen, die Auswertung der Meßfahrten von Hamburg und Stockholm sowie umfangreiche Modellversuche in der Maschinentechnischen Versuchsanstalt Arsenal durchzuführen. Zweck des neuen Tunnellüftungssystems ist es, mit einer wesentlich geringeren Anzahl von an die Oberfläche führenden Lüftungsschächten, als dies bei ausländischen Systemen üblich ist, auszukommen und eine einwandfreie Lüftung, was Sauerstoffgehalt und Temperatur der Luft im Tunnel anlangt, zu erreichen.

Größere Arbeiten an Kühlanlagen ergaben sich im Jahre 1971 in den Gaststätten im Schweizer Garten, Liesinger Bad, Ottakringer Bad, Dianabad sowie im „Haus der Begegnung", 21, Angerer Straße. Auch im Küchenzubau zum Kinderheim, 19, Hohe Warte, und beim Küchenumbau der Zentralfeuerwache, 1, Am Hof, wurden Kälteanlagen neu eingebaut. Im übrigen wurden die in städtischen Objekten bestehenden Kühlanlagen und Kühlgeräte technisch betreut. Es handelt sich unter anderem auch um die von der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe verwalteten Sondergeräte, wie 140 Kühlschränke, die in sämtlichen Amtshäusern der Stadt Wien verteilt sind, weiters 270 Defensoren, 122 Heizgeräte, 170 Ventilatoren sowie um 32 Klima-, Ozon- und Kühlgeräte. Der Transport wurde mit eigenem Personal durchgeführt, wofür neben anderer Tätigkeit zwei Spezialmonteure und ein Kraftfahrer eingesetzt waren.

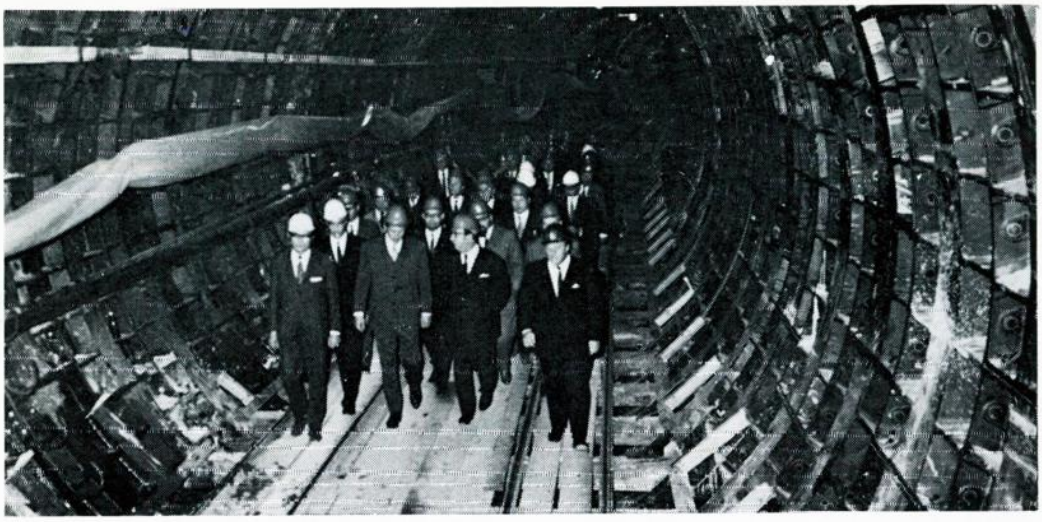
Für die im Jahre 1971 durchgeführten Arbeiten waren mehr als 11.000 Rechnungen zu behandeln. Um die Prüfung der angegebenen Preise zu erleichtern, wurde eine Preiskartei angelegt, die auch als Grundlage für Kalkulationen dienen soll und die Preisentwicklung nachweist. Diese Arbeiten wurden ebenso wie die rechnerische Überprüfung der Anbote, die Vorbereitung derselben für die Preisprüfung und verschiedene andere mit den Ausschreibungen, der Aktenerledigung und der Aktenverfolgung in Zusamenhang stehende Vorgänge zur Entlastung des technischen Personals von Bediensteten des allgemeinen Verwaltungsdienstes ausgeführt. Ferner wurden für die Eintreibung der Heizkostenrückstände aus den Jahren 1968/69 von Privatpersonen vorläufig 80 Akten angelegt und der Magistratsabteilung für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten zur gerichtlichen Einbringung der geschuldeten Beträge übergeben. Schließlich wurden die bis zur Überprüfung bereits ausgeführter Arbeiten zurückbehaltenen Haft- und Deckungsrücklässe zur besseren Übersicht in einer Kartei festgehalten und die notwendigen diesbezüglichen Korrespondenzen geführt.

Im Frühjahr 1971 wurde an einem Entwurf für ein neues Ölfeuerungsgesetz mitgewirkt. Die im Begutachtungsverfahren erhobenen Einsprüche wurden dann im Spätherbst beraten. Außerdem

Gesamtansicht des Verkehrsbauwerks Lobkowitzbrücke, rechts der Autobusbahnhof

Verkehrsbauwerke

Die Unterführung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße konnte für den Verkehr freigegeben werden



Der erste Wiener U-Bahn-Tunnel ist fertig; er ist 491,6 Meter lang und führt vom Karlsplatz zur Paulanerkirche

U-Bahn-Bau

Das Modell des künftigen Wiener U-Bahn-Waggons

waren während des ganzen Jahres bau-, gewerbe- und theaterpolizeiliche Angelegenheiten zu bearbeiten und zu kommissionellen Augenscheinsverhandlungen, die anläßlich von Genehmigungsverfahren ausgeschrieben wurden, Sachverständige zu entsenden.

Der Arbeitsumfang der Dampfkessel-Prüfungskommissäre nimmt ständig zu. Vor allem sind in zunehmendem Maße Druckbehälter zu prüfen, da Druckbehälter immer häufiger für die verschiedensten Gase und andere Zwecke verwendet werden.

Zum Umweltschutz war bei Rauch- und Lärmbelästigungen einzuschreiten. Allein wegen Rauchbelästigungen wurden 143 Beratungen durchgeführt und Erhebungen gepflogen.

Aus dem Fernmeldewesen wäre zu berichten, daß im April 1971 im Rathaus eine neue Verstärkerzentrale in Betrieb genommen wurde, die der Beschallung der Repräsentationsräume und der das Rathaus umgebenden Verkehrsflächen dient. Ferner wurden mit der Post- und Telegraphendirektion für Wien, Niederösterreich und Burgenland Gespräche wegen der Sicherstellung der für die elektronische Datenverarbeitung benötigten Mietleitungen geführt.

Technische Angelegenheiten des Gas- und Elektrizitätswesens

Im Zusammenhang mit der behördlichen Überprüfung und Überwachung von Elektro- und Gasanlagen wurden im Jahre 1971 insgesamt 1.891 Dienststücke bearbeitet. Infolge der zahlreichen Anzeigen des Österreichischen Verbandes für Elektrotechnik (ÖVE) gegen Hersteller und Verkäufer von vorschriftswidrigen Elektrogeräten wurde eine größere Zahl von Verstößen gegen das Elektrotechnikgesetz bekannt und abgestellt. Die vor zwei Jahren begonnene Mitarbeit als Amtssachverständige beim U-Bahn-Bau wurde fortgesetzt. Auch zu einem Entwurf eines Elektrizitätswirtschaftsgesetzes wurde eine Stellungnahme abgegeben. Ferner gab die Flüssiggas-Verordnung 1971, BGBl. Nr. 139/1971, neue Impulse für eine vermehrte behördliche Tätigkeit im Zusammenhang mit brennbaren Gasen. Im § 58 dieser Verordnung wird nämlich die Anwendung der „Technischen Richtlinien für die Errichtung und Instandhaltung von Flüssiggasanlagen" (ÖVGW — TR — Flüssiggas 1968) zwingend vorgeschrieben. Außerdem wird in den §§ 44 und 52 die Überprüfung der im Umkreis solcher Anlagen befindlichen elektrischen Anlagen durch Sachverständige aufgetragen.

In der öffentlichen Beleuchtung wurden bei Neu- und Umbauten von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie bei umfassenden Instandsetzungsarbeiten 4.905 Glühlampen zu je 200 W durch Gasentladungslampen ersetzt. Dies hatte zur Folge, daß trotz eines Zuwachses von 9.918 Lampen und 4.416 Leuchten der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung nur um 34 kW anstieg; zu Ende des Jahres 1971 betrug der gesamte Anschlußwert 13.385 kW. Insgesamt wurden an ca. 11.000 Lichtstellen und Leuchten Arbeiten vorgenommen.

Für das Verkehrsbauwerk, 22, Erzherzog Karl-Straße, wurden für die Tunnelfahrbahnen neuartige Deckeneinbauleuchten mit entsprechender Lichtverteilung entwickelt. Sie fügen sich zu einem fast kontinuierlichen Band mit gutem optischem Eindruck und lichttechnischer Leitwirkung zusammen. Hingegen wurden für die Beleuchtung des Ortskernes von Grinzing Glühlampenleuchten verwendet, die weitgehend dem Altstadtcharakter angepaßt sind; in diesem Stadtteil konnten die neuen Beleuchtungsanlagen noch im Dezember 1971 fast fertiggestellt werden. Auch für die Innenstadt, die Freyung, wurde eine dem Stadtbild entsprechende Beleuchtung gewählt. Die dort angebrachte Hochbeleuchtung weist ein Minimum an bei Tage funktionslosen Konstruktionsteilen, wie Masten und Verspannungen, auf. Die verwendeten Natrium-Hochdruckdampflampen verbreiten eine angenehme, kerzenlichtartige Helle, leuchten aber den Platz gut aus.

Ende Dezember 1971 waren 169 öffentliche Uhren von der Stadtverwaltung zu betreuen. Es handelte sich bei diesen um Würfeluhren sowie um Uhren auf Kirchen, Amtshäusern, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden; 4 Würfeluhren waren wegen großer Bauvorhaben demontiert, bei 12 weiteren Uhren, meist auf Kirchtürmen angebrachten, war nur die Zifferblattbeleuchtung zu betreuen. 121 Uhren waren zentralgesteuert. Das Funktionieren der von der Stadtverwaltung betreuten Uhren wurde durch 234 Kontrollgänge überwacht. In 144 Fällen waren Bauüberwachungen durchzuführen. Außerdem langten im Laufe des Jahres 317 Störungsmeldungen ein.

Der Austausch alter mechanischer Turmuhrwerke gegen moderne Hauptuhrsysteme mit geringem Wartungsaufwand wurde abgeschlossen. Die Uhr des neuen Rathauses mußte wegen wiederholt aufgetretener Störungen völlig instandgesetzt werden. Neue Uhren wurden bei der Unterfahrung Erzherzog Karl-Straße und beim Stationsbauwerk Lobkowitzbrücke installiert.

Die Erfahrungen mit der im Mai 1971 montierten ersten funkgesteuerten Uhr in 3, Am Heumarkt — Kleine Ungarbrücke, waren so günstig, daß der Versuch mit derartigen Uhren als positiv abgeschlossen angesehen werden kann. Das Uhrennetz wird daher nach Maßgabe der finanziellen Mittel von zentralgesteuerten auf funkgesteuerte Uhren umgestellt werden. Außerdem wurde für alle

hauptuhr- oder zentralgesteuerten Uhren ein Nachstellgerät entwickelt, das die bisher durch das Nachstellen aufgetretenen nachteiligen Auswirkungen weitgehend beseitigt.

Die schalttechnischen Anlagen für die Anstrahlung von Denkmälern, Gebäuden, Brücken und Plätzen wurden im Jahre 1971 auch für die Ausleuchtung der Plakatausstellung am Rathausplatz zur Verfügung gestellt. Ferner wurde für die Hausfassadenanstrahlung in der provisorischen Fußgängerzone die elektrische und lichttechnische Ausrüstung nach den Angaben der planenden Architekten eingerichtet und montiert. Neben den üblichen Instandhaltungsarbeiten an den regulären Anstrahlungsobjekten im Auftrage des Kulturamtes wurde die Anlage des Michaelertores neu gestaltet.

Wegen der Aufbringung des neuen Fahrbahnbelages auf der Nordbrücke wurde an der Floridsdorfer Brücke — Hubertusdamm eine provisorische Verkehrssignalanlage errichtet und auf Wunsch der Bezirkspolizeibehörden bis auf weiteres belassen. Weitere größere Signalanlagen wurden in 3, Landstraßer Hauptstraße — Viehmarktgasse, und 1, Michaelerplatz, errichtet. Daneben waren zahlreiche Provisorien an Baustellen, vor allem für den U-Bahn-Bau und die provisorische Fußgängerzone, einzurichten.

Im Versuchsraum der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung, Elektrizitätswesen und brennbare Gase wurden neben Material- und Lieferkontrollen insgesamt 34 Versuchsreihen durchgeführt.

Technische Verkehrsangelegenheiten

Die Straßenverkehrsbehörde führte für die Planung der Verkehrsorganisation und die Verkehrsregelung zahlreiche Ermittlungsverfahren durch und legte die erforderlichen verkehrsbehördlichen Verfügungen in Form von Verkehrslichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen und sonstige Verkehrsmaßnahmen fest. Für 45 Straßenkreuzungen wurden Verkehrslichtsignalprojekte mit Schutzwegen ausgearbeitet. An zwei Stellen wurden für das Übersetzen von Verkehrsflächen mit Gelbblinklicht und an 18 weiteren Stellen mit Verkehrszeichen gesicherte Schutzwege vorgesehen. Ferner wurden für die von der Stadtverwaltung und den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe geplanten Bauten, vor allem für Verkehrsbauten, verkehrstechnische Gutachten abgegeben. Für 121 Teile von Verkehrsflächen wurden Bodenmarkierungspläne ausgearbeitet und 14 bestehende signalgeregelte Kreuzungen den nunmehrigen Anforderungen entsprechend umgeplant. Besonders zu erwähnen ist die verkehrstechnische und verkehrsbehördliche Gesamtplanung für die Ringstraße als Einbahn, die teilweise bereits ausgeführt ist. Von Bedeutung ist weiters der Entwurf eines umfassenden Vorrangstraßennetzes, in dem die im Vorrang bevorzugten Straßen mit Verkehrslichtsignalanlagen gesichert sind. Sorgfältige Ermittlungen setzten die von der Verkehrsbehörde verfügten und ausgeführten Maßnahmen für die Einrichtung der Fußgängerzone im 1. Bezirk voraus. Schließlich wurde ein erster Entwurf für ein zentrales Wegweiser- und Orientierungssystem für ganz Wien ausgearbeitet, der in den für den Durchzugsverkehr bedeutsamen Straßen eine transparente Beschilderung, gegebenenfalls auch Vorankündigungen auf eigenen Fahrbahnüberbrückungen, eine sogenannte „Überkopfbeschilderung", wie sie im Gebiet um den Matzleinsdorfer Platz bereits ausgeführt wird, vorsieht.

In den Bezirken 12 bis 23 wurden 162 Verkehrslichtsignalanlagen auf die Notwendigkeit ihres weiteren Bestehens überprüft. Zahlreiche Ermittlungsverfahren dienten der Unfallverhütung; zu diesem Zweck wurden auch Kollisionsdiagramme ausgewertet, Unfallstatistiken erstellt und die Unfallursachen erforscht.

In allgemeinen verkehrsbehördlichen Angelegenheiten langten 1.340 Geschäftsstücke ein, darunter Ansuchen, mit denen die Bewilligung eines Sondergebrauches von Verkehrsflächen angestrebt wurde. In 709 Fällen wurde darum angesucht, Ladezonen einzuräumen, in 148 weiteren sollten Parkplätze für die Teilnehmer an Veranstaltungen und für Angehörige diplomatischer Vertretungen reserviert und in 52 Fällen sollten Standplätze für Taxis und für Fahrzeuge, mit denen Stadtrundfahrten durchgeführt werden, bewilligt werden. Die übrigen 431 Geschäftsfälle betrafen die Kennzeichnung von Fahrverboten, Park- und Halteverboten, Einbahn- und Vorrangstraßen, Kurzparkzonen und von besonderen Parkordnungen, wie Schrägparkzonen, für die auch teilweise Gehsteigflächen herangezogen werden, ferner die Bewilligung von Ausnahmen vom Schienenstraßenparkverbot, Maßnahmen für den Allerheiligen- und Weihnachtsverkehr, die Erhöhung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sowie verkehrstechnische Gutachten, die für die Festlegung von Omnibus- und Straßenbahnhaltestellen benötigt wurden.

Zu zahlreichen, zum Teil periodisch wiederkehrenden Besprechungen mußten sachverständige Vertreter entsendet werden. Hierher zählen die Fachbeiratssitzungen im Österreichischen Statistischen

Zentralamt für die Statistik der Verkehrsunfälle, die Tagungen der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung über Verkehrsschwerpunktprogramme, die Besprechungen in den jeweils zuständigen Bundesministerien bezüglich der Novellierung der Straßenverkehrsordnung und in eisenbahnrechtlichen Angelegenheiten, die Sitzungen der Straßenverkehrskommission sowie die von Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien einberufenen Amtsbesprechungen, die das zu schaffende Parkometergesetz und U-Bahn-Angelegenheiten zum Gegenstand hatten.

In technischen Angelegenheiten des Eisenbahnwesens war wieder eine Reihe von Gutachten abzugeben. Zu diesem Zweck wurden zu 70 Verhandlungen in eisenbahnrechtlichen Verfahren, die Haupt- und Nebenbahnen, Straßenbahnen, Haupt- und Kleinseilbahnen sowie Anschlußbahnen betrafen, Sachverständige entsendet. Die Verfahren standen unter anderem mit Betriebsansiedlungen oder -vergrößerungen im Liesinger Industriezentrum sowie im Industriegebiet von Strebersdorf, dem Bau des Großgrünmarktes Wien-Inzersdorf, dem Ausbau des Wiener Hafens, der Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße und Erzherzog Karl-Straße, dem Ausbau der Heiligenstädter Straße, ferner mit den Vorbereitungsarbeiten für den Autobahnbau im Bereich des Laaer Berges und der Ostbahn, mit der Elektrifizierung der Verbindungs- und Donauländebahn, aber auch mit dem Umbau von Straßenbahngleisen, der U-Bahn-Probestrecke Friedensbrücke und der Einbahnführung auf der Ringstraße im Zusammenhang.

Straßenpolizeiliche Bewilligungen wurden für die Gleisbauvorhaben der Wiener Verkehrsbetriebe gemäß § 90 Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159/1960, in ca. 70 Fällen erteilt. Auch zahlreiche weitere Arbeiten auf und neben der Straße, die einer derartigen Bewilligung bedurften, wurden behandelt, wobei gleichzeitig jeweils befristete Verkehrsmaßnahmen festzulegen und mit Hilfe von provisorischen Verkehrszeichen, Lichtsignalen und Bodenmarkierungen kundzumachen waren. Die für die Bewilligungen sowie die Verkehrsmaßnahmen ausschlaggebenden Umstände wurden in mehr als 900 Verhandlungen an Ort und Stelle festgelegt. Umfangreiche straßenpolizeiliche Maßnahmen im Interesse des gesamten Verkehrs waren beim Bau des Autobahnabschnittes Favoritenstraße — Knoten Prater mit seinen Verbindungen zur Südost- und Donaukanalautobahn, der Autobahnverbindung Inzersdorf — Altmannsdorfer Straße, der Autobahn über die Nordbrücke, ferner bei der Unterführung der Ostbahn mit der Erzherzog Karl-Straße sowie der Altmannsdorfer Straße mit der Donauländebahn, bei der sich die Baustelle bis zur Stranzenbergbrücke erstreckt, aber auch beim Ausbau der Spittelauer Lände, die mit der Stadtbahnbrücke überbrückt ist, sowie schließlich im Zusammenhang mit den Fernwärmeleitungsbauten, den großen Kanalbauten am rechten und linken Donauufer zur Hauptkläranlage Simmering, den Vorbereitungsarbeiten für die WIG 74 im Bereich Laaer Berg-Straße — Donauländebahn und den Bauarbeiten in der Mariahilfer Straße zutreffen. Bei etwa 5.500 Bauvorhaben geringeren Umfanges auf Straßen wurden Bewilligungen ohne Durchführung umfangreicher Verfahren erteilt.

Zu rund 4.000 Verhandlungen, die von anderen städtischen Dienststellen im Zusammenhang mit der Bewilligung von Bauvorhaben, Marktveranstaltungen und Gebrauchserlaubsnissen auf öffentlichen Verkehrsflächen anberaumt wurden, mußten Sachverständige in beratender Funktion entsendet werden. Bei nicht vorherzusehenden Ereignissen, wie Straßen-, Leitungs- und Baugebrechen größeren Umfanges, wurden die notwendigen Verkehrsverfügungen sofort getroffen.

Für den Bau der U-Bahn waren in 121 Fällen nach vorhergehenden Verhandlungen verkehrsbehördliche Maßnahmen anzuordnen, wie etwa für die Bauabschnitte III, „Stephansplatz — Nestroyplatz", und IV, „Praterstraße — Praterstern", die umfangreiche Umleitungen im 1., 2. und 3. Bezirk erforderten. Im 1. Bezirk wurde ein großer Teil der Verkehrsmaßnahmen bereits in Kraft gesetzt, wobei besonders auf die Fußgängerzone Bedacht genommen wurde. Für die Bauabschnitte „Karlsplatz" und „Favoritenstraße", für die verkehrsbehördliche Regelungen bereits bestehen, ergibt sich durch den Baufortschritt immer wieder die Notwendigkeit, örtliche Verkehrsveränderungen vorzunehmen, was nur auf Grund der Ergebnisse von Augenscheinsverhandlungen geschehen kann.

Ferner wurden 907 verkehrstechnische Gutachten für Bau- und Betriebsanlagen erstellt, davon 6 für die Bauoberbehörde. Während der amtlichen Sprechstunden wurden überdies in ca. 1.560 Fällen die Planverfasser von Bau- und Betriebsanlagen verkehrstechnisch beraten, um eine anstandslose Projektierung zu ermöglichen. Hiebei handelte es sich vor allem um Wohn-, Büro- und Geschäftshäuser, Industriebauten, Spitäler, Schulen, Sportanlagen, gewerbliche Anlagen, wie Garagen, Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten und -servicestationen sowie Transportbetriebe; auch in Standortkonzessionsangelegenheiten wurden Ratschläge erteilt.

1.391 Bewilligungen wurden nach dem Kraftfahrgesetz für Transporte mit Übergewichten und Übermaßen sowie zum Anhängen für nicht zum Verkehr zugelassenen Anhängern ausgestellt. Oft waren zugleich mit der Genehmigung der Transporte besondere Verkehrsmaßnahmen anzuordnen.

Auch auf den Erhaltungszustand der Straßen, auf deren Einbauten und auf die fahrtechnische Eignung der zu befahrenden Straßen mußte Rücksicht genommen werden. Einige dieser Transporte hatten ein Gesamtgewicht bis zu 200 t und Abmessungen bis zu 35 m Länge, 7 m Höhe und 6,5 m Breite. Ferner wurden 817 Ausnahmegenehmigungen vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot für Lastkraftwagen und von verschiedenen Verkehrsbeschränkungen erteilt. In 82 Fällen wurde das einmalige kurzfristige Anbringen von Verkehrszeichen verfügt, aber auch Sportveranstaltungen auf öffentlichen Straßen, die durch mehrere Bundesländer führten, wurden bewilligt, ebenso Sportveranstaltungen auf Wiener Straßen. 58 Ausnahmegenehmigungen gestatteten die Benützung der öffentlichen Straßen für verkehrsfremde Zwecke, wie etwa zu Filmaufnahmen. Schließlich wurde in 120 Fällen die Ausnahme von der winterlichen Gehsteigsbetreuungspflicht genehmigt.

Zu 12 Sitzungen des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung des Österreichischen Städtebundes wurden Vertreter entsendet.

Die Straßenverwaltung sorgte für den Bau und den Betrieb von Anlagen für die Verkehrsregelung und den Verkehrsschutz. Dabei überwachte sie nicht nur die Bautätigkeit, sondern führte auch alle für die Vergebung von Leistungen notwendigen Verwaltungsarbeiten aus, wie die Auschreibung der Arbeiten und die Einholung von Anboten, die Verrechnung und die Lagerhaltung.

An Verkehrslichtsignalen wurden 52 automatische Anlagen errichtet oder umgebaut und in Betrieb genommen. 16 weitere Anlagen waren zu Ende des Jahres 1971 noch im Bau und werden in den nächsten Monaten fertiggestellt sein. Infolge des Anschlusses der Signalgruppen Linke Wienzeile und Neubaugasse an die Verkehrsleitzentrale sind bereits 140 signalgeregelte Knoten von der Zentrale aus gesteuert. Die Adaptierungen für den Anschluß weiterer Signalgruppen werden betrieben, ebenso wird an der Erweiterung des Einflußgebietes der Datenverarbeitungsanlage gearbeitet. Für 50 provisorische Verkehrslichtsignalanlagen im Zusammenhang mit Bauführungen auf Straßen wurden Entwürfe ausgearbeitet und kommissionelle Ortsaugenscheinverhandlungen durchgeführt. Im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen waren auf Verlangen von Gerichten 180 und für Verwaltungsstrafbehörden 40 Gutachten auszuarbeiten. Schließlich wurden noch Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an den in Betrieb stehenden 498 Verkehrslichtsignalanlagen, 171 Blinkanlagen und 23 Fernsehbeobachtungsstellen sowie an der Verkehrsleitzentrale, die über eine Datenverarbeitungsanlage verfügt, durchgeführt.

Zur Leitung und Sicherung des Verkehrs wurden im Zusammenhang mit neuen Verkehrsverordnungen und -maßnahmen sowie anläßlich von Erhaltungsarbeiten 7.420 Straßenverkehrszeichen, 5.087 Zusatztafeln, 3.874 Eisenständer und 517 Kettenständer aufgestellt. Infolge von Schäden und Reparaturen sowie anläßlich von geänderten und aufgehobenen Verkehrsmaßnahmen wurden 4.812 Straßenverkehrszeichen und 3.575 Zusatztafeln demontiert sowie 2.421 Eisenständer und 385 Kettenständer ausgegraben. Ferner wurden 104 beleuchtete Verkehrszeichen, 41 Verkehrsleuchtsäulen sowie 33 beleuchtete Wegweiser und Vorwegweiser aufgestellt. Für die Kennzeichnung der Umleitungsstrecken für die U-Bahn-Bauabschnitte II und III, „Favoritenstraße" und „Stephansplatz — Nestroyplatz", wurden zusätzlich 907 Straßenverkehrszeichen, 919 Zusatztafeln, 558 Eisenständer, 58 Kettenständer und 15 Avisotafeln angebracht. Die vorübergehenden Verkehrsmaßnahmen zur Lenkung des Friedhofsverkehrs zu Allerheiligen wurden mit Hilfe von 208 transportablen Straßenverkehrszeichen auf Eisenständern kundgemacht.

An Bodenmarkierungen wurden 214.050 m Strichmarkierungen, wie Sperr-, Leit- und Randlinien sowie Parkordnungskennzeichnungen, und 27.730 m² Flächenmarkierungen, wie Zebrastreifen, Sperrflächen, Haltelinien und Pfeile, angebracht. Für die Kennzeichnung der Umleitungsstrecken für die U-Bahn-Bauabschnitte „Karlsplatz" und „Favoritenstraße" waren außerdem 7.859 m Strichmarkierungen und 5.357 m² Flächenmarkierungen notwendig. Ferner wurden im Bereich des Landes Wien die Bundesstraßen A und B mit Markierungen versehen, wobei auf den Bundesstraßen A (Autobahnen) 88.149 m Strichmarkierungen sowie 73 m² Flächenmarkierungen, letztere in Lackausführung, angebracht wurden und auf den Bundesstraßen B 69.171 m Strichmarkierungen sowie 2.781 m² Flächenmarkierungen.

Dazu wäre noch zu berichten, daß im Jahre 1971 besonderer Wert darauf gelegt wurde, mehr Dauermarkierungen mit starkschichtigen Lackmaterialien, Kaltplastik und Folien herzustellen, die, nach den bisherigen Erfahrungen, eine bessere Haltbarkeit und damit auch Erkennbarkeit gewährleisten. Gegenüber dem Vorjahr war das Ausmaß der Strichmarkierungen aus Kaltplastik um ca. 460 Prozent und das der Flächenmarkierungen aus diesem Material um etwa 50 Prozent größer. Die Geräuschentwicklung der für die Nachtmarkierung eingesetzten Maschinen und Geräte konnte auf ein Minimum verringert werden.

Die technischen Amtssachverständigen wurden in allen Luftfahrtangelegenheiten, mit denen der Magistrat der Stadt Wien befaßt war, zur Begutachtung oder zumindest zur Beratung

herangezogen. Auch an der Neufassung der Zivilflugplatz-Verordnung (ZFV), BGBl. Nr. 71/1962, durch das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen wurde mitgewirkt. Ebenso nahmen Vertreter der Stadt Wien am Flughafen Schwechat an einer fachtechnischen Unterweisung am Jumbo Jet, Boeing Type 747, teil.

Zu den in der Stadtbauamtsdirektion abgehaltenen Sitzungen, in denen Tankstellenprojekte, vor allem Treibstoff-Tankanlagen, und öffentliche Bauten grundsätzlich begutachtet wurden, wurden gleichfalls Amtssachverständige in beratender Funktion entsendet. Weiters wurden 283 Akten, die dem Bürgermeister oder Amtsführenden Stadtrat für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten vorzulegen waren, durch Berichte und Gutachten ergänzt.

In das Gebiet des Kraftfahrzeugwesens fielen die zahlreichen Verhandlungen, die mit den Kraftfahrzeughaftpflichtversicherern wegen beschädigter Verkehrseinrichtungen nach Kraftfahrunfällen, oft mit Hilfe der Magistratsabteilung für Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten, geführt werden mußten.

Auch an einem vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ausgearbeiteten Entwurf einer 3. Novelle der Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung wurde mitgewirkt.

Für die technisch-theoretische Kraftfahrzeuglenkerprüfung wurde in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe der Kraftfahrschulen Wiens ein Fragenkatalog verfaßt.

Die nachstehende Aufstellung gibt einen Überblick über die Zahl der Kandidaten, die sich der Lenkerprüfung zum Erwerb eines Führerscheines der Gruppen A bis H unterzogen haben, wobei die Prüfungskandidaten nach dem Geschlecht und die Prüfungsergebnisse nach dem Erfolg getrennt ausgewiesen sind.

Kandidaten nach Geschlecht	Prüfungsergebnis	Zahl der geprüften Kandidaten in den Führerscheingruppen							
		A	B	C	D	E	F	G	H
Männer	positiv	1.985	10.499	752	150	266	1	—	27
	negativ	1.616	12.446	1.193	51	240	1	—	10
Frauen	positiv	52	9.581	20	—	7	—	—	—
	negativ	33	11.563	28	—	5	1	—	—
Kandidaten insgesamt	positv	2.037	20.080	772	150	273	1	—	27
	negativ	1.649	24.009	1.221	51	245	2	—	10
Zahl der Prüfungen insgesamt		3.686	44.089	1.993	201	518	3	—	37

Bei den Prüfungen waren 55 technische Sachverständige als Prüfungskommissionäre tätig; 40 von ihnen waren Bedienstete des Magistrats der Stadt Wien. Es wurden auch 134 Kraftfahrzeuge auf ihre Eignung als Schulfahrzeuge überprüft und 472 Gutachten über körperbehinderte Lenker abgegeben.

Die Landesfahrzeugprüfstelle überprüfte im Jahre 1971 insgesamt 8.745 Fahrzeuge, und zwar 5.658 Personenkraftwagen, 1.309 Lastkraftwagen, Sonderkraftfahrzeuge, selbstfahrende Arbeitsmaschinen und Feuerwehrfahrzeuge, 308 Motorräder, 1.297 Kraftfahrzeuganhänger, 46 Omnibusse, 97 Tankkraftwagen und 30 Tankkraftwagenanhänger. Die gegenüber dem Jahre 1970 erkennbare Zunahme an Personenkraftwagen entspricht dem derzeitigen Trend zum eigenen Wagen, die Zunahme bei den Anhängern ist durch die immer zahlreicher mitgeführten Wohnwagen- und Bootsanhänger bedingt, und bei den Tankkraftwagen ist die Vermehrung durch die zunehmende Verlagerung der Transporte von brennbaren Flüssigkeiten von der Schiene auf die Straße erklärbar. Die teilweise Umstellung der Omnibusse der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe auf den Mischbetrieb Diesel-Flüssiggas wurde kraftfahrbehördlich genehmigt. Weiters wurden 170 amtliche Motor- und Fahrgestellnummern zugeteilt und eingeschlagen, 149 Duplikate von Einzelgenehmigungsbescheiden ausgefertigt und 452 technische Verkehrs-, Kraftfahr- und Kraftfahrzeuggutachten in Verwaltungsstrafsachen, die in erster und zweiter Instanz anhängig waren, abgegeben. Die durch die Tätigkeit der Prüfstelle erzielten Einnahmen beliefen sich auf 3,363.500 S.

In 10 Fällen nahmen Sachverständige der Stadtverwaltung an Typenprüfungen beim Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie teil. In 34 Ausnahmegenehmigungsfällen wurden Berichte mit Gutachten diesem Ministerium vorgelegt, und in 11 Fällen wurden von Sachverständigen der Stadt Wien Gutachten für die Typenprüfung für Tankkraftwagen, ferner für Lastkraftwagen, die für die Beförderung von mehr als 9 Personen zugelassen sind, und für Ausbildungsfahrzeuge für Lenker des Bundesheeres abgegeben.

Zu den kraftfahrrechtlichen Tagungen der Bundesländer beim Bundesministerium für Handel,

Gewerbe und Industrie und des Kraftfahrbeirates, in denen eine Koordinierung der Vollziehung der kraftfahrrechtlichen Bestimmungen und eine bundeseinheitliche Auffassung bezüglich neu zu schaffender Normen erarbeitet werden soll, wurden sachverständige Vertreter entsendet.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Der Personalstand der Stadtreinigung mußte im Jahre 1971 infolge des ständig wachsenden Aufgabenbereiches neuerlich erhöht werden, und zwar von 2.561 Beschäftigten auf 2.594 Dienstnehmer. Wesentlichen Anteil am Ansteigen des Personalstandes hatten die jugoslawischen Gastarbeiter, von denen im Laufe des Jahres weitere 53 in ein vertragsmäßiges Dienstverhältnis übernommen werden konnten, so daß die Anzahl der ausländischen vertragsmäßig Bediensteten zu Jahresende 138 betrug. Weitere 168 Jugoslawen wurden als Saisonarbeiter beschäftigt. Außer dem vorangeführten Personal wurden noch etwa 300 Taglöhner zweimal wöchentlich sowie 46 von Firmen verliehene Arbeitskräfte täglich als Müllader und Lenker verwendet.

An rechtlichen Angelegenheiten waren in der Hauptsache die Vertretung der Stadt Wien in versicherungsrechtlichen Belangen sowie die Entfernung unzulässig abgestellter Fahrzeuge wahrzunehmen. Die Kraftfahrzeuge der Stadt Wien, die in versicherungsrechtlichen Angelegenheiten und technisch von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark betreut werden, waren im Jahre 1971 an 1.018 Schadensfällen beteiligt. Als Schadenersatz wurden von den Haltern der fremden Fahrzeuge oder deren Haftpflichtversicherungen 570.961 S hereingebracht. Weitere 65.176 S wurden für Beschädigungen an Papierkörben, Müllsammelgefäßen und Sanddächern eingefordert. Außerdem wurden 7.891 Anzeigen über abgestellte Kraftfahrzeuge, die die Stadtreinigung behinderten, bearbeitet. 2.289 Fahrzeuge wurden abgeschleppt. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl der abgeschleppten Fahrzeuge somit nahezu verdoppelt. Um die Entfernung von unzulässig abgestellten Fahrzeugen zu beschleunigen, wurde eine Vereinfachung der behördlichen Vorgangsweise vorgeschlagen. Es wurde erwirkt, daß ab 1. Jänner 1972 sowohl der objektive Verfall, als auch die Beschlagnahme von Fahrzeugen durch die Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark verfügt werden kann. Dies wird dazu beitragen, daß die Verkehrsflächen in Wien rascher von derartigen Fahrzeugen frei gemacht werden können.

Die Straßenpflege wird infolge der herrschenden Verkehrsverhältnisse zunehmend schwieriger. Der immer weiter anwachsende Verkehr macht es unmöglich, die Straßenreinigung ausschließlich mit Maschinen zu besorgen. In stark verparkten Gebieten der Stadt muß für die Reinigung der Straßen noch immer menschliche Arbeitskraft eingesetzt werden. Dabei erhöhte sich das Ausmaß der zu betreuenden Fahrbahn- und Gehsteigflächen auf rund 19 Millionen Quadratmeter. Für die Reinigung mit Handarbeit waren täglich 900 Arbeitskräfte eingesetzt. Die maschinelle Reinigung wurde im Sommer von 12 Kehrmaschinen besorgt, die 12 Planrouten befuhren. Aus verkehrstechnischen Gründen mußte allerdings der überwiegende Teil der maschinellen Reinigungsarbeit bei Nacht durchgeführt werden. Hingegen waren Straßenwaschmaschinen Tag und Nacht unterwegs, um die Straßen zu reinigen und staubfrei zu halten. Außerdem wurden während der Stadtreinigungswochen vom 10. bis 22. Mai 3.500 m³ Sperrmüll aus Haushalten und wilden Ablagerungen abtransportiert.

Während des Winterdienstes waren 113 städtische Lastkraftwagen mit Schneepflügen, 132 Lastkraftwagen privater Firmen, 3 Schneefräsen, insgesamt 408 Salz- und Sandstreugeräte sowie eine Schneeschmelzmaschine im Einsatz. Für die Glatteisbekämpfung wurden 40.000 t Streuriesel und 6.690 t Auftausalze verwendet. Mit städtischen und privaten Fahrzeugen wurden ca. 400.000 m³ Schnee abgeführt.

Die Müllabfuhr hatte im Jahre 1971 den gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent angewachsenen Müllanfall zu bewältigen. Der abgeführte Müll hatte ein Ausmaß von rund 2,6 Millionen Kubikmeter und wog etwa 370.400 t. Die Umstellung der Heizungen auf Zentralheizungen und Ölfeuerungen ließ den Anteil an Papier stark ansteigen, auch der Anteil an Verpackungsmaterial nahm zu, so daß das spezifische Müllgewicht weiterhin von 150 kg/m³ auf 142 kg/m³ sank. Der angefallene Müll wurde zu etwa 48 Prozent in den Müllverbrennungsanlagen „Flötzersteig" und „Spittelau" verbrannt. Rund 3 Prozent der Müllmenge wurden zu Kompost verarbeitet und die übrigen 49 Prozent auf die Ableerplätze gebracht. Da die Müllabfuhr den angefallenen Müll nicht mehr mit den geschlossenen Müllabfuhrwagen bewältigen kann, mußten zum Abtransport wie schon seit Mai 1968 auch Lastkraftwagen mit Ladekran verwendet werden. Verstärkten Einsatz von 1,1-m³-Großraum-Müllbehältern und ständige kleinere Reorganisationen ermöglichten es, 53 Prozent des wöchentlich anfallenden Mülls mit nur 50 Müllwagen und nur 100 Mann, demnach mit 35 Prozent der eingesetzten Müllfahrzeuge und 18 Prozent des verwendeten Mülladepersonals, zu bewältigen.

Die starken Schwankungen in dem zur Verfügung stehenden Müllpersonal — pro Tag werden

553 Mann benötigt — wurden durch die zusätzliche Aufnahme von 35 Mann pro Tag von verschiedenen Firmen ausgeglichen.

Die seit 1923 in Gebrauch stehenden 90-l-Coloniatonnen wurden bis zum Jahresende vollständig durch 110-l-Rundtonnen ersetzt. Diese werden in Intervallen von rund eineinhalb Jahren gewaschen, desinfiziert und repariert.

Die Entrümpelungsaktion gegen Gebühr wurde weiter ausgebaut, ebenso das Einsammeln von wild abgelagerten Materialien.

In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig konnte im Laufe des Jahres 1971 das Dampfturbinenaggregat aufgestellt und in Betrieb genommen werden. Dadurch kann auch während des Sommerhalbjahres, also zu der Zeit, in der bisher die Müllzufuhr wegen der zu geringen Dampfabnahme gedrosselt werden mußte, mehr Müll verbrannt werden. Im Jahre 1971 wurden 141.300 t Müll verbrannt, das waren um 14 Prozent mehr als im Jahre zuvor, 268.000 t Dampf erzeugt, 2.500 t Eisenschrott abgeführt und 2,800.000 kWh elektrische Energie erzeugt.

Die Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks legten im Jahre 1971 eine Wegstrecke von 6,369.709 km zurück, um ca. 75.000 km weniger als im Jahre 1970. Die geringere Fahrleistung trotz der größeren Müllmenge, die abtransportiert werden mußte, ist auf den Einsatz von Müllfahrzeugen mit größerem Fassungsraum zurückzuführen. Der Dienstkraftwagenbetrieb hatte eine Fahrleistung von 1,105.904 km aufzuweisen. Neuanschaffungen wurden nur im allernotwendigsten Ausmaß vorgenommen, wobei den Fahrzeugen der Müllabfuhr der Vorrang gegeben wurde, da von diesen 25 Stück skartiert werden mußten; gekauft wurden als deren Ersatz 18 Fahrzeuge. Da auch andere Fahrzeuge und Arbeitsmaschinen ausgeschieden werden mußten, Ankäufe aber nicht getätigt wurden, verringerte sich deren Stand. Zum Beispiel sank die Anzahl der Kehrmaschinen im Jahre 1971 von 15 auf 12 Stück.

Die Hauptwerkstätte führte im Jahre 1971 insgesamt 1.084 Reparaturen an Fahrzeugen, 495 an Schneepflügen und 27 an Motoren durch. Weiters wurden rund 2.000 Reparaturen an Sand- und Salzstreugeräten sowie an Einzelteilen vorgenommen. Daneben wurden noch Schneepflüge und Sandstreugeräte an Fahrzeugen des Fuhrparks und anderer städtischer Dienststellen montiert.

Zu Ende des Jahres 1971 bestanden 146 öffentliche Bedürfnisanstalten in Wien; 2 alte Anlagen waren im Laufe des Jahres abgebrochen, 3 neue Anstalten in Betrieb genommen worden. Die fahrbaren Toiletteanlagen bewährten sich neuerlich bei Kanalgebrechen sowie bei Sport- und Festveranstaltungen. Insgesamt waren sie an 142 Tagen eingesetzt. 3 transportable Toiletteanlagen waren an 501 Tagen auf Lagerwiesen im Einsatz.

Von den 9 größeren baulichen Herstellungen, die im Jahre 1971 ausgeführt wurden, wären besonders die Fertigstellung des Dampfturbinenaggregates und die Errichtung des Kühlturmes in der Müllverbrennungsanlage sowie die Erweiterung des Betriebsgebäudes der Garage, 5, Einsiedlergasse 2, zu erwähnen.

Straßenbau und Straßenerhaltung

Am 1. September 1971 trat das Bundesstraßengesetz 1971, BGBl. Nr. 286/1971, in Kraft. Mit diesem Gesetz wurden die Forderungen der Stadt Wien, Teile des Wiener Straßennetzes als Bundesstraßen zu übernehmen sowie die Autobahnen und Schnellstraßen auf Wiener Gebiet festzulegen, weitgehend erfüllt. Die Länge der nunmehr festgelegten Autobahntrassen in Wien als Bundesstraßen A beträgt 118 km, der Zuwachs 32 km. Die Bundesstraßen, nunmehr Bundesstraßen B, sind insgesamt 143 km lang, um 110 km länger als bisher. Von den neu geschaffenen Bundesschnellstraßen, Bundesstraßen S, liegen 26 km auf Wiener Stadtgebiet. Insgesamt beträgt daher die Länge der Bundesautobahnen, Bundesschnellstraßen und Bundesstraßen B in Wien auf Grund des neuen Gesetzes 287 km gegenüber 119 km vorher. Das neue Bundesstraßengesetz wird sich wohl erst in den kommenden Jahren voll bei dem Straßenbau und der Straßenerhaltung durch die Stadt Wien auswirken, doch wurden bereits in den letzten Monaten des Jahres 1971 einige Arbeiten auf den neuen Bundesstraßen gemacht.

Im Laufe des Jahres 1971 wurde auch eine Verbesserung beim Verschließen von Aufgrabungen in den öffentlichen Verkehrsflächen erprobt. Das Wiederherstellen der Straßendecken nach Aufgrabungen bereitete schon seit längerer Zeit große Sorgen. Besonders schlechte Verdichtung beim Zuschütten der Künetten begünstigt Setzungen, die zum Beispiel nach stärkeren Regenfällen oft ganz plötzlich eintreten und die Verkehrssicherheit stark beeinträchtigen. Um hier eine Besserung zu erreichen, wird nun die Künettenschließung intensiv überwacht. In Zusammenarbeit mit der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien werden laufend stichprobenweise Druckversuche mit Lastplatten während des Zuschüttens und auf den zugeschütteten Künetten vorgenommen. Der Erfolg dieser Maßnahmen erscheint vielversprechend. Bei den bisher durchgeführten rund 400 Versuchen wurden

an 280 Stellen positive Ergebnisse erzielt, die Künetten waren also sachgemäß zugeschüttet. Bei den übrigen 120 Stichproben, immerhin bei fast einem Drittel, war die Verdichtung mangelhaft; bei diesen mußten die bauausführenden Firmen den Mangel durch Nachverdichten beheben. Danach entsprach in 117 Fällen die Schüttung den Anforderungen. Lediglich in drei Fällen war sie weiterhin nicht ordnungsgemäß ausgeführt, und es mußten gegen die Firmen Strafverfahren eingeleitet werden. Die Überprüfungen mittels Lastplatten werden im kommenden Jahr in erhöhtem Umfange durchgeführt werden. Die bisher erzielten Erfolge lassen hoffen, daß dadurch die Wiederherstellung der Straßendecken nach Aufgrabungen wesentlich verbessert und die Beeinträchtigung des Verkehrs auf ein Minimum herabgesetzt werden kann.

Im Jahre 1971 waren 2.413 km öffentlicher Straßen zu verwalten und zu erhalten, davon waren 31 km Bundesstraßen und 17 km Autobahnen. In diesem Straßennetz wurden im Laufe des Jahres 319.000 m² Fahrbahnen instandgesetzt und 1,637.500 m² Fahrbahnflächen neu hergestellt. Bei einer mittleren Breite von 8,50 m ergibt dies 36 km instandgesetzter und 194 km neu hergestellter Fahrbahnen. An Autoabstellflächen wurden 28.000 m² instandgesetzt und 40.000 m² neu hergestellt. Von Gehsteigen wurden 82.000 m² ausgebessert und 78.000 m² gebaut. Bei einer mittleren Breite von 3 m kann eine Länge von 27 km für die instandgesetzten und von 26 km für die neuen Gehsteige errechnet werden.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen waren an eigenen Geräten 20 Straßenwalzen, 7 sonstige Baumaschinen, 9 Straßenreparaturfahrzeuge und 11 Lastkraftwagen während 6.300 Arbeitsschichten eingesetzt. Der Einsatz dieser Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten es, Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken rasch zu beheben. Die Fahrzeuge legten dabei eine Strecke von 48.000 km zurück.

Für die Neuherstellung und Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden an öffentliche Dienststellen und an private Bauwerber 14.500 Aufgrabungsbewilligungen erteilt.

Bei den Um- und Neubauten von Hauptverkehrsstraßen wurde zunächst der Ausbau des Gürtels fortgesetzt und zu einem vorläufigen Abschluß gebracht. Der Ausbau des inneren Mariahilfer Gürtels und des Gaudenzdorfer Gürtels wurde abgeschlossen, so daß nunmehr zwischen der Mariahilfer Straße und der Flurschützstraße die beiden Gürtelfahrbahnen in voller Breite dem Verkehr zur Verfügung stehen. An der Kreuzung mit dem Wiental ist damit die erste Ausbaustufe des „Gaudenzdorfer Knotens" fertiggestellt. Vom Landstraßer und Wiedner Gürtel wurde der Abschnitt vom Südtiroler Platz bis zur Kleistgasse um- und ausgebaut; der bisherige Verkehrsengpaß, der dort nach dem Ausbau des südlichen Gürtels bis zum Südtiroler Platz bestand, konnte beseitigt werden.

Der Umbau der Mariahilfer Straße, von der Zollergasse bis zum Gürtel, wurde mit dem Aufbringen des Hartgußasphaltbelages abgeschlossen. Auch die Schüttelstraße, die von der Stadionbrücke bis zur Rotundenbrücke bereits mit einem Hartgußasphaltbelag versehen wurde, ist in diesem Abschnitt fertiggestellt. Die Ungargasse, von der Invalidenstraße bis zur Neulinggasse, und die Löwengasse, vom Kolonitzplatz bis zur Rasumofskygasse, erhielten gleichfalls die endgültigen Asphaltbeläge. Ferner wurden im Zusammenhang mit dem Umbau der Friedensbrücke die anschließenden Abschnitte der Alserbachstraße und der Wallensteinstraße, letztere vom Julius Tandler-Platz bis zur Klosterneuburger Straße, umgebaut. Lediglich in der Wallensteinstraße wird der endgültige Asphaltbelag erst im Jahre 1972 aufgebracht werden. In der Alserbachstraße wurde, von der Währinger Straße bis zur Nußdorfer Straße, nach Arbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe ein Asphaltbelag auf der Fahrbahn hergestellt. Der Ausbau der Spittelauer Lände wurde vom Fernheizwerk bis zur Friedensbrücke mit der Herstellung eines Asphaltbelages abgeschlossen.

Im 10. Bezirk wurde die Laxenburger Straße, zum Teil wegen ihrer Verwendung als Umleitungsstrecke während des U-Bahn-Baues, von der Quellenstraße bis zur Ober-Laaer Straße ausgebaut. Damit ist diese Hauptverkehrsader des 10. Bezirkes, vom Südtiroler Platz bis zur Ober-Laaer Straße, fertiggestellt und von der Quellenstraße bis zur Ober-Laaer Straße mit Richtungsfahrbahnen ausgestattet. Ebenfalls teilweise im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau wurde die Gudrunstraße von der Laxenburger Straße bis zur Absberggasse umgebaut und mit einem Hartgußasphaltbelag versehen. In der Fortsetzung dieser wichtigen Straßenverbindung zwischen dem 10. und 11. Bezirk liegt der Gräßlplatz, dessen Umbau bis auf das Aufbringen der endgültigen Fahrbahnbeläge abgeschlossen wurde.

Mit den Vorbereitungsarbeiten für die WIG 74 hängt der Ausbau der Laaer Berg-Straße, von der Bitterlichstraße bis zur Ober-Laaer Straße, und der südlichen und nördlichen Randstraßen des WIG-Geländes zusammen, mit dem im Jahre 1971 angefangen wurde.

Hingegen steht der im 12. Bezirk begonnene Ausbau der Graf Seilern-Gasse — Fasangartengasse, von der Gaßmannstraße bis zur Stranzenberggasse, mit dem Bau der Stranzenbergbrücke und der Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße in Zusammenhang; hier wird ein Straßenzug ausgebaut,

der sich von der Wienerbergbrücke über die Edelsinnstraße — Graf Seilern-Gasse — Fasangartengasse — Atzgersdorfer Straße bis zum Rosenhügel erstreckt.

Ferner wurde in Zusammenarbeit mit den Wiener Verkehrsbetrieben im 14. Bezirk die Linzer Straße, von der Reinlgasse bis zur Diesterweggasse, und die Reinlgasse, von der Linzer Straße bis zur Hütteldorfer Straße, umgebaut sowie mit einem Asphaltbelag versehen. Gleichfalls mit den Verkehrsbetrieben gemeinsam wurde der Umbau der Felberstraße im 15. Bezirk sowie der Ottakringer Straße im 16. und 17. Bezirk unternommen, bei letzterer vom Gürtel bis zur Schweglerstraße und vom Gürtel bis zur Hubergasse; die endgültigen Asphaltbeläge werden auf diesen Straßen allerdings erst im Jahre 1972 aufgebracht werden.

Im 22. Bezirk konnte der Ausbau der neuen Schnellstraße, die vom Knoten Kaisermühlen der Autobahn ausgehend durch die Viktor Kaplan-Straße — Magdeburgstraße — Purchmannweg bis zur Wagramer Straße verläuft, vollständig abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit dem Bau der Unterfahrung der Ostbahn wurde die Erzherzog Karl-Straße, von der Pogrelzstraße bis zur Konstanziagasse, ausgebaut. Der Um- und Ausbau der Konstanziagasse, der Langobardenstraße, von der Konstanziagasse bis zur Zschokkegasse, sowie der Schickgasse wurden fortgeführt.

Schließlich wurde im 23. Bezirk mit dem Umbau des Liesinger Platzes und der Breitenfurter Straße sowie der angrenzenden Gassen begonnen.

Überdies wurden in verschiedenen Hauptverkehrsstraßen die Fußgängerübergänge mit einem dauerhaften Weißasphaltbelag versehen, wie etwa in der Triester Straße, Steudelgasse und Laxenburger Straße im 10. Bezirk, auf dem Elterleinplatz im 17. Bezirk und auf der Freyung im 1. Bezirk.

Von den Straßen von örtlicher Bedeutung wurde vor allem die Agnesgasse im 19. Bezirk, von der Krottenbachstraße bis zur Sieveringer Straße, soweit ausgebaut, daß diese wichtige Verbindung, wenn auch mit provisorischem Fahrbahnbelag, dem Verkehr übergeben werden konnte. Im 21. Bezirk wurde der Ausbau des Straßenzuges Johann Weber-Straße — Stammersdorfer Straße, von der Brünner Straße bis zur Stadtgrenze, abgeschlossen; bei diesen Arbeiten wurde auch ein Parkplatz vor dem Stammersdorfer Zentralfriedhof hergestellt. Begonnen wurde im 3. Bezirk mit dem Ausbau der Rechten Bahngasse.

Der Winter 1970/71, der bis zum März anhielt, brachte umfangreiche Frostschäden im Straßennetz. Diese Schäden wurden unmittelbar nach Beendigung der Winterperiode mit einem Aufwand von rund 56 Millionen Schilling behoben. Teilweise wurden die Fahrbahndecken vollkommen erneuert. Insgesamt wurden rund 250.000 m² Fahrbahnen neu hergestellt oder mit bituminösen Tragschichten und Asphaltbelägen verstärkt. Diese Arbeiten erstreckten sich über das gesamte Stadtgebiet und erreichten besonders in den Außenbezirken großen Umfang. Unter anderem wurden im 1. Bezirk die Spiegelgasse umgebaut, während in der Schottengasse und auf der Freyung neue Hartgußasphaltbeläge hergestellt wurden. Im 2. Bezirk wurden in der Alliiertenstraße, Großen Mohrengasse und in der Karmelitergasse die Fahrbahndecken erneuert. Weiters erhielten im 3. Bezirk die Baumgasse und die Wassergasse, im 4. Bezirk die Lambrechtgasse und die Leibenfrostgasse, im 5. Bezirk die Strohbachgasse, im 6. Bezirk die Schmalzhofgasse und die Grabnergasse, im 7. Bezirk die Lindengasse, Schottenfeldgasse und Apollogasse sowie im 9. Bezirk die Borschkegasse und der Rooseveltplatz neue Asphaltbeläge. Im 10. Bezirk wurde die Klederinger Straße und die Hofherrgasse, im 11. Bezirk die Wildpretstraße, im 12. Bezirk die Steinbauergasse, im 13. Bezirk die Hetzendorfer Straße und die Einsiedeleigasse, im 14. Bezirk die Waidhausenstraße, die Tinterstraße und die Müller Gutenbrunn-Straße, im 15. Bezirk die Anschützgasse, im 16. Bezirk die Herbststraße und die Hubergasse, im 17. Bezirk die Kulmgasse und die Klopstockgasse, im 18. Bezirk die Staudgasse und die Schulgasse, ferner wurden im 19. Bezirk Teile der Krottenbachstraße und von Neustift am Walde mit neuen Fahrbahnbelägen ausgestattet. Auf dem linken Donauufer wurden besonders in den Siedlungsgebieten umfangreiche Fahrbahndeckenerneuerungen durchgeführt. Außerdem wurden die Fahrbahnen der Stammersdorfer Straße im 21. Bezirk sowie des Telephonweges und des Friedhofweges, aber auch der Stadlauer Straße im 22. Bezirk umgebaut. Im 23. Bezirk wurden die Fahrbahnen der Draschestraße, der Siedlergasse, der Karl Schwed-Gasse, der Gregorygasse und der Erlaaer Straße mit bituminösen Tragschichten und Asphaltbelägen verstärkt.

In verschiedenen Straßen der äußeren Bezirke wurden im Jahre 1971 rund 800.000 m² Oberflächenbehandlungen durchgeführt. Diese leicht befestigten Fahrbahnen wurden damit konserviert und gegen die Einflüsse des Wetters und des Verkehrs widerstandsfähiger gemacht.

Anläßlich der Regenerierung alter Asphaltbeläge wurden im 1. Bezirk schadhafte Fahrbahnen saniert. So wurden neue Hartgußasphaltbeläge unter anderem am Dr. Karl Lueger-Ring, am Parkring und am Opernring hergestellt.

Im Bereiche von städtischen Wohnhausanlagen wurden die notwendigen Straßenbauarbeiten fortgesetzt oder aufgenommen. Im 3. Bezirk wurde der Ausbau der Barthgasse und der

Würtzlerstraße mit der Herstellung der endgültigen Asphaltbeläge abgeschlossen. Im 10. Bezirk konnten in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost weitere Verkehrsflächen mit Belägen versehen werden. Auch im Bereiche der städtischen Wohnhausbauten in der Grenzackergasse wurden Beläge hergestellt. Die Straßenbauarbeiten in der Sibeliusstraße und in den umliegenden Straßen der dort neu errichteten Wohnhausanlage wurden fortgesetzt. Im 11. Bezirk nahmen die Straßenbauarbeiten im Bereiche der Wohnhausanlagen Thürndlhofstraße und Mühlsangergasse ihren Fortgang. Im 12. Bezirk wurden Belagsherstellungen auf den Verkehrsflächen An den Eisteichen, An den Froschlacken und in der Sagedergasse durchgeführt. Im 20. Bezirk wurde der endgültige Asphaltbelag in der Klosterneuburger Straße — Brigittenauer Lände, von der Adalbert Stifter-Straße bis zur Lorenz Müller-Gasse, aufgebracht. Im 21. Bezirk wurde der Ausbau der Ruthnergasse, von der Carabelligasse bis zur Gerasdorfer Straße, mit der Herstellung des Asphaltbelages abgeschlossen. Im Bereiche der Großfeldsiedlung wurden die Straßenbauarbeiten in 12 Straßen fortgeführt und hiebei rund 57.000 m² Fahrbahnen fertiggestellt. Außerdem wurde als eine der wichtigsten Zufahrten zur Großfeldsiedlung die Leopoldauer Straße, von der Angerer Straße bis zum Leopoldauer Platz, ausgebaut. Die nunmehr vierspurige Fahrbahn wurde mit provisorischem Belag dem Verkehr übergeben. Im 22. Bezirk wurde der Straßenbau im Bereiche der Wohnhausanlagen Quadenstraße — Ziegelhofstraße fortgeführt.

Bei privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neuanlagen wurden unter anderem Straßenbauarbeiten in der Nordbahnstraße im 2. Bezirk, aber auch im 5. Bezirk, in der Leitgebgasse, in der Högelmüllergasse, in der Siebenbrunnenfeldgasse und in der St. Johann-Gasse, durchgeführt. Im 10. Bezirk konnte die „Stichstraße" zur neuen pädagogischen Akademie bei der Grenzackergasse ausgebaut werden. Im 13. Bezirk wurde mit dem Straßenbau bei der neuen Wohnhausanlage in der Klitschgasse und Maygasse begonnen. Weitere Straßenbauarbeiten erfolgten am Josef Weinheber-Platz und in der Utendorfgasse im 14. Bezirk. Im 16. Bezirk wurde die Demuthgasse bis an ihr Ende ausgebaut, und in der Heiderichstraße mußte im Bereiche der dort errichteten Wohnhausanlage die Fahrbahn neu hergestellt werden. Im 20. Bezirk wurde beim neuen Lorenz Böhler-Krankenhaus die Donaueschingenstraße umgebaut. Ferner wurden im 21. Bezirk die Mayerweckstraße im Bereiche des Schulneubaues und im 23. Bezirk die Brüder Albert-Gasse bei der privaten Wohnhausanlage ausgebaut.

Die Straßenbauten in Siedlungen wurden im Jahre 1971 in verschiedenen Bezirken fortgeführt. Hiebei wurden rund 55.000 m² Fahrbahnen mit mechanisch stabilisierten oder bituminösen Tragschichten befestigt und mit einer Oberflächenbehandlung versehen.

Anläßlich der Straßenbauarbeiten wurden auch wieder auf Ersuchen der Anrainer Niveau- und Gehsteigherstellungen für Private durchgeführt. Diese gemeinsame Arbeitsdurchführung bewährt sich gut und ermöglicht einen zügigen Baufortschritt.

Im Zuge der Vorbereitungen für den U-Bahn-Bau wurden im Jahre 1971 rund 48,6 Millionen Schilling aufgewendet und damit rund 120.000 m² Fahrbahnflächen umgebaut. Vor allem wurden die im Jahr zuvor begonnenen Arbeiten im 4., 5. und 10. Bezirk fortgeführt und in der Graf Starhemberg-Gasse sowie in der Mayerhofgasse im 4. Bezirk abgeschlossen. In der Zentagasse und in der Margaretenstraße, vom Margaretenplatz bis zur Ramperstorffergasse, im 5. Bezirk wurden die endgültigen Asphaltbeläge aufgebracht. Ebenso wurden die weiträumigen Umleitungsstrecken im 10. Bezirk fertiggestellt und Fahrbahnbeläge in der Sonnwendgasse, Landgutgasse, Columbusgasse, Herndlgasse, auf dem Reumannplatz, in der Kennergasse, Steudelgasse, Bürgergasse, Staudiglgasse, ferner in der Schröttergasse, Inzersdorfer Straße und auf dem Antonsplatz hergestellt.

Besonders umfangreich waren die Straßenbauarbeiten im 1. Bezirk. Hier wurden der Tiefe Graben, der Straßenzug Salztorgasse — Vorlaufstraße — Marc Aurel-Straße — Tuchlauben — Kohlmarkt — Michaeler Platz, weiters die Singerstraße, die Liebenberggasse und die Stubenbastei sowie die Gassen um den Stephansplatz umgebaut. Mit dem Umbau der Dominikanerbastei wurde begonnen. Alle diese Arbeiten wurden bis Ende November, also noch vor Beginn des eigentlichen Weihnachtsgeschäftes, soweit abgeschlossen, daß die Verkehrsflächen für den Verkehr freigegeben werden konnten; die endgültigen Gußasphaltbeläge werden zum größten Teil erst im nächsten Jahr aufgebracht werden.

Für die Aufschließung von Industriegebieten mit Straßen wurden rund 21 Millionen Schilling aufgewendet. Allein im Industriegebiet Auhof im 14. Bezirk wurden in 5 Gassen rund 14.000 m² Asphaltbeläge hergestellt. Im 21. Bezirk wurden die Arbeiten im Industriegebiet an der Scheydgasse in 7 Gassen fortgeführt, wobei rund 25.000 m² Fahrbahnen und Abstellspuren befestigt wurden. Im 21. Bezirk konnten die Straßenbauarbeiten in der Steinheilgasse sowie im Gebiete der Schönthalergasse und im Siemensareal aufgenommen werden. Im 22. Bezirk wurden im Bereiche der Trabrennvereinsgründe die Straßenbauarbeiten in 4 Gassen fortgeführt und dabei rund 13.000 m²

Fahrbahnen sowie Abstellstreifen befestigt. Schließlich wurde im 23. Bezirk im Betriebsbaugebiet Zetschegasse, mit Straßenbauarbeiten in 4 Gassen begonnen.

Auch auf den Bundesstraßen und Autobahnen wurden im Jahre 1971 zahlreiche Arbeiten durchgeführt. Im Zuge der B 1, der Wiener Straße, wurde in der Hadikgasse ein neuer Hartgußasphaltbelag in den Abschnitten von der Teybergasse bis zur Nisselgasse und von der Zehetnergasse bis zur Hochsatzengasse im 14. Bezirk aufgebracht. In der B 7, der Brünner Straße, wurde die Brünner Straße, zwischen der Stammersdorfer Straße und der Stadtgrenze, örtlich verbreitert und mit einem neuen Asphaltbelag versehen. Auf der B 10, der Budapester Straße, wurde mit dem Umbau des Handelskais, zwischen der Meiereistraße und der Stadlauer Brücke, im 2. Bezirk begonnen. Eine der größten Baustellen entwickelte sich auf der B 14, der Klosterneuburger Straße. Hier wurde der Um- und Ausbau der Heiligenstädter Straße, zwischen Nußdorf und der Stadtgrenze, weitergeführt. Die Verlegung der Franz Josefs-Bahn konnte abgeschlossen und die Anschlußstelle im Kahlenbergerdorf fertiggestellt werden. Die Kuchelauer Hafenstraße wurde mittels einer bituminösen Tragschicht soweit verstärkt, daß sie als Umleitungsstrecke in Betrieb genommen werden konnte. Sodann wurde der Bau der Hangbrücke entlang des Leopoldsberges sowie der begleitenden Stütz- und Futtermauern aufgenommen. Im Abschnitt Nußdorf — Kahlenbergerdorf mußten drei Rutschhänge entwässert werden, sodann wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für den weiteren Ausbau begonnen. Auch umfangreiche Einbautenarbeiten wurden aufgenommen.

Im Zuge der B 16, der Ödenburger Straße, wurde die Himberger Straße, von der Donauländebahn bis zum Liesingbach, im 10. Bezirk umgebaut. Auf der B 17, der nunmehrigen Wiener-Neustädter Straße, wurde die Triester Straße, zwischen der Sterngasse und der Erlaaer Straße, mit Hartgußasphalt belegt. Ein weiterer Straßenumbau war in der B 223, der Flötzersteigstraße, nötig; hier wurde in der Gablenzgasse, vom Gürtel bis zur Moeringgasse, das alte, sehr unebene und damit lärmintensive Großsteinpflaster durch einen Hartgußasphaltbelag ersetzt. In der B 224, der Altmannsdorfer Straße, wurde auf der Grünbergstraße, von der Schönbrunner Straße bis zur Weißenthurngasse, ebenfalls ein Hartgußasphaltbelag aufgebracht. Die Arbeiten zur Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße werden von den Österreichischen Bundesbahnen zügig fortgeführt, und auch für die Tieferlegung der Edelsinnstraße wurden bereits die Bohrpfahlwände hergestellt.

Auf der Südautobahn, nunmehr mit A 2 bezeichnet, wurden bei der Anschlußstelle Inzersdorf die Fahrbahnen der Auf- und Abfahrtsrampen mit einem neuen Asphaltbetonbelag versehen. Besonders umfangreiche Arbeiten waren auf der Anschlußstrecke von Inzersdorf zur Altmannsdorfer Straße durchzuführen. Hier wurden die Arbeiten an den Brückenobjekten ES 6 (Überführung über die Triester Straße, die Badner Bahn und den Liesingbach), ES 7/8 (Überführung über die Triester Straße) und ES 10 (Unterfahrung der Altmannsdorfer Straße), begonnen. Das Unterführungsbauwerk ES 10 konnte soweit fertiggestellt werden, daß der Verkehr durch die Altmannsdorfer Straße über das neue Objekt in vollem Umfange wieder aufgenommen werden konnte. Die Arbeiten am Erdbaulos Inzersdorf — Altmannsdorf wurden mit den vorgenannten Brückenbauten abgestimmt weitergeführt.

Im Bereiche der Autobahnverbindung Wien-Süd, der A 23, wurde im Abschnitt Inzersdorf — Favoriten ein Asphaltbelag auf der Fahrbahn aufgebracht. Die Arbeiten an dem Brückenobjekt ES 17 (Überführung der Laxenburger Straße) wurden im Frühjahr 1971 abgeschlossen. Bei der Anschlußstelle Favoriten wurde mit dem Umlegen von Einbauten begonnen, und die Arbeiten für die Objekte ES 19 (Untertunnelung des Laaer Berges) und ES 19 a (Fußgängersteg) wurden ausgeschrieben. Im Abschnitt Anschlußstelle Favoriten — Knoten Arsenal wurden Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Im Zuge der Grunderwerbungen und Grundfreimachungen wurde das Schleppgleis der Schmid-Stahlwerke umgelegt. Die Arbeiten zur Herstellung des Objektes ES 20 (Überführung der Laaer Berg-Straße) wurden ausgeschrieben. Die Projekte für die weiteren Brückenobjekte einschließlich des Knotens Arsenal wurden dem Bundesministerium für Bauten und Technik zur Genehmigung vorgelegt. Hingegen wurde das Projekt für den Knoten Landstraße umgearbeitet. Eingehende Studien führten dazu, daß eine neue Lage für den Knoten östlich des St.-Marxer Friedhofes gefunden wurde und von dem unter Denkmalschutz stehenden Friedhof nur eine ganz kleine Fläche in Anspruch genommen werden muß. Außerdem wird die Autobahntrasse von den Wohnhäusern weiter abgerückt.

Im Zuge der früheren Nordautobahn, jetzt S 2, wurden auf der Nordbrücke die Brückenisolierungen und der Fahrbahnbelag erneuert.

An der Wiener Gürtelautobahn, nun A 20, früher Nordostautobahn benannt, konnte nach Abschluß der Brückenbauarbeiten an der Donaukanalbrücke die Auffahrt auf der Erdberger Lände in Richtung Stadlau freigegeben werden. An den Erdbaulosen der Knoten Kaisermühlen und Prater konnten die Arbeiten abgeschlossen werden. Im Knoten Prater, in der Anschlußstelle Handelskai und im Knoten Kaisermühlen wurden bereits die endgültigen Fahrbahnbeläge aufgebracht. Im Bereiche des

Knotens Prater arbeitete auch die Magistratsabteilung für Kanalisation an der Umlegung des rechten Hauptsammelkanals.

Für die Ostautobahn, die A 4, konnte das Detailprojekt für das Baulos Freudenau am linken Donaukanalufer fertiggestellt werden, an dem Projekt für das Baulos Erdberger Lände — Simmeringer Lände wurde zu Jahresende noch gearbeitet. Die Brückenbauarbeiten für den Umbau des Gaswerksteges waren zu diesem Zeitpunkt bereits zur Anbotstellung ausgeschrieben und auch das Projekt für die Unterfahrung der Stadionbrücke am linken Donaukanalufer war fertiggestellt. Ferner wurden für das Projekt für den Neubau der Brücke über den Donaukanal zu der am linken Ufer verlaufenden Richtungsfahrbahn der Ostautobahn Baugrunduntersuchungen durchgeführt.

Brücken- und Wasserbau

Die Vorarbeiten und Planungen für den **Brückenbau** umfaßten den Straßen- und Fußgängertunnel unter der Nordbahn in Leopoldau bei der Großfeldsiedlung; eine Straßenbrücke über den Donaukanal im Zuge der Vorderen Zollamtsstraße — Tempelgasse sowie eine weitere, die die Rembrandtstraße mit der Türkenstraße verbinden wird; die Hochstraße St. Marx im Zuge der Gürtelautobahn; einen Fußgängerübergang über die Favoritenstraße zur Verbindung der alten Per Albin Hansson-Siedlung mit dem Zentrum der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost; den Umbau des Gaswerksteges über den Donaukanal; die Straßenbrücken im Zuge der Altmannsdorfer Straße und der Schönbrunner Allee, die infolge der Unterführung dieser Straßen mit der Donauuferbahn und der Verbindungsbahn notwendig geworden sind; eine Brücke über die Liesing in der Zufahrtsstraße zum Industriegebiet Blumental in Inzersdorf sowie Stege im Gelände der WIG 74.

Erhaltungsarbeiten größeren Umfanges waren die im Jahre 1971 begonnene Instandsetzung des Rustensteges über die Westbahn, die voraussichtlich einen Kostenaufwand von insgesamt 2,75 Millionen Schilling erfordern wird, sowie die bereits im Vorjahr aufgenommenen Arbeiten an der Floridsdorfer Brücke über den Donaustrom, die 725.000 S kosteten. Für die ständig vorzunehmenden kleineren Instandsetzungsarbeiten an Fahrbahnbelägen, Dehnfugenkonstruktionen, Entwässerungsanlagen, Stiegenstufen, Geländern und Anstrichen sowie für die periodische Reinigung aller Brückenobjekte wurden zusammen rund 1,375 Millionen Schilling ausgegeben.

Für Neubauten und Umbauten von Brücken und anderen Verkehrsbauten, deren Kosten die Gemeinde Wien zu tragen hatte, wurden bis Ende des Jahres 1971 etwa 44 Millionen Schilling aufgewendet, doch kann hier nur über größere, im Jahre 1971 begonnene oder ausgeführte Arbeiten berichtet werden. Zunächst wäre zu erwähnen, daß die Unterfahrung der Ostbahn im Zuge der Erzherzog Karl-Straße fertiggestellt und im September eröffnet wurde. Auf der Friedensbrücke über den Donaukanal, deren Fahrbahn in den Jahren 1969/70 verbreitert worden ist, waren nur noch die Gleise zu verlegen und die Haltestelleninseln zu errichten; diese Arbeiten waren Anfang August gleichfalls abgeschlossen.

Nicht wie geplant verliefen die Arbeiten an der Unterführung der Altmannsdorfer Straße mit der Edelsinnstraße sowie der Donaulände- und der Verbindungsbahn. Dort sind für die Tiefführung der Edelsinnstraße Rampen und eine Stützmauer zu errichten, doch stellten die Österreichischen Bundesbahnen im Jahre 1971 nur die Pfähle für die Stützmauer her. Dagegen wurden die Bauarbeiten an der Brücke über die Verbindungsbahn im Zuge der Atzgersdorfer Straße — Stranzenberggasse, die wegen der Absenkung der Trasse der Verbindungsbahn zur Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße und der parallel zur Bahn verlaufenden Schönbachstraße errichtet werden mußte, im Oktober 1971 abgeschlossen.

Die im Herbst 1970 begonnenen Arbeiten an der Unterfahrung der Donauländebahn an der Westseite des Bahnhofes Ober-Laa und der als Schnellstraße auszubauenden Laaer Berg-Straße, bei der Stahlbetontragwerke für fünf Gleise der Österreichischen Bundesbahnen, für zwei Fahrbahnen der geplanten Schnellstraße und für einen zweigleisigen Straßenbahnbetrieb errichtet werden, konnten bis Ende des Jahres 1971 soweit gebracht werden, daß der Rohbau zum größten Teil fertiggestellt war.

Im Zuge der Spittelauer Lände wird von den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe die Straßenbrücke über die Stadtbahn neu errichtet; mit diesen Arbeiten wurde im Jahre 1971 begonnen. Ein weiterer Brückenbau, der im Herbst 1971 seinen Anfang nahm, ist der Bau der Brücke der Lobauer Hafenbahn über das Mühlwasser in Stadlau. Hier wird die alte, baufällige, seinerzeit als Provisorium errichtete Hafenbahnbrücke durch eine stählerne Brückenkonstruktion ersetzt. Wegen der Wichtigkeit dieses Schienenweges für den Transport der Weißölprodukte muß dieser Bau beschleunigt durchgeführt werden; er soll bis Mitte Jänner 1972 bei einer nur zweitägigen Verkehrsunterbrechung fertiggestellt sein.

Der anläßlich der Neugestaltung der Viktor Kaplan-Straße als Zubringer zur Gürtelautobahn und

zur 4. Donaubrücke in der Höhe der Benatzkystraße geplante Fußgängersteg über die Viktor Kaplan-Straße wurde im Jahre 1971 ausgeführt. Der Steg ist beiderseits mit Rampen und einer zusätzlichen Stiege ausgestattet. Die Bauarbeiten konnten zum größten Teil abgeschlossen werden.

Eine weitere gefahrlose Übersetzungsmöglichkeit einer verkehrsreichen Straße wurde im 3. Bezirk geschaffen. Hier wurde die Baumgasse im Zuge der Würtzlerstraße mit einem Fußgängertunnel überquert; das Bauwerk wurde im Laufe des Jahres 1971 vollendet.

Die Stadt Wien hatte auch wieder für Brückenbauten an den Bund Baukostenanteile zu leisten. So waren im Jahre 1971 noch die anteiligen Kosten für die Errichtung der Gehwege, der Stiegenanlagen und für die Überführung der Versorgungseinrichtungen beim Bau der Praterbrücke, der 4. Donaubrücke, zu entrichten; sie betrugen 8,9 Millionen Schilling. Mehrkosten von 2,38 Millionen Schilling ergaben sich beim Bau der Eisenbahnbrücke über die Längenfeldgasse im 12. Gemeindebezirk durch die Österreichischen Bundesbahnen, weil auf Wunsch der Stadt Wien die lichte Durchfahrtsbreite vergrößert werden mußte; für diese Mehrkosten mußte Wien aufkommen. Auch für die Überlassung der Nordwestbahntrasse, einschließlich der Eisenbahnbrücke für den Bau der Nordbrücke, waren für das Jahr 1971 Ersätze in der Höhe von 2,2 Millionen Schilling zu entrichten, die von den Österreichischen Bundesbahnen für den Bau der Verbindungsschleife zur Donauuferbahn verwendet werden.

Die für das Bundesministerium für Bauten und Technik durchgeführten Bauarbeiten an der Donaukanalbrücke im Zuge der Gürtelautobahn konnten abgeschlossen werden; die Auffahrt auf die Brücke von der Erdberger Lände in Richtung Kaisermühlen konnte Anfang Juni 1971 in Betrieb genommen werden. Das Bauwerk besteht aus zwei schalenförmigen Tragwerken, die durch eine Fahrbahnplatte verbunden sind. Von den Gesamtkosten von 25 Millionen Schilling wurden im Jahre 1971 aus Bundesmitteln 1,35 Millionen Schilling angewiesen.

Von den **Schutzwasserbauten** wurde die Liesingbachregulierung im Baulos „Inzersdorf" in den ersten beiden Bauabschnitten, wo Ende des Jahres 1969 mit Neupflasterungsarbeiten begonnen worden war, fortgesetzt. Vor ca. 20 Jahren mit sparsamsten Mitteln reguliert, wurde diese Bachstrecke durch mehrere schwere Hochwässer stark beschädigt. Die Niederwasserrinne wird daher umgepflastert und mit einer gepflasterten Fahrberme ausgestattet. Die Wiederaufnahme der Bauarbeiten im Frühjahr 1971 wurde durch den langanhaltenden Winter verzögert. Trotzdem konnten von der rund 1.600 m langen Regulierungsstrecke bachaufwärts der Pottendorfer Bahn im 1. Bauabschnitt 1.000 m neu gepflastert und die Regulierungsarbeiten im Bereich der Eisenbahnbrücke abgeschlossen werden. Die Pflasterungen im 2. Bauabschnitt wurden bereits aufgenommen. Im Oberlauf des Liesingbaches konnte auch im Jahre 1971 wegen der erfolglosen Grundeinlösungsverhandlungen — es mußte ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden — mit den Regulierungsarbeiten im letzten Bauabschnitt des Bauloses „Kalksburg" nicht begonnen werden.

Die Regulierungsarbeiten am Mühlwasser wurden fortgesetzt. Dabei wurden flußabwärts der Trasse der Ostbahn in einer Länge von rund 250 m Sohlbaggerungen durchgeführt und die Böschungen profiliert.

Für die Regulierung des Schwechat-Wildbaches im Unterlauf konnten die Grundeinlösungsverhandlungen und die Bauarbeiten noch nicht aufgenommen werden, weil die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft in Auftrag gegebenen hydrologischen Untersuchungen und Studien zur Klärung offener Fragen noch nicht abgeschlossen waren.

Mit der Instandsetzung der Mauer am rechten Wienflußufer, die den Wienfluß von der Wiener Stadtbahn trennt, wurde begonnen. Die Mauer, deren Erhaltungszustand schlecht war, wurde zwischen den Stadtbahnhaltestellen Unter-St. Veit und Hietzing in Zusammenarbeit mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben ausgebessert. Eine Erhöhung der Mauer zur besseren Abfuhr von Hochwasser des Wienflusses war auf dieser Strecke nicht notwendig, daher beschränkten sich die Arbeiten auf das Ausbessern der beschädigten Abdeckplatten und der obersten Steinscharen.

Im Anschluß an die im Jahre 1967 durchgeführte Regulierung der Mittelsteig-Regenwasserableitung am Satzberg wurde im Jahre 1971 zum Schutze des Friedlweges das Abflußgerinne vom Mittelsteig bis zum Rosenbach als Trapezprofil mit befestigter Sohle und einer daran anschließenden Grünböschung ausgebildet; vor der Unterquerung der Rosentalgasse wurde ein Schotterfang angeordnet. Ebenfalls im 14. Bezirk mußte die durch die Hochwässer der letzten Jahre stark unterwaschene Böschung des Wurzbaches flußabwärts der Kreuzung Schuhmeierstraße — Wurzbachtalgasse instandgesetzt werden, weil die neben dem Gerinne verlaufende Wurzbachtalgasse gefährdet war. Der Kreuzungsbereich wurde mittels einer mit Bruchsteinen verkleideten Stützmauer geschützt, die anschließende Bachstrecke mit einer Steinschlichtung gesichert.

Im Jahre 1971 wurden für Erhaltungsarbeiten an Wiener Gewässern insgesamt rund 12 Millionen

Schilling ausgegeben; davon entfielen 3,3 Millionen Schilling auf den Liesingbach, 4,3 Millionen Schilling auf den Wienfluß und 4,4 Millionen Schilling auf die übrigen Bäche und Gerinne.

Für das Stadtgartenamt wurden die Ufersicherungsarbeiten an der Alten Donau in 22, Kaisermühlen, mit dem Bau einer ca. 25 m langen Ufermauer im Bereich der „Langen Allee" fortgesetzt.

Die Maßnahmen für den verbesserten Donau-Hochwasserschutz von Wien wurden im Juni 1971 mit dem Umbau des Nußdorfer Wehres eingeleitet. Nach dem Schließen und Dichten des alten Nadelwehres wurden mittels Spundwänden der ober- und unterwasserseitige Fangdamm sowie die übrigen Baugrubenumschließungen hergestellt. Sodann wurde der Unterwasserbeton im Anschluß an den Oberwasser-Fangdamm eingebracht und mit dem Aushub sowie dem Auspumpen der Baugrube begonnen. Gleichzeitig wurde an den Konstruktionsplänen für die neuen Wehrverschlüsse gearbeitet. Die im Frühjahr 1971 begonnene Aufschüttung des ersten Abschnittes des rechten Donaudammes, von der Schleuse Nußdorf bis zur Nordbrücke, konnte abgeschlossen werden. In diesem Bauabschnitt waren ein ca. 400 m langer Hochwasserschutzdamm ab dem linken Oberhaupt der Nußdorfer Schleuse und im Anschluß daran eine etwa 170 m lange und ca. 3,50 m hohe Hochwasserschutzmauer mit einer Überfahrtsrampe zu errichten. Am Anfang des Bauloses wurden im Hochwasseranströmbereich sowie beim Übergang vom Damm zur Winkelstützmauer bis zu 1 m unter dem Dammkronenniveau ein 30 cm starkes Trockenpflaster und, nach oben zu anschließend, Beton-Grassteine verlegt; diese Arbeiten beeinträchtigten den Betrieb des Grundwasserwerkes Nußdorf nicht. Ferner wurde zur Vorbereitung des Aufschüttens des Dammes am rechten Donauufer, stromabwärts der Stadlauer Brücke, ein ca. 250 m langer Uferabschnitt geräumt; unter anderem muß dort auch das ehemalige Sicherstellungsdepot der Stadt Wien, 2, Handelskai 129, abgebrochen werden. Die Dammschüttungsarbeiten zur Erhöhung des rechten Donaukanalrückstaudammes und dessen Verschwenkung im Bereich des Hafens Albern konnten weitgehend fertiggestellt werden. Allein für die Maßnahmen am rechten Donauufer erreichten die Kosten eine Höhe von 26 Millionen Schilling. Für die Maßnahmen am linken Donauufer wurden die Vorarbeiten fortgesetzt. Es wurden die Ausschreibungsunterlagen für das Entlastungsgerinne ausgearbeitet und den interessierten Firmen ab Juli 1971 zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf der Anbotsfrist im Oktober wurden die Bauarbeiten für den ersten Abschnitt des Entlastungsgerinnes vergeben. Im Jahre 1972 wird mit dem Aushub des Entlastungsgerinnes und der Aufschüttung der Insel begonnen werden. Bisher wurden für die Arbeiten am linken Donauufer 3,5 Millionen Schilling ausgegeben.

Für den **Verkehrswasserbau** wurden die schon in den Vorjahren begonnenen Planungsarbeiten für den weiteren Ausbau des Hafens Albern fortgesetzt; dieser Ausbau ist vor allem infolge der Maßnahmen für den verbesserten Hochwasserschutz und der damit verbundenen Absiedlung von der rechten Stromlände notwendig. Im Hafen Freudenau wurden die im Jahre 1968 begonnenen Arbeiten am 5. Bauabschnitt der Kaianlage, einem etwa 330 m langen Teilstück, abgeschlossen. Im November 1970 waren die Arbeiten an dem 6., ebenfalls etwa 330 m langen Bauabschnitt aufgenommen worden, was deswegen vordringlich erschien, weil dadurch nicht nur die noch bestehende Lücke in der Kaianlage geschlossen wird, sondern weil dadurch erst die Voraussetzung für die Ansiedlung und Betriebsaufnahme der Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG (VÖEST) sowie der Eisenhof-GmbH, Linz/Donau, geschaffen wird. Im Jahre 1971 konnten die wasserseitige Bohrpfahlwand und die landseitigen Schrägpfähle, die zum Teil das Auflager für die landseitige Kranbahn, zum Teil die Verankerung der Pfahlwand darstellen, sowie der eigentliche Kaimauerkörper im wesentlichen fertiggestellt werden. Die zur Verbesserung der Stromversorgung des Pachthafens notwendigen Herstellungen, die völlige Erneuerung des Daches des Lagergebäudes der Zollfreizone sowie der Bau eines Kanalanschlusses für die Oberflächenentwässerung des von der Österreichischen Stickstoff-Werke AG Linz im Pachthafen gepachteten Gebäudes wird auf Grund von Baubeauftragungsverträgen von der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH veranlaßt; die nötigen Mittel wurden von der Stadtverwaltung auf hiezu eingerichteten Sperrkonten zur Verfügung gestellt. Lediglich die Rodungsarbeiten auf dem Pachtgelände der Eisenhof-GmbH führte auf Ersuchen der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH die Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau durch.

Im Hafen Lobau wurde die Sanierung der durch Hochwässer stark beschädigten Uferböschungen des nördlichen Hafengebietes, besonders der dort befindlichen Stiegenabgänge, ebenfalls mittels eines Baubeauftragungsvertrages der Wiener Hafen-Betriebs-GmbH übertragen, desgleichen die Verlängerung des Gleises 3 der städtischen Hafenbahn um rund 600 m, um das Areal der neu angesiedelten Firma Turmöl Mineralölprodukte-Großhandel Martin Maimann & Co., zu erschließen; der vorhin erwähnte Weg, die hiezu nötigen Geldmittel auf Sperrkonten zu deponieren, wurde auch hier beschritten. Für die im Jahre 1968 fertiggestellte Tankerreinigungsanlage waren nur noch Restzahlungen zu leisten.

Ferner wurden in allen Wiener Häfen Baggerungsarbeiten durch die Wiener Hafen-Betriebs-GmbH

durchgeführt; die Kosten für diese Arbeiten wurden von der Stadt Wien refundiert, ebenso die Kosten für notwendig gewordene Erhaltungsarbeiten.

Nach dem Hafeneinrichtungen-Förderungsgesetz wurde ein 40prozentiger Bundeszuschuß zu den Kosten des 6. Bauabschnittes der Kaianlagen im Hafen Freudenau beantragt; vom Bundesministerium für Verkehr wurden für das Jahr 1971 bisher 483.200 S an Förderungsbeiträgen als Beitrag zu den Kosten der Hafeneinrichtungen überwiesen. Auch nach dem Wasserbauten-Förderungsgesetz wurde ein 40prozentiger Bundeszuschuß zu den Kosten der an der Kaianlage des Hafens Freudenau durchgeführten Arbeiten beantragt.

Für den Verkehrswasserbau wurden im Jahre 1971 insgesamt rund 24 Millionen Schilling aufgewendet, und zwar rund 17,5 Millionen Schilling für Neubauten und 6,5 Millionen Schilling für Erhaltungsarbeiten.

Ferner wurden zu zahlreichen wasserrechtlichen und schiffahrtsrechtlichen Verhandlungen Sachverständige als Gutachter entsendet. Es wurden auch wieder Schiffe aller Art, von Zug- und Tankschiffen bis zu den gewerblichen Mietbooten, überprüft.

Im **Grundbau** waren für die Errichtung der Wiener städtischen Hochbauten, wie Wohnhäuser, Schulen, Kindergärten und Krankenhäuser, sowie der Tiefbauten, wie Brücken und Verkehrsbauwerke, einschließlich der Brückenbauten im Zuge der Nordost- und Südautobahn in Wien, aber auch für die Bauvorhaben der Wiener Stadtwerke die Fundamente zu beschauen; nötigenfalls war die Fundierungsart anzugeben oder zu prüfen sowie die zulässige spezifische Belastung des Baugrundes, die notwendige Fundierungstiefe oder die Belastbarkeit von Brunnenpfeilern und Pfählen zu berechnen. In mehreren Fällen waren besondere Schwierigkeiten zu bewältigen. Die Angaben und Überprüfungen erfolgten auf Grund von Baugrunduntersuchungen, teilweise auch auf Grund von umfangreichen Baustellenbelastungsversuchen, grundbaustatischen und Setzungsberechnungen, wiederholten Besichtigungen während der Fundierungsarbeiten und der Auswertung der Ergebnisse von Setzungsmessungen an Bauwerken. Während der Planung wurden die Architekten und Bauführenden grundbautechnisch beraten. Zur Klärung unsicherer Baugrundverhältnisse waren Erhebungen und Nachforschungen in Archiven, Bibliotheken und Sammlungen anzustellen.

Bei Schäden an mehreren städtischen Bauten, die durch ungleiche Setzungen entstanden waren, wurden nach eingehender Überprüfung und Klärung der Ursachen Maßnahmen vorgeschlagen, die geeignet waren, diese zu beheben. Ferner wurden bei der Begutachtung privater Bauvorhaben und im Zusammenhang mit Maßnahmen, die bei Schäden an privaten Bauten anzuordnen waren, die städtischen Dienststellen grundbautechnisch beraten.

Beim Bau des U-Bahn-Bauwerkes Karlsplatz erwies es sich als notwendig, Injektionsarbeiten größeren Ausmaßes vorzunehmen und Erdanker als Abstützungshorizonte für einzelne Schlitzwände zu verwenden. Für diese beiden Tiefbaumaßnahmen gibt es in Österreich keine Normen. Um aber sicherzustellen, daß sie von den Baufirmen ordentlich ausgeführt wurden, mußten Richtlinien erarbeitet werden, wobei die Erfahrungen und Normen oder Normvorschläge des Auslandes verwertet wurden, soweit diese auf die vorliegenden Verhältnisse übertragbar waren, es wurden den Richtlinien aber auch eigene Erfahrungen zugrunde gelegt. Diese Richtlinien für die Ausführung von Injektionsarbeiten sowie für die Herstellung von Injektionsankern wurden bereits für die Ausführung derartiger Arbeiten als verbindlich erklärt.

Die Untergrundverhältnisse für fast alle Hoch- und Tiefbauten der Stadt Wien und der Wiener Stadtwerke, teilweise auch für solche, die erst im Jahre 1972 gebaut werden sollen, wurden durch Baugrunduntersuchungen, zu denen unter anderem Probebohrungen, Grundwasser- und Laboratoriumsuntersuchungen sowie Tests mit dem Pressiometer zählen, erforscht. Baugrunduntersuchungen größeren Umfanges waren für die geplanten Brücken in der Südautobahn und über den Donaukanal für den Ausbau der Ostautobahn, ferner für die Wohnhausanlage östlich Ziegelhofstraße im 22. Gemeindebezirk, aber auch für den Verbesserten Hochwasserschutz, nämlich für das Einlaufbauwerk, das erste Wehr, den linken Donausammelkanal und den Düker durch den Donaustrom vorzunehmen.

Weiters waren im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für den U-Bahn-Bau Baugrunduntersuchungen anzustellen. Für den Bauabschnitt III, „Stephansplatz — Nestroyplatz", der Linie U 1 wurden in dem für den Anschluß der Linie U 3 an das Stationsbauwerk Stephansplatz vorgesehene Gebiet Singerstraße — Graben — Kohlmarkt die schon begonnenen Fundamentaufschließungen beendet. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen werden die Trassenführung der Linie U 3 wesentlich beeinflussen, während deren Lage im Stationsbauwerk Stephansplatz zwangsläufig durch die Linie U 1 festgelegt ist. Bei diesen Untersuchungen wurden besonders die Tiefe der Fundamente der anrainenden Bauwerke, ihr derzeitiger Zustand sowie die vorliegenden Bodenverhältnisse erkundet und festgehalten. Diese Arbeiten sind in den beengten Kellerräumen schwierig und zeitraubend, oftmals auch nur unter erschwerenden Bedingungen auszuführen. Oft behinderten Betriebe oder deren Lager, Brenn-

stofflagerung, Einbauten im Gehsteigbereich und andere Hemmnisse den Zutritt zu den für die Vornahme der Untersuchungen vorgesehenen Stellen. Bei den in diesem Bauabschnitt vorgenommenen Probebohrungen wurden Pegel für spezielle Grundwasseruntersuchungen in allen festgestellten Grundwasserstockwerken eingebaut. Neben den wöchentlichen Grundwasserstandsmessungen durch den eigenen hydrographischen Dienst wurde die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal in Wien beauftragt, mit Hilfe radioaktiver Isotopen die Richtung und Geschwindigkeit der Grundwasserströmungen zu messen und sogenannte Tritiumanalysen durchzuführen, um verschiedene Grundwasserstockwerke sicher unterscheiden zu können. Diese Daten wurden bereits erarbeitet und ermöglichen eine hydrogeologische Beurteilung, die besonders für eventuelle Grundwasserabsenkungen und andere Arbeiten beim späteren U-Bahn-Bau wichtig ist.

Bei der Schwedenbrücke, am Vorkai des Donaukanals, wurden die ergänzenden Probebohrungen fortgesetzt, um die Aufschlüsse über die hier anstehenden mächtigen, schluffigen Fein- und Mittelsandkomplexe zu verdichten, die zum Schwimmsandphänomen neigen und schon bei den Bohrungen ihre Gefährlichkeit durch dauernden Auftrieb erkennen ließen. Da beide U-Bahn-Röhren unter dem Donaukanal fast zur Gänze in diesem etwa 10 m mächtigen Sand-Schluff-Komplex liegen, ist zunächst die Injektion der zum hydraulischen Grundbruch neigenden Schichten anzustreben. Um die Durchführbarkeit erfolgreicher Injektionen festzustellen, wurde Mitte Mai 1971 mit den Arbeiten für eine Versuchsinjektion am linken Vorkai, nahe der Schwedenbrücke, begonnen. Die *Borden Chemical Company Ltd.* aus Southampton, England, stellte für diese chemischen Injektionen die im Handel mit Geoseal bezeichneten Kunstharze kostenlos in ausreichender Menge zur Verfügung und führte gemeinsam mit der Wiener Firma *Grubo* die Versuche durch. In zwei Injektionsphasen wurden auf einem Versuchsfeld von vorerst ca. 7 bis 8 m² ungefähr 16.000 l hochwertigen Kunstharzmittels in Tiefen von 8 bis 14 m unter dem Vorkai injiziert und mit Hilfe von vier Kernbohrungen der Erfolg überprüft. Das Zwischenergebnis liegt als Bericht beider Firmen bereits auf; danach ist eine sichere und alles erfassende Injizierung der Bodenschichten nicht möglich. Jedenfalls steht fest, daß man sich im technischen Grenzbereich der Injizierbarkeit befindet. Um bessere Einsicht in die Injizierbarkeit zu schaffen, wurde in den Monaten November/Dezember in Zusammenarbeit mit der Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal in Wien ein Injektionsversuch mit einem mit radioaktiven Isothopen markierten Wasser durchgeführt. Der Bericht über diesen Versuch wird erst Anfang des Jahres 1972 vorliegen, doch kann gesagt werden, daß die Ergebnisse auf eine starke Inhomogenität des Bodens und damit verbunden auf einen nur teilweisen Injektionserfolg sowie auf eine schwierige Auswahl der richtigen Bohr- und Injektionsmethoden hinweisen. Die Arbeiten am Bauabschnitt III kosteten im Jahre 1971 ca. 1,4 Millionen Schilling. Die auf beiden Seiten des Donaukanals am Vorkai unternommenen ergänzenden Pressiometer-Untersuchungen nach Prof. *Menard* verursachten Kosten von ca. 160.000 S.

Im Bauabschnitt VI wurde im Jahre 1971 für die Linie U 2, vom Landesgericht bis zum Ringturm, mit Probebohrungen begonnen, die fast zur Gänze abgeschlossen werden konnten. Auch Fundamentaufschließungen an den im Trassenbereich liegenden Häusern wurden durchgeführt; diese Arbeiten werden im Jahre 1972 abgeschlossen werden. Ihre Kosten beliefen sich auf ca. 800.000 S.

Für den Bauabschnitt I, „Karlsplatz", der Linie U 1 wurde zu Beginn des Jahres 1971 der Bau eines Grundwassermeßbrunnens, eines Rohrbrunnens mit Vorschacht, in der Lothringerstraße, nahe dem Konzerthaus, vollendet. Mitte des Jahres wurde ein weiterer derartiger Brunnen im Bibliothekshof der Wiener Hofburg hergestellt; dieser Brunnen wird nach Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der Burghauptmannschaft zur Nutzung übergeben werden. Diese beiden Meßbrunnen sollen es ermöglichen, den Einfluß von Grundwasserabsenkungen in diesem Bauabschnitt zu erkennen und Rückschlüsse auf in Betrieb stehende Brunnenanlagen zu ziehen. Die Herstellung der beiden Meßbrunnen kostete rund 235.000 S.

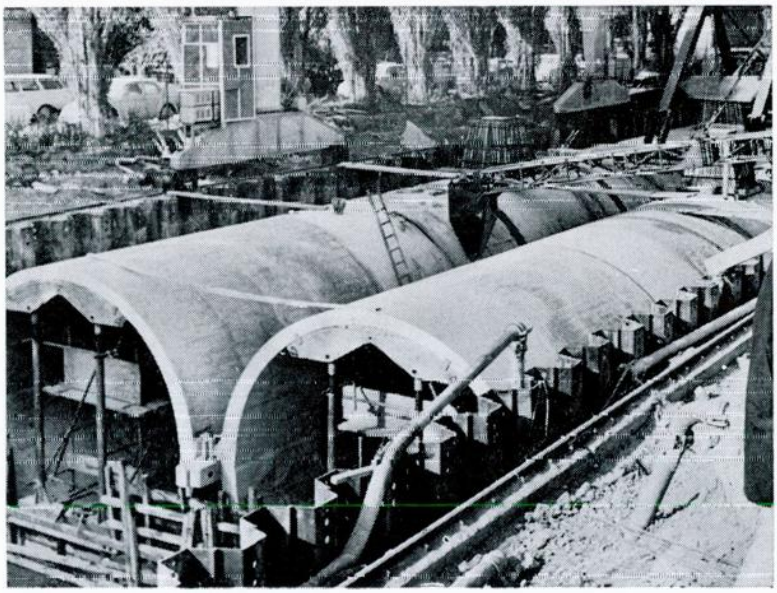
Ebenfalls im Bauabschnitt I wurden erstmalig in Wien Mehrfach-Extensometer von der Internationalen Versuchsanstalt für Fels GmbH aus Salzburg errichtet, um eine mittelbare Kontrolle eines ordnungsgemäßen Schildvortriebes und Tunnelausbaues durch die Messung von Setzungen und deren Hebung zu ermöglichen. Dadurch soll die Auswirkung dieser vertikalen Bewegungen auf die Verbauung rechtzeitig erkannt und die Möglichkeit geboten werden, Rißbildungen an Gebäuden durch ungleiche Setzungen oder Hebungen auszuschalten. Auf der ca. 200 m langen Strecke vom Unterwerk am Karlsplatz bis zum Rilkeplatz wurden an vier Querschnitten für die beiden Tunnelröhren insgesamt neun Dreifach-Extensometer, das sind drei Meßpunkte in verschiedenen Tiefen, errichtet. Beim Schildvortrieb an der Weströhre, der im Juni 1971 begonnen hatte, bewährten sich diese Extensometer hervorragend; sie vermittelten ein genaues Bild über den Verlauf der Setzungen unter den gegebenen Baugrundverhältnissen. Die zur Herstellung der Extensometer vorzunehmenden

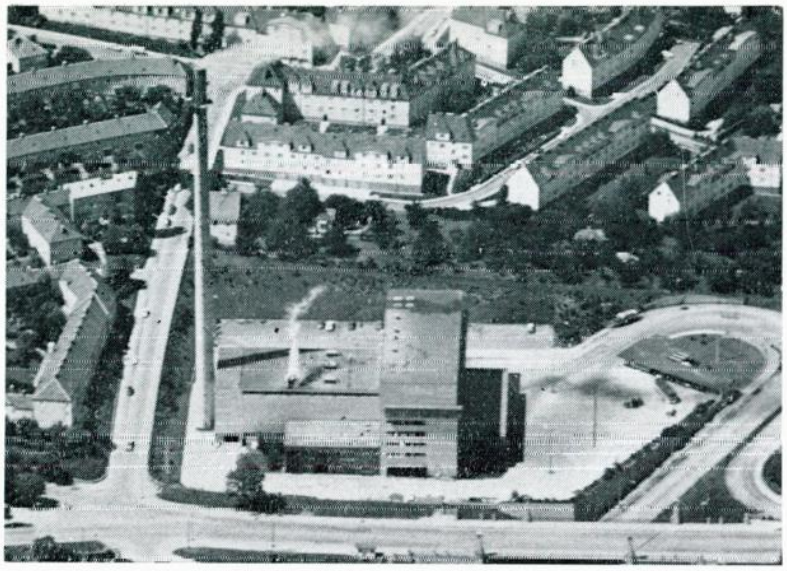
Bautenminister Josef Moser, Bürgermeister Felix Slavik und Stadtrat Kurt Heller (Tiefbau) besichtigen die Baustellen des großen Donau-Hochwasserschutzprojekts in Wien

Donau-Hochwasserschutzprojekt

Kanalisation

Die Baustelle des Hauptsammelkanals am rechten Ufer des Donaukanals





In der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig kann ein Großteil der im Wiener Raum anfallenden gefährlichen chemischen Stoffe vernichtet werden

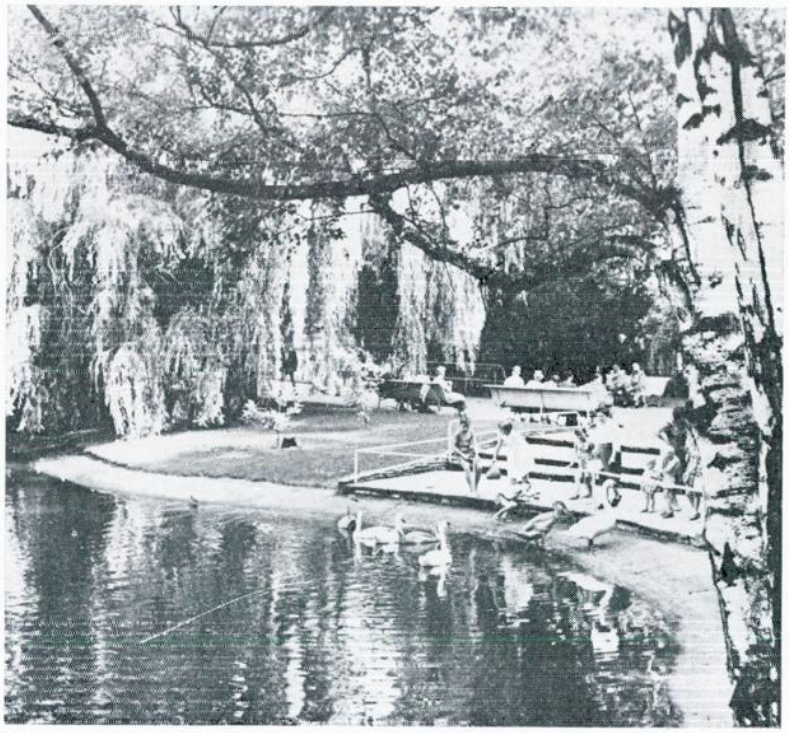
Stadtreinigung

Die einmillionste Tonne Müll wurde in der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig verbrannt. Diese erste Müllverbrennungsanlage Wiens hatte im Jahr 1963 den Betrieb aufgenommen

Das Stadtgartenamt führt Baumverpflanzungen durch, wenn sie sich im Zuge der Verkehrsplanung als notwendig erweisen

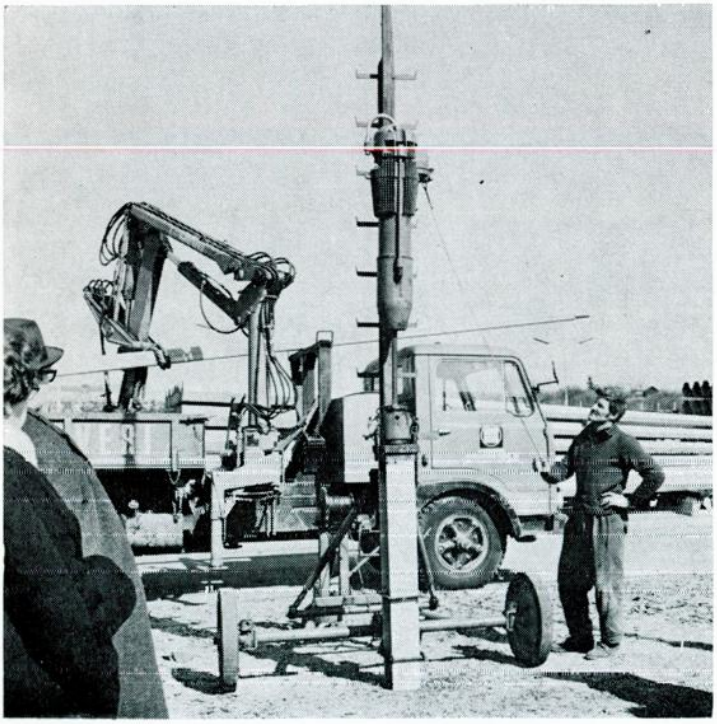
Stadtgartenamt

In den städtischen Parkanlagen findet die Bevölkerung Ruhe und Erholung



Auch nach der Montage der 175.000. Lampe wird die öffentliche Straßenbeleuchtung weiter ausgebaut

Öffentliche Beleuchtung



Durch eine neue Rammtechnik kann die Aufstellung von Lichtmasten wesentlich beschleunigt werden

Bohrungen, ihre Installation und die Feststellung der Meßergebnisse verursachten Kosten von ca. 400.000 S.

Die Aufschließung des Baugrundes war auch für die Ausarbeitung eines generellen Projektes für die U-Bahn-Linie 6 B, Abschnitt Philadelphiabrücke — Anton Baumgartner-Straße, von der Philadelphiabrücke bis zur Donauländebahn im 12. Bezirk vorzunehmen; die im Jahre 1971 begonnenen Probebohrungen sind bereits abgeschlossen. Die Bohrlöcher wurden in fast allen Grundwasserstockwerken mit Pegeln zur weiteren Grundwasserbeobachtung ausgebaut und ermöglichen im kommenden Jahr auch die Untersuchung von Grundwasserströmungen mit Hilfe radioaktiver Isotopen durch die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt Arsenal in Wien. Für diese Probebohrungen wurden ca. 500.000 S aufgewendet.

Für das U-Bahn-Baulos 1/2 b, „Südtiroler Platz", wurde ein umfangreicher Versuch für Baugrubenverankerungen im Wiener Tegel durchgeführt. Beim Stationsschacht Südtiroler Platz, der eine ungefähre Aushubtiefe von 25 m erhalten soll, bedingen die Ausmaße des Schachtes, daß die unterste provisorische Baugrubenaussteifung mit einem Verankerungshorizont anstelle des bisher üblichen Stahlträgerverbaues ausgeführt wird. Da über derartige Verankerungen, sogenannte Verpreß- oder Injektionsanker, und deren auf die Baugrubenwand übertragbaren Haltekräfte im Ton, speziell im Wiener Tegel, bisher nur unzureichende Erfahrungen vorlagen, war es aus technologischen und wirtschaftlichen Gründen notwendig, einen Eignungsversuch vornehmen zu lassen; an diesem Versuch beteiligten sich sechs namhafte Firmen des In- und Auslandes. Dieser Versuch diente gleichzeitig als Prüfung für die Eignung der einzelnen Fabrikate für die Herstellung von Injektionsankern. Der Versuchsort sollte möglichst ähnliche Bodenverhältnisse, wie sie im Bauwerk zu erwarten waren, aufweisen und sollte auch ein nachträgliches Ausgraben des einen oder anderen Ankers ohne großen Kostenaufwand zulassen. Hiefür boten sich der Zielschacht des Loses U 1/1 am Beginn der Favoritenstraße und Teile der Umschließungswände des Bauwerkes Karlsplatz als günstig an. Aus internationalen Erfahrungen ist bekannt, daß das Tragverhalten und die Größe der nutzbaren Zugkraft dieser recht neuen Sonderkonstruktion des Tiefbaues von Fabrikat zu Fabrikat sehr verschieden ist und die Herstellungsmethode auf die spezifischen Eigenschaften der tonigen, schluffigen und feinsandigen Komponenten des örtlichen Bodens abgestimmt werden muß. Dies zeigten auch die bisherigen Ergebnisse. Der Versuch ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch ist es bereits möglich, den Kreis der für den Südtiroler Platz in Betracht kommenden Ankersysteme erheblich einzuengen und der städtischen Bauaufsicht des Loses U 1/2b sowie der den Bau ausführenden Arbeitsgemeinschaft konkrete Unterlagen für die Auswahl eines geeigneten Subunternehmers zur Verfügung zu stellen.

Für die geotechnisch-geologische Kartierung des Wiener Stadtgebietes werden bereits seit mehreren Jahren baugeologische Untersuchungen des Untergrundes der Stadt Wien durchgeführt. Als Ergebnis liegen nun 110 Blätter der Stadtkarte von Wien im Maßstab 1 : 2.000 in geologisch-geotechnischer Bearbeitung vor. Die Karte zeigt das Relief der Tertiäroberfläche sowie die Mächtigkeit der Überlagerung in Linien gleicher Mächtigkeit. Alte Bauwerke, wie etwa Befestigungen, sowie größere Eingriffe in den Boden, zum Beispiel Ziegelgruben, ferner alte Bachläufe und Flußarme sowie bekannte Anschüttungsmächtigkeiten größerer Stärke wurden unter Auswertung aller verfügbaren Unterlagen kartenmäßig dargestellt. Die Grundwasserverhältnisse wurden den unterschiedlichen Beobachtungsbedingungen entsprechend aufgezeichnet. Dieses Kartenwerk bietet einen Überblick über die Qualität des Baugrundes und die Grundwasserverhältnisse und ist daher von großem Nutzen bei der Durchführung von großräumigen städtischen Bauvorhaben und Planungsaufgaben, zu denen der U-Bahn-Bau, der Verbesserte Hochwasserschutz sowie der Bau von Wasserversorgungsanlagen zählen. Mit der Durchführung dieser geotechnisch-geologischen Kartierung wurde die Geologische Bundesanstalt beauftragt; im Jahre 1971 betrugen die Kosten der Kartierung rund 100.000 S.

Der Baugrundkataster wurde fortgeführt und durch viele Baugrundaufschlüsse erweitert. Die Neuordnung des Baugrundkatasters, bedingt durch die Verwendung der bisher neu erschienenen Blätter der Stadtkarte 1 : 2.000, wurde fortgesetzt.

Der Schwerpunkt des Baugeschehens im **U-Bahn-Bau** lag im Jahre 1971 am Karlsplatz, wo die als „Maulwürfe" bezeichneten Schildvortriebsmaschinen erfolgreich ihre Arbeit aufnahmen. Aber auch in der inneren Favoritenstraße wurden bereits mit den Aushub-, Wand- und Deckenherstellungen für die U-Bahn-Bauwerke in offener Bauweise beachtliche Bauleistungen erzielt. Vorarbeiten für den U-Bahn-Bau wurden hauptsächlich im Bereich der äußeren Favoritenstraße und in der Inneren Stadt vorgenommen, wo Einbautenumlegungen und umfangreiche Straßenbauarbeiten notwendig waren.

Im Bauabschnitt I, „Karlsplatz", der Linie U 1, von der Paulanergasse bis zum Stephansplatz,

wurden der Anfahrschacht für die Stationsröhren an der Pöchhacker-Ecke und das Unterwerk auf den ehemaligen Porrhaus-Gründen als Anfahrschacht für die Streckenröhre sowie der Zielschacht bei der Paulanergasse fertiggestellt. Der im Juni 1971 begonnene Vortrieb der fast 500 m langen westlichen Streckenröhre zwischen dem Karlsplatz und der Paulanergasse konnte am 27. November beendet werden; an diesem Tag erreichte die vollmechanische Streckenvortriebsmaschine den Zielschacht bei der Paulanergasse. Gleichfalls im November wurde der Stationsschild, der einen Außendurchmesser von ca. 8 m aufweist, in den Anfahrschacht bei der Pöchhacker-Ecke abgesenkt; der Vortrieb begann Ende November, und bis Ende Dezember konnten fast 40 m der Stationsröhre fertiggestellt werden. Zwischen dem Anfahrschacht und dem Unterwerk wurden unter dem Wienfluß und unter dem Bahnkörper der Stadtbahn zwei Streckentunnel von je 55 m Länge in bergmännischer Bauweise hergestellt. Die oberste Decke des Strecken- und Stationsbauwerkes der Linie U 2, die in offener Bauweise ausgeführt wird, konnte weitgehend fertiggestellt werden. Dadurch war es möglich, zwischen der Kärntner Straße und dem Künstlerhaus bereits provisorisch eine Fahrbahn und einen Gehweg über dem Bauwerk herzustellen. Die Arbeiten an der neuen Station der U-Bahn-Linie U 4, die den Umbau der bestehenden Stadtbahnstation Karlsplatz sowie die Umstellung der Gleisführung der Stadtbahn auf einen Mittelbahnsteig umfassen, wurden mit der Herstellung von Bohrpfahlwänden, der sorgfältigen Demontage des von Otto *Wagner* entworfenen Haltestellenpavillons, der Errichtung einer provisorischen Stadtbahnhaltestelle für beide Fahrtrichtungen im östlichen Stationsbereich und dem Abbruch der bestehenden Gewölbe über der Stadtbahn begonnen. Bis Ende des Jahres 1971 wurden für die Bauarbeiten im Bauabschnitt „Karlsplatz" etwa 370 Millionen Schilling ausgegeben.

Im Bauabschnitt II der Linie U 1, „Favoritenstraße", der von der Paulanergasse bis zum Reumannplatz reicht, wurden die bereits im Jahre 1970 begonnenen umfangreichen baulichen Vorarbeiten weitergeführt. Die Baubereiche wurden von Einbauten frei gemacht, die Einbauten in den Umfahrungsstraßen saniert und umfangreiche Gleislegungen sowie Straßenbauarbeiten für die Umleitung des Verkehrs um die Baustellen und um die künftigen Fußgeherzonen in der äußeren Favoritenstraße wurden vorgenommen. Der Aufwand für diese baulichen Vorarbeiten belief sich auf etwa 120 Millionen Schilling. Nach Abschluß der umfangreichen Einbautenumlegungen in der äußeren Favoritenstraße, vom Südtiroler Platz bis zum Antonsplatz, konnte im Dezember in diesem Straßenteil eine verkehrsarme Zone eingerichtet werden. Diese Maßnahme fand nicht nur die Zustimmung der Geschäftsleute, auch die Bevölkerung des 10. Bezirkes äußerte sich positiv zum U-Bahn-Bau und zu der in der äußeren Favoritenstraße geplanten Fußgeherzone.

Im Baulos IIA, „Innere Favoritenstraße", der Linie U 1 wurden von der Paulanergasse bis zur Theresianumgasse die Bauarbeiten Ende März 1971 aufgenommen. Die U-Bahn-Bauwerke im Bereich dieses Bauloses, das auch eine unterirdische Wende- und Abstellanlage aufweist, werden in offener Bauweise ausgeführt. Bis Jahresende konnten fast alle das Bauwerk umfassenden Schlitzwände und etwa die Hälfte der obersten Stahlbetondecken mit einem Aufwand von etwa 74 Millionen Schilling fertiggestellt werden.

Im Baulos IIB, „Südtiroler Platz", der Linie U 1, das die Favoritenstraße von der Theresianumgasse bis zum Columbusplatz umfaßt, begannen die Bauarbeiten Anfang November 1971. Hier wurden die Anfahrschächte bei der Theresianumgasse und am Südtiroler Platz für den Strecken- und den Stationsröhrenvortrieb hergestellt, da die Bauwerke in diesem Baulos zur Gänze in geschlossener Bauweise, im Schildvortrieb, ausgeführt werden. Der Bauaufwand im Jahre 1971 betrug hier etwa 44 Millionen Schilling.

Die Bauarbeiten für das Baulos IIC, „Äußere Favoritenstraße", der Linie U 1, das vom Columbusplatz bis zum Reumannplatz reicht, wurden im Jahre 1971 zur Anbotstellung ausgeschrieben. Die bis 2. Juni eingereichten Anbote von sechs Arbeitsgemeinschaften wurden vom technischen und wirtschaftlichen Standpunkt überprüft. Mitte Dezember genehmigte der Gemeinderat die Ausführung der Arbeiten mit einer Kostensumme von 560 Millionen Schilling; der Baubeginn ist für das Frühjahr 1972 vorgesehen.

Die für die U-Bahn-Bauarbeiten im 1. Bezirk notwendigen Verkehrsmaßnahmen wurden von der Straßenverkehrskommission am 16. März 1971 genehmigt. Zu diesen gehören vor allem die Erklärung der Ringstraße als Einbahn sowie die Bestimmung der für den Anrainer- und Wirtschaftsverkehr notwendigen Einbahnstrecke in entgegengesetzter Richtung. Letztere umfaßt die Straßenzüge Schottengasse — Herrengasse — Augustinerstraße — Walfischgasse — Schellinggasse — Coburgbastei — Stubenbastei und Dominikanerbastei. Diese Verkehrsmaßnahmen ermöglichten es, drei innerstädtische Autobuslinien zu führen. Diese öffentlichen Verkehrsmittel gestatten es, den Stadtkern auf die den gegebenen Umständen nach bestmögliche Art zu erreichen. Die Bauarbeiten selbst sowie die notwendigen Vorarbeiten wurden gedrängt und mit möglichster Beschleunigung, doch so

durchgeführt, daß das Geschäfts- und Wirtschaftsleben in der Innenstadt abgewickelt werden konnte und eine unzumutbare Behinderung der Bevölkerung vermieden wurde. Um das Verständnis vor allem der Geschäftsleute für die im allgemeinen Interesse notwendigen Baumaßnahmen wurde in einer Bürgerversammlung im Festsaal des Rathauses im März 1971 geworben. Nach Abschluß der Arbeiten der Einbautendienststellen sowie der Straßenbauarbeiten für den U-Bahn-Bau am Stephansplatz und Schwedenplatz wurden die Umleitungsstrecken bestimmt; das Gebiet um den Stephansplatz und den Graben wurde als Fußgängerzone eingerichtet.

Um den Stephansdom während der Bauarbeiten ausreichend sichern zu können, wurde von der Fakultät für Bauingenieurwesen der Technischen Hochschule Wien ein Fakultätsgutachten erbeten, das im Juni 1971 erstellt wurde. Die erforderlichen Sicherungsarbeiten, vor allem die Herstellung einer Bohrpfahlwand und der Bodeninjektionen, wurden unter Berücksichtigung aller in dem Gutachten enthaltenen Anregungen öffentlich zur Anbotstellung ausgeschrieben. Während der Anbotsfrist bis 20. September 1971 langten sieben Anbote ein. Die Vergabe der Sicherungsarbeiten fiel noch in das Jahr 1971, mit ihrem Beginn ist für Anfang Februar 1972 zu rechnen.

Im Dezember 1971 wurden umfangreiche Erschütterungsversuche und gleichzeitige Schwingungsmessungen an zahlreichen Meßstellen des Stephansdomes durchgeführt. Analoge Messungen während der Herstellung der Bohrpfahlsicherungswand und während der gesamten Arbeiten am U-Bahn-Bau im Bereich des Domes werden die an den im Dom eingerichteten Meßpunkten auftretenden Erschütterungen kontrollieren, so daß für die Sicherheit des Domes gesorgt werden kann.

Am Morzinplatz wird von einem privaten Bauherrn eine Tiefgarage eingerichtet. Die Fertigstellung des Rohbaues ist Voraussetzung für die Einrichtung der U-Bahn-Baustelle im Bereich Morzinplatz — Schwedenplatz; mit dem Bau wurde im Juli 1971 begonnen. Im Zuge dieser Bauarbeiten wird auch der unter der Tiefgarage vorgesehene U-Bahn-Tunnel für das Verbindungsgleis von der Linie U 1 zur Linie U 4 hergestellt werden.

Die Unterlagen für die öffentliche Ausschreibung der U-Bahn-Bauarbeiten im Bauabschnitt „Stephansplatz — Nestroyplatz", in denen die äußerst komplexen Bauprobleme dieses schwierigen Bauabschnittes aufgezeigt werden mußten, waren im August 1971 fertiggestellt. Seit Anfang September steht dieses umfangreiche Elaborat den interessierten Baufirmen zur Verfügung; als Termin für die Einreichung der Anbote wurde der 24. Jänner 1972 festgelegt. Als Aufwand für die Vorarbeiten im Bauabschnitt II, „Stephansplatz — Nestroyplatz", wurden für das Jahr 1971 etwa 115 Millionen Schilling errechnet.

Die Arbeiten am Ausschreibungsprojekt für den Bauabschnitt IV, „Praterstern", der Linie U 1 wurden weitergeführt. Das Kernproblem für den Beginn der baulichen Vorarbeiten in diesem Bauabschnitt bilden Fragen, die sich aus der Lage der U-Bahn-Trasse auf dem Gelände des Frachtenbahnhofes Praterstern und eines Geschäfts- und Bürozentrums, das die Österreichischen Bundesbahnen auf diesem Gelände entlang der Lassallestraße errichten wollen, ergeben.

Für den Steg im Zuge der Rampengasse, mit dessen Bau Mitte des Jahres 1970 mit der Fundierung und der Errichtung der Stahlbetonsäulen begonnen worden war, konnte der Überbau, nämlich der Stahlträger mit den Stahlbetongehwegplatten, hergestellt werden. Der Steg, der im November 1971 für die Benützung freigegeben wurde, führt über die Franz Josefs-Bahn und die künftige U-Bahn-Linie U 4.

Für die Fernwärmeversorgung der hiefür vorgesehenen Bauten werden von der Magistratsabteilung für Brücken- und Wasserbau nur die Fernheizkanäle hergestellt. Die Rohrlegungsarbeiten sowie der Einbau der Armaturen ist Sache der Magistratsabteilung für Maschinenbau, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft, Heizwerkstätte und Heizbetriebe sowie der Heizbetriebe Wien GmbH. Die Trasse der Hauptleitung der Stadtleitung, von der Salztorbrücke zum Regierungsgebäude und zum AEZ, wird von der Salztorbrücke über die Marienbrücke — Schwedenplatz/Rotenturmstraße — Dominikanerbastei — Rosenbursenstraße — Ring — Marxergasse — Kleine Marxerbrücke — Untere Zollamtsstraße oder Gigergasse (hier ist eine Festlegung noch nicht erfolgt) zum AEZ (Ausstellungs- und Einkaufszentrum, 3, Landstraßer Hauptstraße 2 a) führen. Eine Abzweigleitung ist von der Dominikanerbastei/Rosenbursenstraße über den Dr. Karl Lueger-Platz zur Stubenbastei/Zedlitzgasse vorgesehen. Der begehbare Betonkanal wird einen inneren lichten Querschnitt von 2 m × 2 m aufweisen. Der Bau des ca. 1.100 m langen Kanals erfolgt auf einer Strecke von 850 m in offener Bauweise, während 250 m in geschlossener Bauweise, im Stollenvortrieb, hergestellt werden. Die geschätzte Kostensumme beträgt 36 Millionen Schilling, als Baudauer wurden 20 Monate vorgesehen. Mit dem Bau wurde am 1. April 1971 begonnen. Nach neun Monaten Bauzeit waren 500 m Heizkanal in offener Bauweise und 40 m in geschlossener Bauweise fertiggestellt; zugleich mit dem in offener Bauweise hergestellten Kanalteil wurden auch die Schächte vollendet.

An die Fernheizleitung Allgemeines Krankenhaus — Poliklinik werden die 1. und 2. Universitäts-

Frauenklinik, die Universitätsklinik für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten und das 1. Medizinische Institut angeschlossen; in der Folge führt die Trasse durch die Lazarettgasse zur Herzstation der Poliklinik. Die Heizleitungen werden auf einer Ortsbetonsohle verlegt und nach der Rohrmontage mit halbkreisförmigen Fertigteilbetonschalen abgedeckt. In Kellerräumen werden die Heizleitungen in kleinen Betonkanalprofilen geführt, die mit Fertigteilbetonplatten abgeschlossen werden. Hier weist der begehbare Betonkanal eine Innenlichte 2,20 m × 2,20 m auf, das Minierprofil bei der 1. Medizinischen Universitätsklinik und der Universitäts-Kinderklinik hat Abmessungen von 2,20 m × 2,20 m. Diese Fernheizleitung wird eine Streckenlänge von ca. 1.060 m erreichen, von der 960 m in offener und 100 m in geschlossener Bauweise hergestellt werden. Ihre Kosten werden auf ca. 7 Millionen Schilling geschätzt. Die Leitung soll im Frühjahr 1972 fertiggestellt sein.

Eine weitere Fernheizleitung wird durch die Quadenstraße — Bernoullistraße — Skrabalgasse gebaut. Die Heizleitungen sollen in Eternitmantelrohren oder in einem begehbaren Betonkanal mit einer Innenlichte von 2 m × 2,15 m verlegt werden. Der ca. 1.225 m lange Heizkanal soll ebenfalls bis zum Frühjahr 1972 vollendet sein und wird voraussichtlich 11 Millionen Schilling kosten.

In der Großfeldsiedlung wurden vom Blockheizwerk eine Haupt- und verschiedene Abzweigleitungen in die Keller der einzelnen Wohnblöcke gebaut. Die Verlegung der Heizleitungen erfolgte in Eternitmantelrohren in offener Bauweise, wobei je zwei Rohre nebeneinander für den Vor- und Rücklauf angeordnet wurden. Die Nennweiten der Rohre betragen 500 mm, 400 mm, 300 mm/250 mm und 200 mm; außerdem wurden ca. 25 Betonschächte hergestellt. Bei einer Streckenlänge von ca. 910 m ist eine Bauzeit bis Ende März 1972 vorgesehen. Die Baukosten werden sich auf etwa 2,6 Millionen Schilling belaufen.

Ferner wurde von der bestehenden Fernheiz-Hauptleitung (Stadtleitung) am Donaukanal, bei der Roßauer Lände, eine Leitung abgezweigt, die nach Querung der Roßauer Lände über Türkenstraße — Schlickplatz — Hörlgasse — Liechtensteinstraße — Hohenstaufengasse — Schottenring — Renngasse und Tiefer Graben (Unterquerung) zum Platz Am Hof führt. Eine weitere Abzweigung nimmt ihren Verlauf von der Liechtensteinstraße — Hörlgasse — Währinger Straße über den Rooseveltplatz zur Ebendorferstraße und zum Rathaus. Vom Rooseveltplatz durch die Schwarzspanierstraße — Garnisongasse zum Allgemeinen Krankenhaus verläuft ebenfalls ein Leitungszweig. Von dieser insgesamt 2.300 m langen Leitung wurden im Jahre 1971 ca. 1.210 m fertiggestellt. In geschlossener Bauweise wurden davon 280 m ausgeführt. Zur Unterquerung der Stadtbahn, der künftigen U-Bahn-Linie U 4, mußte ein 50 m langer Stollen im Grundwasser unter Druckluft vorgetrieben werden. Die gesamte Baukostensumme wird voraussichtlich 32 Millionen Schilling betragen. Diese Abzweigleitung Roßau wird als begehbarer Ortsbetonkanal mit einer lichten Weite von 1,20 m × 1,80 m ausgeführt.

Das Jörgerbad wurde anläßlich der Renovierungsarbeiten an das Fernheiznetz angeschlossen. Hiezu mußte von der bestehenden Leitung am inneren Währinger Gürtel (Leitung Spittelau — Allgemeines Krankenhaus) ein Kanal zum Jörgerbad hergestellt werden. Ein Teil der Leitung wurde als begehbarer Ortsbetonkanal mit 1,60 m/1,80 m lichter Weite ausgeführt, soweit es sich um die Verlängerung der Hauptleitung am Gürtel bis zur Borschkegasse handelte. Die übrige Leitung ist eine Eternitrohrleitung mit 500 mm Durchmesser. Die Trasse verläuft vom inneren Währinger Gürtel über die Borschkegasse — Leo Slezak-Gasse — Beheimgasse — Syringgasse — Pezzlgasse zum Jörgerbad. Von der 1.200 m langen Leitung wurden 25 m als Stollen zur Unterquerung der äußeren Gürtelfahrbahn ausgeführt. Die Baukosten betrugen ca. 6 Millionen Schilling. Der Bau konnte bis auf geringfügige Fertigstellungsarbeiten im Jahre 1971 abgeschlossen werden. Im Jörgerbad wurde der Heizbetrieb im November 1971 aufgenommen.

Weitere Abzweigleitungen von der Fernheizleitung Spittelau — Allgemeines Krankenhaus wurden zum Sanatorium Hera, zum Karolinen-Kinderspital und zum Technologischen Gewerbemuseum verlegt. Alle Abzweigleitungen wurden als Haubenkanäle (Fertigteilhalbschalen auf einer Ortsbetonsohle) ausgeführt. Die Summe der Leitungslängen beträgt 600 m, davon wurden in geschlossener Bauweise mittels Minierung und Rohrpressungen 120 m hergestellt. Die Baukosten der im Jahre 1971 fertiggestellten Leitungen beliefen sich auf ca. 3 Millionen Schilling.

Von der Heizanlage im Rathaus führt ein Heizkanal in die Bartensteingasse. Dieser Kanal mußte bis zu dem renovierten Amtshaus in der Volksgartenstraße verlängert werden. Seine Trasse führt durch die Bartensteingasse — Doblhofgasse — Reichsratsstraße über den Schmerlingplatz zur Volksgartenstraße. Der als Trogprofil in Ortsbeton hergestellte Kanal ist nicht begehbar. Seine Länge beträgt 500 m, die voraussichtlichen Baukosten wurden mit 3 Millionen Schilling errechnet. Die Bauarbeiten konnten zum überwiegenden Teil im Jahre 1971 ausgeführt werden.

Anläßlich des Ausbaues der Wohnhausanlage, 11, Thürndlhofstraße, wird auch die Fernheizleitung ausgebaut. Als Abzweig- und Anschlußschächte werden Ortsbetonschächte hergestellt, deren Länge ca. 1.000 m betragen wird. Von diesen konnten im Jahre 1971 ca. 300 m ausgeführt werden.

Ferner ist vorgesehen, das Amtshaus Liesing an das Heizleitungsnetz in Liesing anzuschließen. Zu diesem Zweck wurde eine schon bestehende Fernleitung verlängert, deren Trasse durch die Schartlgasse — Dirmhirngasse über den ehemaligen Schillerplatz und weiter durch die Lehmanngasse zum Amtshaus Liesing verläuft. Die Leitung wird in Eternitrohren mit 250 mm Durchmesser geführt. Die Trassenlänge beträgt 250 m; von dieser müssen 10 m in geschlossener Bauweise hergestellt werden. Die Baukosten werden sich auf etwa 1,8 Millionen Schilling belaufen. Im Jahre 1971 konnten rund 40 Prozent der Arbeiten ausgeführt werden.

Wasserwerke

Die Wasserwirtschaft gestaltete sich auch im Jahre 1971 schwierig. Infolge der abnormal geringen Niederschläge im Winter 1970/71 erreichten die Quellschüttungen zur Zeit der Schneeschmelze nur etwa 60 Prozent der Werte des Vorjahres, da die Schneeschmelze aber ganz langsam einsetzte, war trotz des geringen, aber gleichmäßig anfallenden Dargebotes die Wasserversorgung Wiens bis Ende Juli ohne größere Schwierigkeiten sichergestellt. Das Ausbleiben starker Gewitterregen im Sommer hatte jedoch ein weiteres Absinken der Quellschüttungen sowie einen Rückgang der Ergiebigkeit der Grundwasserwerke zur Folge. Es mußten daher in der Zeit vom 3. bis 31. August Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches (Wassersparmaßnahmen) verfügt werden. Zur Behebung der Wasserknappheit genehmigte das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft die Einleitung von Wasser, und zwar 300 l/sec (25.920 m³ pro Tag), aus dem Schneealpenmassiv in die I. Hochquellenleitung. Dieser zunächst mit 31. Oktober befristete Notkonsens mußte wegen des Ausbleibens nennenswerter Niederschläge auch vom 10. November bis Jahresende in Anspruch genommen werden. Auf diese Weise konnte die Wasserversorgung ohne wesentliche Einschränkungen aufrechterhalten werden. Der Gesamtwasserverbrauch stieg im Jahre 1971 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Millonen Kubikmeter, das sind 1,7 Prozent, an.

Insgesamt betrug die Wasseranlieferung 191,17 Millionen Kubikmeter. Davon lieferten die beiden Hochquellenleitungen 120,67 Millionen Kubikmeter (63,1 Prozent), die Grundwasserwerke 46,18 Millionen Kubikmeter (24,2 Prozent), die Oberflächenwässer 4,59 Millionen Kubikmeter (2,4 Prozent) und der Bezug fremden Wassers 19,73 Millionen Kubikmeter (10,3 Prozent).

Von dieser Menge wurden an die auswärtigen Abnehmer und Verbundgemeinden 4,312.110 m³, an den Wasserleitungsverband der Triestingtal- und Südbahngemeinden 476.160 m³ und an das Wiener Rohrnetz 185,990.030 m³ Wasser abgegeben; durch Überfälle und Ableitungen gingen 395.940 m³ Wasser verloren. Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 509.562 m³. Das Tagesmaximum wurde am 18. Mai 1971 mit 640.550 m³, das Tagesminimum am 1. Jänner 1971 mit 371.000 m³ gemessen. Zur Entkeimung des Wassers wurden im Wiener Raum 26.251 kg Chlor verwendet; dies entspricht einer durchschnittlichen Beimengung von 0,20 mg Chlor pro Liter Wasser. Für die Wasseraufbereitung und Entkeimung im Wientalwasserwerk waren 103.000 kg Aluminiumsulfat, 9.660 kg Natriumchlorit und 2.650 kg Chlor erforderlich.

Von den Wasserleitungskraftwerken in Wien und an den beiden Außenstrecken wurden im Jahre 1971 insgesamt 49,369.314 kWh elektrische Energie geliefert; im einzelnen lieferten die Werke in Wildalpen 8,193.581 kWh, das Werk in Gaming 37,144.948 kWh, das Werk in Hirschwang 592.727 kWh, das Werk in Naßwald 161.388 kWh, das Werk in Kaiserbrunn 40.382 kWh, das Werk in Hinternaßwald 31.948 kWh und die Wiener Werke 3,204.340 kWh.

Die Arbeiten an den Neubauten wurden fortgesetzt. Das Projekt der III. Wiener Wasserleitung wurde nach Erteilung der wasserrechtlichen Genehmigung des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 22. Oktober 1971 mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 560 Millionen Schilling genehmigt. Dem wasserrechtlichen Bescheid entsprechend, wurden die vorgeschriebenen Beobachtungen und Messungen fortgesetzt, und auch die Beweissicherung wurde erweitert. Um die Detailprojekte erstellen zu können, wurden Bodenuntersuchungen im Bereich der Rohrleitungstrasse und der Behälter sowie Geländedetailaufnahmen durchgeführt.

Für das Grundwasserwerk Untere Lobau wurden die Arbeiten am Horizontalfilterrohrbrunnen „Markethäufel" mit der Errichtung und Installation des Brunnengebäudes, dem Ausbau einer rund 700 m langen Zufahrtsstraße sowie der Verlegung von 1.200 m Transport- und Entleerungsleitungen abgeschlossen. Nach Abschluß des Probepumpbetriebes ist mit der Einleitung von Wasser aus diesem Werk in das Wiener Rohrnetz noch im Winter 1972/1973 zu rechnen. Mit den beiden Versuchsbrunnen Schüttelau I und II wurden im Zuge der hydrogeologischen Beweissicherung Pumpversuche durchgeführt, die auf die Möglichkeit einer Wasserentnahme von 180 bis 300 l/sec aus diesem Gebiet schließen lassen.

Zur Erschließung des Grundwasservorkommens im Bereich der künftigen Donauinsel wurden mit drei Vertikalbrunnen nach Errichtung von 125 Grundwasserbeobachtungsstationen Pumpversuche durchgeführt. Im Zusammenhang mit der für den Bund zu erstellenden wasserwirtschaftlichen Gesamtstudie über den Donauraum konnte das Institut für Hydraulik und Gewässerkunde der Technischen Hochschule Wien als Konsulent für die Planung und Ausarbeitung des Wassererfassungsprojektes Donauinsel gewonnen werden.

Für das Wasserleitungsprojekt Sieben Quellen wurden die bescheidmäßig vorgeschriebenen Messungen und Beobachtungen über den Aufstau der Bergwässer im Inneren der Schneealpe fortgesetzt und die Ergebnisse der Obersten Wasserrechtsbehörde bekanntgegeben. Die Werte der Druckmessung an den Abmauerungsstellen blieben allerdings infolge der minimalen Niederschläge weit unter den erwarteten Maximaldrücken zurück. Aus dem Mittelteil des Schneealpenstollens konnte wie bereits erwähnt vom 2. August bis Jahresende auf Grund der genehmigten Notkonsense mit kurzen Unterbrechungen eine Wassermenge von 300 l/sec in die I. Hochquellenleitung eingeleitet werden. Für das Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle konnten infolge der vorübergehenden Einstellung der Bauarbeiten lediglich Untersuchungen und geringfügige Nebenarbeiten durchgeführt werden, während für das Wasserleitungsprojekt Pirknerquelle bereits die Druckrohrleitung im Brunngrabenstollen verlegt wurde und die Unterlagen für die wasserrechtliche Kollaudierung ausgearbeitet wurden. In Wildalpen und Weichselboden wurden im Zuge der Projektserstellung zur Einleitung der Antengrabenquellen in die II. Hochquellenleitung Quellenbeobachtungen und Vermessungsarbeiten durchgeführt.

Was die Anlagen in Wien betrifft, so wurden der Wasserbehälter und das neue Hebewerk Laaer Berg soweit fertiggestellt, daß der Behälterbetrieb noch im Winter 1971/72 aufgenommen werden kann. Im Zusammenhang mit diesem Bauvorhaben wurden 1.640 m Rohrleitungen verlegt. Um Ersatzwasser für die während der Bauperiode der U-Bahn-Linie U 1 durch die Grundwasserabsenkung in Mitleidenschaft gezogenen Wasserrechtsinhaber zu beschaffen, wurde auf dem Morzinplatz ein Horizontalfilterrohrbrunnen errichtet.

Um die notwendigen Erhaltungsarbeiten durchführen zu können, wurde während des Jahres 1971 an der I. Hochquellenleitung zweimal und an der II. Hochquellenleitung einmal eine Abkehr durchgeführt; hiebei wurden die Schadensstellen ausgebessert und auch die Arbeiten für die beabsichtigte Leistungssteigerung der Leitungskanäle fortgesetzt. Überdies wurden zur Sicherung der II. Hochquellenleitung im Bereich von Rutschhängen mehrere neue Projekte ausgearbeitet.

Ferner wurden im Schutzgebiet des Grundwasserwerkes Wöllersdorf Geländesanierungsarbeiten vorgenommen, und auch der Brunnen III wurde instandgesetzt; durch diese Maßnahme wurde eine Leistungssteigerung von 2.600 auf 3.600 m³ pro Tag erzielt. Die Projektierung einer Abwasserbeseitigung im Brunnenschutzgebiet wurde fortgesetzt.

Auch an den Anlagen in Wien waren zum Teil größere Erhaltungsarbeiten auszuführen. So wurden an den Einrichtungen der Behälter Steinhof und Lainz sowie im Grundwasserwerk Nußdorf umfangreiche Erneuerungsarbeiten vorgenommen. Beim Behälter Wienerberg wurde an Stelle des aufgelassenen Wasserkraftwerkes eine Energievernichtungsanlage errichtet. Ferner wurde beim Behälter Rosenhügel eine neue Meßeinrichtung eingebaut. Die Absperrorgane der Behälter Schafberg und Breitensee, des Drucksteigerungswerkes Schafberg und des Hebewerkes Wienerberg wurden überholt.

An den Dienstgebäuden der Wasserwerke, im Rohrlager Baumgarten und in der Wasserzählerwerkstätte Spengergasse mußten ebenfalls zahlreiche, wenn auch kleinere Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden.

Im Rohrnetz waren einige umfangreiche Neurohrlegungen vorzunehmen. Im Zuge der Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße wurden 1.500 m Rohrstränge der Nennweiten 150 bis 1.000 mm und im Zusammenhang mit den Straßenumbauten in der Geiselbergstraße, Favoritenstraße und auf dem Handelskai wurden weitere 2.500 m Rohre der Nennweiten 80 bis 1.200 mm verlegt. Der Bau der Ringleitung Ost mit einer Nennweite von 1.200 mm konnte im Abschnitt zwischen der Reichsbrücke und der Praterbrücke fertiggestellt werden, während der Bau der Ringleitung Süd mit einer Nennweite von 1.000 mm nach Klärung der Trassenführung in der Eisenstädter Schnellstraße fortgesetzt wurde; bei diesen Bauten wurden insgesamt 3.300 m Rohrstränge verlegt. Die Aufschließung der Trabrennvereinsgründe wurde mit der Verlegung des Transportrohrstranges mit einer Nennweite von 800 mm in einer Länge von 3.000 m fortgesetzt. Für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes und zur Versorgung neuer Wohnhausbauten wurden im Jahre 1971 insgesamt 20.141 m neue Rohrstränge verlegt. Das gesamte Ausmaß der Neurohrlegungen erreichte 30.441 m.

Bei Rohrauswechslungs- und Erhaltungsarbeiten wurden im Jahre 1971 insgesamt 43.342 m über-

alterte und schadhafte Rohrstränge ausgetauscht. Am öffentlichen Rohrnetz wurden 765 Schadensstellen entdeckt und behoben.

Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.926 Einsätze des Bereitschaftsdienstes erforderlich, bei denen von den Einsatzwagen 44.379 km zurückgelegt wurden. Hiebei ereigneten sich lediglich vier Unfälle mit Sachschaden.

Im Jahre 1971 wurden 892 neue Anschlüsse von Häusern und Grundstücken an das öffentliche Versorgungsnetz ausgeführt und dabei 16.453 m Rohre verlegt. Für diese Anschlüsse war der Einbau von 818 Wasserzählern erforderlich. An Abzweigleitungen traten bis Jahresende 4.371 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 25.160 Wasserzähler ausgewechselt, und in der betriebseigenen Werkstätte wurden 22.373 Wasserzähler repariert. Außerdem wurden 5.080 Überprüfungen der Inneninstallationen bei 1.766 Wasserabnehmern vorgenommen; dabei wurden 1.613 Gebrechen festgestellt, und es wurde deren Behebung veranlaßt.

Im Jahre 1971 ergaben sich auch wieder Anlässe, rechtliche Maßnahmen anzuregen oder zu ergreifen. So wurde beantragt, das Gebiet der II. Hochquellenleitung als Schutzgebiet zu erklären. Daraufhin wurde von der Obersten Wasserrechtsbehörde das Begutachtungsverfahren eingeleitet und am 27. November 1971 ein Färbeversuch durchgeführt.

Ferner wurden auf Antrag der Wasserwerke vom Wiener Stadtsenat für die Zeit der anhaltenden Trockenheit und des Rückganges der Wasseranlieferung, vom 3. bis 31. August 1971, Maßnahmen zur Einschränkung des Wasserverbrauches angeordnet. In Zusammenhang mit dieser Wasserknappheit wurde weiters beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft der Notkonsens zur Einleitung von Wasser aus dem Schneealpenstollen in die I. Hochquellenleitung erwirkt. Der Bescheid des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft vom 14. Juli 1971, mit dem eine Wasserentnahme für die III. Wiener Wasserleitung von höchstens 742 l/sec aus den Horizontalfilterrohrbrunnen Moosbrunn I und II mit der Auflage genehmigt wurde, sieben ebenfalls genehmigungspflichtige Detailprojekte vorzulegen, wurde von der Stadt Wien beim Verwaltungsgerichtshof angefochten. Die im Schutzgebiet des Grundwasserwerkes Untere Lobau verlegte Erdgasleitung der Österreichischen Mineralöl AG wurde im Frühjahr 1971 bergrechtlich kollaudiert.

Es wurden im Jahre 1971 auch mehrere kleinere Grundtransaktionen durchgeführt. Die Verhandlungen über die Besitzverhältnisse an der Unteren Lobau wurden mit den Österreichischen Bundesforsten fortgesetzt, doch konnte eine Lösung noch nicht gefunden werden.

Auf Grund von Schadenersatzansprüchen für Beschädigungen von Wasserleitungseinrichtungen wurden im Jahre 1971 Entschädigungsbeträge von 1,4 Millionen Schilling hereingebracht. Als Sonderersatzleistungen im Zusammenhang mit Wasserrohrgebrechen wurde im Vergleichswege insgesamt ein Betrag von 861.700 S vereinbart und angewiesen.

Schließlich wäre noch zu erwähnen, daß aus den Mitteln des Wasserwirtschaftsfonds vom Bundesministerium für Bauten und Technik für die Errichtung von Wasserleitungsprojekten Förderungsbeiträge von insgesamt 72,7 Millionen Schilling bewilligt wurden und davon im Jahre 1971 eine Jahresquote von 33,4 Millionen Schilling angewiesen wurde.

Städtische Bäder

Im Jahre 1971 standen, einschließlich der Volksbäder, 23 Warmbäder, 4 Warm- und Sommerbäder, darunter 5 Schwimmhallen, ferner 10 Sommerbäder sowie 32 Kinderfreibäder in Betrieb. Das Ottakringer Bad wurde durch den Zubau einer Schwimmhalle erweitert und zählt nunmehr zu den Warm- und Sommerbädern; die Schwimmhalle und die beiden Saunaabteilungen wurden im April eröffnet. Dem Volksbad in 7, Hermanngasse, wurde eine Saunaabteilung angegliedert, die im Dezember in Betrieb genommen wurde.

Von den an Bädern vorgenommenen Bau- und Erhaltungsarbeiten können hier nur die größeren Umfanges angeführt werden. So wurde im Volksbad, 2, Vereinsgasse, die Kesselfeuerung von Koks auf Heizöl umgestellt und das Reservoire erneuert. Im Volksbad, 7, Hermanngasse, wurde eine Saunaabteilung eingebaut. Im Theresienbad, 12, Hufelandgasse, mußten die Fassaden und Glaswände renoviert und verschiedene Arbeiten an der Elektroinstallation ausgeführt werden. Auch im Thaliabad, 16, Friedrich Kaiser-Gasse, waren die Fassaden und Fenster zu erneuern, ferner wurde das Vestibül vergrößert. Der Umbau der Dampfbäder im Jörgerbad, 17, Jörgerstraße, konnte fertiggestellt werden, ebenso der Fernwärmeanschluß an das Fernwärmewerk Spittelau. Im Liesinger Bad, 23, Perchtoldsdorfer Straße, konnte der Neubau des Kabinen- und Kästchengebäudes abgeschlossen und eine Chlorkammer für die Wasseraufbereitungsanlage hergestellt werden. Im Kongreßbad, 16, Julius Meindl-Gasse, waren Umschaltungsarbeiten auszuführen und die Abortanlagen sowie die Kanalisation zu sanieren. Das Strandbad Alte Donau, 22, Arbeiterstrandbadstraße, erhielt einen

Anschluß an die Kanalisation. Im Strandbad Gänsehäufel, 22, Moissigasse, wurde das Restaurant für Selbstbedienungsbetrieb eingerichtet, außerdem wurden Saisonkabinen errichtet, und auch das Sonnenbad wurde umgebaut. Das Kinderfreibad, 14, Auer-Welsbach-Park, erhielt eine Filteranlage eingebaut und wurde an das städtische Stromnetz angeschlossen. Das neue Kinderfreibad in 22, Hirschstetten, Quadenstraße, konnte im Rohbau fertiggestellt werden; desgleichen wurden zwei Aluminiumbecken montiert.

Die großen, im Bäderkonzept vorgesehenen Neubauten des Dianabades, des Schafbergbades und des Stadthallenbades sowie der Umbau des Ottakringer Bades werden unter dem Titel „Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten" besprochen.

Der Besuch der Brause- und Wannenbäder nahm weiterhin ab; es wurden bei den Brausebädern 1,725.926 und bei den Wannenbädern 168.248 Badegäste gezählt. Hingegen stieg die Zahl der Schwimmhallen- und Dampfbad-(Sauna-)besucher auf 675.614 an. Dies nicht zuletzt deshalb, weil im Ottakringer Bad ein weiteres Bad mit entsprechenden Anlagen zur Verfügung steht. Da etwa ein Drittel der Bäderbesuchsgebühren aus dem Gebrauch der Dampf-(Sauna-)bäder herrührt, erscheint der weitere Ausbau gerade dieser Sparte sinnvoll. Es werden daher neben neuen Bädern, die meist Saunaabteilungen aufweisen, wie das Hallenbad Floridsdorf, das Ottakringer Bad und das Dianabad, Saunaabteilungen in bestehenden Bädern, etwa in Volksbädern, errichtet. Beim Liesinger Bad wurde dies bereits vor Jahren gemacht, ein weiterer Saunaeinbau erfolgte nun im Volksbad, 7, Hermanngasse. Eine Zunahme der Besucher war ferner bei den Schwimmhallen auf 1,129.545, bei den Sonnenbädern des Amalien- und Jörgerbades auf 10.148 und bei der Medizinalabteilung des Amalienbades auf 110.085 zu verzeichnen. Hingegen wurden die Schwefelbäder im Theresienbad nur von 22.552 Badegästen gebraucht. Die Sommerbäder hatten mit 1,776.964 Badegästen eine seit Jahren nicht mehr erreichte Frequenz aufzuweisen. Auch der Besuch der Kinderfreibäder war günstiger als die Jahre zuvor und belief sich auf 544.414 Gäste. Von den Kindern, die städtische Bäder aufsuchten, waren 695.765 zahlende Gäste, 724.531 durften die Bäder unentgeltlich benützen.

Kanalisationswesen

Im Jahre 1971 wurden einige wegen ihres Umfanges oder der künftigen Funktion der Anlage bedeutende Kanalbauten projektiert und begonnen. Zunächst wäre der Bauabschnitt 7 des Linken Donausammelkanals, das ist der oberste, ca. 2,5 km lange Teil dieses Sammlers, zu erwähnen, der am stromseitigen Fuß des Hubertusdammes von der Floridsdorfer Brücke bis zur Schwarzlackenau verlegt wird und dessen Bau durch die Maßnahmen für den erweiterten Hochwasserschutz ausgelöst wurde; außerdem wurde mit der Ausarbeitung von Detailprojekten für die übrigen Abschnitte, wie etwa das Inselpumpwerk, begonnen. Voraussetzung für die Aufschließung des Geländes der WIG 74 und des Kurmittelzentrums Ober-Laa ist die projektierte Kanalisierung der Laaer Berg-Straße im Abschnitt Biererlgasse und Holzknechtstraße. Eine andere Projektierung betraf die Verlängerung des Sammlers in der Brünner Straße bis zur Gerasdorfer Straße, eine für die Erschließung des Gebietes südlich von Stammersdorf unerläßliche Maßnahme.

Ferner wurden für die Aufschließung der Trabrennvereinsgründe im 22. Bezirk weitere Abschnitte des 2. Leopoldauer Sammelkanals projektiert; die Bauarbeiten wurden sodann zur Anbotstellung ausgeschrieben und auch bereits begonnen. Ebenso wurden für das neue Betriebsbaugebiet zwischen Zetschegasse und Südautobahn im 23. Bezirk umfangreiche Kanalbauten projektiert und zum Großteil auch bereits fertiggestellt.

Von den Projekten zur Ausweitung des Kanalnetzes wäre das Projekt für den Kanal in 14, Fußweg — Hofjägerstraße, zur Erschließung der „Stadt des Kindes" hervorzuheben; auch dieser Bau wurde bereits fertiggestellt.

Zur Freimachung der U-Bahn-Trassen mußten zahlreiche Projekte für die Verlegung von Kanälen im 1., 4. und 10. Bezirk erstellt werden.

Weitere größere Projekte dienen zur Vorbereitung der Baumaßnahmen in späteren Jahren. Hierher zählt das Projekt für das Baulos 3 der Hauptkläranlage Wien. Dieses Projekt umfaßt die Kollektoren, den Auslaufkanal und die Zuführung des Kaiser-Ebersdorfer Sammelkanals innerhalb des Geländes der Hauptkläranlage. Die Planung dieses Bauloses konnte im Jahre 1971 soweit beendet werden, daß mit den Baumeisterarbeiten Anfang 1972 begonnen werden kann. Zu den beabsichtigten Maßnahmen zur Zusammenführung sämtlicher Sammelkanäle Wiens gehören unter anderem die Verlängerung des Linken Hauptsammelkanals, die Errichtung eines Überfall-Hochwasserpumpwerkes am linken Donaukanalufer und der Donaukanaldüker. Das generelle Projekt für diese Bauvorhaben wurde vor Jahresende fertiggestellt.

Um die Abwässer des 21. und des 22. Wiener Gemeindebezirks zur Hauptkläranlage in Kaiser-

Ebersdorf ableiten zu können, ist die Unterdükerung des Donaustromes erforderlich. Die Arbeiten an dem Projekt für diesen Düker wurden im Jahre 1971 aufgenommen, und es wurden auch bereits verschiedene Varianten der Baudurchführung ausgearbeitet. Vor Jahresende wurde hiefür mit Modellversuchen begonnen, deren Ergebnisse für die Wahl der möglichen Bauweise grundlegende Bedeutung haben werden.

Der Bau der Hauptkläranlage in 11, Kaiser-Ebersdorf, die nach ihrer Fertigstellung sämtliche Abwässer Wiens, mit Ausnahme jener des Einzugsgebietes der Kläranlage, 23, Inzersdorf-Blumental, reinigen wird, wurde fortgesetzt, und zwar wurde mit dem Bau der Beckengruppe begonnen.

Zu den größeren Bauvorhaben, an denen gearbeitet wurde, gehört ferner die Verlängerung des Rechten Hauptsammelkanals auf der Simmeringer Lände, von der bisherigen Ausmündung in den Donaukanal beim Simmeringer Elektrizitätswerk bis zur Hauptkläranlage. Im Jahre 1971 wurden 450 m des insgesamt 1.800 m langen, zweiteiligen Betonkanals gebaut, von dem jeder Teil eine Dimension von 5,00/5,35 m hat. Weiters wurden im 2. Bezirk, am Handelskai, 1,2 km des Rechten Donausammelkanals errichtet, der die noch am rechten Donauufer ausmündenden Kanäle erfassen wird. Dieser Kanal wird später zum Donaukanal weitergeführt und an die Hauptkläranlage angeschlossen werden. Des weiteren wurde der Bau des größten und teuersten Kanals von Wien auf der linken Seite des Donaustromes, des Linken Donausammelkanals, fortgesetzt. Dieser Kanalbau ist neben den bereits erwähnten Maßnahmen für den verbesserten Hochwasserschutz von Wien notwendig, um die Abwässer Wiens in Zukunft zwecks gemeinsamer Reinigung in der künftigen Hauptkläranlage zusammenfassen zu können. Der Kanal wird unter der wasserseitigen Verbreiterung des Hochwasserschutzdammes geführt und weist am unteren Teil ein Profil von zweimal 5,30/3,10 m auf; im Jahre 1971 konnten davon 900 m errichtet werden.

Im Zusammenhang mit dem Bau einer Donaukanalbrücke im Zuge der Nordostautobahn und mit dem Bau der Flughafen-Autobahn entlang des Donaukanals müssen im Bereich der Erdberger Lände 825 m des Rechten Hauptsammelkanals verlegt werden, was in einer Länge von 570 m im Jahre 1971 geschehen ist. Weiters waren anläßlich der Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße Kanalumlegungen in der Länge von etwa 830 m durchzuführen. Für die Kanalisation des Großmarktes Wien-Inzersdorf wurden 2,1 km Kanäle errichtet, und auch zur Aufschließung des für die WIG 74 vorgesehenen Geländes wurden 1 km Kanäle gebaut.

Neben zahlreichen anderen Bauten zur Erweiterung des Kanalnetzes, die eine Länge von 8 km hatten, und für die Kanalisation von Wohnhausanlagen und Siedlungsgebieten mit 6,2 km Kanälen, war auch die Aufschließung von Betriebsbaugebieten fortzusetzen, wobei 4,6 km Kanäle gebaut wurden. Zu diesem Zweck erfolgten unter anderem Kanalverlegungen in den Betriebsbaugebieten, 21, Schönthalergasse, 22, Trabrennvereinsgründe, und 22, Markomannenstraße. Ein großes Bauvorhaben in der Industriestraße, das ebenfalls der Aufschließung der Trabrennvereinsgründe dient, wurde im Jahre 1971 fortgesetzt, wobei 0,9 km Sammelkanal errichtet wurden. Dieser Kanalbau hat eine Gesamtlänge von 2,3 km und erfordert Kosten von 74,7 Millionen Schilling. Außerdem wurde mit dem derzeit noch im Bau befindlichen Kanal in 23, Hochwassergasse, zwischen Laxenburger Straße und Neilreichgasse, der Ausbau des Linken Liesingtal-Sammelkanals fortgesetzt.

Ein großes Arbeitspensum war im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau zu bewältigen, der Umbauten in der Länge von 4,4 km notwendig machte, unter anderem in dem Straßenzug Jasomirgottstraße — Trattnerhof — Graben im 1. Bezirk sowie in der Favoritenstraße im 4. und im 10. Bezirk.

Abschließend wäre noch der im Jahre 1970 begonnene Bau des Alsbach-Entlastungskanals im Zuge der Hernalser Hauptstraße — Gschwandtnergasse, vom Elterleinplatz bis zur Rötzergasse, im 17. Bezirk zu erwähnen, der im Jahre 1971 fertiggestellt werden konnte.

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren im Jahre 1971 rund 7.050 neue Geschäftsstücke zu bearbeiten und rund 5.900 Kanalinstandsetzungs- und Anschlußaufträge aus früheren Jahren, die von den Hauseigentümern noch nicht erfüllt wurden, zu überwachen. Außerdem wurden rund 3.300 Kanalbefunde ausgestellt und anläßlich von Vorsprachen rund 4.200 Pläne von größeren Hauskanalanlagen begutachtet.

Der Kanalbetrieb hat im Jahre 1971 neuerlich eine wesentliche Ausweitung erfahren. So mußte der Einsatzdienst der Magistratsabteilung für Kanalisation in nahezu 16.000 Fällen intervenieren.

Bei der Hochdruckwagenräumung konnten im Laufe dieses Jahres dank einer weiteren Rationalisierung mit den nun zur Verfügung stehenden Fahrzeugen 514.360 m Rohrkanäle und 246.411 m Profilkanäle, wesentlich mehr als in den Vorjahren, gereinigt werden. Die Materialförderung, wie die Förderung von Sand, Schotter und sonstigen Anlandungen, aus allen Teilen der Kanalanlagen stieg im Jahre 1971 neuerlich im besonderen Ausmaß an und erreichte erstmals eine Kubatur von 8.765 m³.

Die Hochwasserpumpwerke hatten im Jahre 1971 infolge der lang anhaltenden Trockenheit eine

geringe Frequenz. Die Pumpwerke Fännergasse und Stadlau arbeiteten an je 6 Tagen, das Pumpwerk Schirlinggrund an 7 Tagen und das Pumpwerk Kaiser-Ebersdorf an 2 Tagen; das Pumpwerk Kaisermühlen mußte überhaupt nicht in Betrieb gesetzt werden.

Die Kanalhebewerke Autokaderstraße, Arbeiterstrandbadstraße, Pastorstraße und Weißenwolffgasse im 21. Bezirk sowie das Kanalhebewerk, 22, Spandlgasse, hoben eine Abwassermenge von 939.000 m³. Es war dies eine neue Spitzenleistung, wogegen die Leistung der Regenwasserpumpwerke mit nur 13.360 m³ zufolge der großen Trockenheit sehr bescheiden ausfiel. Der Rechengutanfall betrug im Jahre 1971 in den Hochwasserpumpwerken und Kläranlagen ca. 2.450 m³.

Trotz des starken Anstieges des Arbeitsumfanges konnte die Unfallziffer weiter gesenkt werden. So waren nur 28 Unfälle, hievon 27 leichte und ein schwerer, zu verzeichnen.

Der Senkgrubenbestand verminderte sich geringfügig. In Wien waren 28.538 Senkgruben erfaßt, von denen etwa 20.000 von der Magistratsabteilung für Kanalisation betreut wurden. Die Zahl der Senkgrubenräumungen belief sich im Jahre 1971 auf 25.215.

In den von der Magistratsabteilung für Kanalisation verwalteten und betriebenen Kläranlagen wurden im Jahre 1971 insgesamt 19,244.000 m³ Abwasser gereinigt, wesentlich mehr als im Vorjahr.

Der Stromverbrauch in den Pumpwerken und Kläranlagen erreichte ebenfalls eine neue Spitze: Es wurden 3,596.000 kWh benötigt.

An den 81 Führungen durch die Kanal- und Kläranlagen nahmen 4.348 Personen teil.

Instandhaltungsarbeiten wurden im Jahre 1971 auf 355 Schadenstellen durchgeführt. 576 schlagende Kanalgitter und Kanaldeckel wurden repariert. Ein Überfallkanal vom rechten Wienflußsammler in den Wienfluß im 5. Wiener Gemeindebezirk mußte nach Einsturz abgesichert und instandgesetzt werden.

An Maschinen wurden im Hochwasserpumpwerk Kaiser-Ebersdorf 2 neue Automatrechen und im Hochwasserpumpwerk Stadlau 2 neue Abwasserpumpen eingebaut. In der Hauptwerkstätte konnte die Schmiede fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Ferner wurden Reparaturen an den Hochwasserschiebern zur Sicherung der Hochwasserkanten entlang der Donau durchgeführt. In der Kläranlage Blumental wurde ein Feinrechen eingebaut und die Betriebssicherheit im Winter durch eine Überbauung gewährleistet.

Die Funkanlagen der Magistratsabteilung für Kanalisation konnten durch ein drittes transportables Gerät und weitere drei Alarmrufempfänger vermehrt werden. Für die Überwachung der Kanalhebewerke und in weiterer Zukunft auch der Regenwasserpumpwerke wurde im Jahre 1971 eine UKW-Fernwirkanlage hergestellt, die in Kürze in Betrieb genommen werden wird. Die Gefahrenmeldungen werden von den Hebewerken Pastorstraße, Spandlgasse, Schwarzlackenau und Arbeiterstrandbadstraße in die Zentrale Grabnergasse signalisiert. Eine Anzeigetafel dafür ist sowohl in der Tages- als auch in der Nachtfunkleitstelle vorgesehen.

Im Jahre 1971 konnte auch ein 6 t-Kipper mit einer Kran-Sonderkonstruktion (Foco-Kran, 35 m/min Seilgeschwindigkeit) in den Dienst gestellt werden. Für den Räumbetrieb wurde ein zweiter, größerer Schrapper mit einer Zugleistung von 1.800 kg angekauft.

Um den Räumbetrieb zu rationalisieren, wurden 30 nicht mehr nötige Spülkammern aufgelassen und demontiert. Die Zahl der Regenwasserpumpwerke wurde im Jahre 1971 um das Regenwasserpumpwerk, 22, Siemensstraße (Schnellbahnunterführung), vermehrt. Weiters sind ein Regenwasserpumpwerk in 12, Unterführung der Altmannsdorfer Straße/Autobahnzubringer, und das Automathebewerk für das städtische Strandbad „Alte Donau" im Bau.

An Hochbauten wurde im Jahre 1971 die neue große Außenstelle in 22, Waldrebengasse, im Rohbau einschließlich des Daches, des gesamten Außenputzes und der Zentralheizungsanlage fertiggestellt. Es ist beabsichtigt, diese Außenstelle bis Mitte des kommenden Jahres in Betrieb zu nehmen.

Schließlich wurde noch im Hochwasserpumpwerk Kaiser-Ebersdorf im Zusammenhang mit der neuen Automat-Rechenanlage der Sammelkanal umgebaut.

Städtische Gartenanlagen

Vom Stadtgartenamt wurden im Jahre 1971 eine größere Anzahl von neuen Grünflächen und Gartenanlagen in nahezu allen Wiener Bezirken hergestellt, und auch einige ältere Anlagen wurden umgestaltet. So wurden im 2. Bezirk, im Prater, die Arbeiten zur Verbesserung der bestehenden Grünflächen fortgesetzt und in die öffentliche Gartenanlage am Max Winter-Platz nach deren Umgestaltung zwei Pensionistensitzplätze eingebaut. Die gärtnerische Ausgestaltung der Uferböschungen am Donaukanal, im Bereiche oberhalb der Friedensbrücke und der Erdberger Lände oberhalb der Stadionbrücke sowie der Uferflächen An der unteren Alten Donau wurde fortgeführt. Im 3. Bezirk wurde gegenüber dem neu erbauten Pensionistenheim in der Baumgasse und dem Rundweg mit der Freimachung und Ausgestaltung der als Erholungspark gewidmeten Fläche begonnen. Die im 4. Bezirk,

am Brahmsplatz, bestehende Parkanlage wurde umgestaltet und durch den Einbau eines eingefriedeten Kinderspielplatzes wesentlich verbessert. Ebenso wurde die sehr veraltete Grünanlage am Hundsturm in Margareten neu gestaltet und instandgesetzt. Am Margaretengürtel, zwischen der Flurschützstraße und der Stadtbahnstation Margaretengürtel, konnten die gärtnerischen Ausgestaltungsarbeiten abgeschlossen und in der Per Albin Hansson-Siedlung, wo eine neue öffentliche Grünanlage errichtet wird, fortgesetzt werden. Desgleichen wurden Vorbereitungsarbeiten in dem für die WIG 74 (Wiener Internationale Gartenschau 1974) vorgesehenen Gelände sowie an einer Großgrünanlage in 10, Ober Laa, weiter betrieben. In der Gußriegelstraße in Favoriten wurde mit der gärtnerischen Umgestaltung der Fläche eines ehemaligen Fußballplatzes, des FC Wien-Platzes, begonnen. Ferner ist im Bereiche der neuen Wohnhausbauten in 11, Geringergasse — Mitterweg — Seeschlachtweg, eine große öffentliche Gartenanlage mit einem Rodelhügel, einer Rollerbahn und Kinderspielplätzen im Entstehen. Die Ecke Dadlergasse — Oelweingasse im 15. Wiener Gemeindebezirk errichtete öffentliche Gartenanlage konnte ihrer Bestimmung übergeben werden. In der veralteten Gartenanlage am Lorenz Bayer-Platz in Hernals konnten durch den Einbau eines Ballspielplatzes sowie von Ruhe- und Pensionistenplätzen zeitgemäße Verbesserungen geschaffen werden, und in dem zukünftigen großen Erholungsraum „Hohe Warte", der an der Stelle der ehemaligen Rothschildgärten im 19. Bezirk errichtet wird, wurde die im Norden gelegene Böschung als Verbindung zum Heiligenstädter Park ausgestaltet. Im 21. Bezirk, in der Großfeldsiedlung, wurden die öffentlichen Grünflächen erweitert; der Schulverkehrsgarten in der Tetmajergasse konnte bereits eröffnet werden. Die gärtnerische Ausgestaltung der Freiflächen zwischen der Rudolf Zeller-Gasse und der Mehlführergasse in Liesing wurde im wesentlichen abgeschlossen, während die Ausgestaltung des Kinderspielplatzes am Robinsonweg fortgeführt wurde.

Neben diesen gärtnerischen Arbeiten wurden wieder zahlreiche Gartenwege und Spielplätze staubfrei gemacht, Einfriedungen instandgesetzt oder neue Ballfanggitter errichtet. Ferner wurden in verschiedenen Straßen Alleebäume neu gepflanzt und auf mehreren Plätzen Spielgeräte und Blumenschalen aufgestellt.

Für den Wettbewerb „Wien im Blumenschmuck" wurden wie alljährlich Geld- und Ehrenpreise im Werte von 100.000 S ausgesetzt.

Die Organe des amtlichen Pflanzenschutzdienstes nahmen 21.531 Gartenkontrollen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vor. Außerdem wurden 194 Vorträge, teilweise mit Lichtbildern, zur Schulung der Gartenbesitzer abgehalten und 19 Kurse sowie 28 Tonfilmvorführungen veranstaltet.

Bei den vorgeschriebenen Pflanzeneinfuhr- und Qualitätskontrollen wurden 6.491 Sendungen, darunter 3.074 Waggons und 1.366 Lastkraftwagen, überprüft. Eine neue Aufgabe ist die vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft ab 1. März 1971 im Verordnungswege angeordnete Qualitätsklassenkontrolle bei der Einfuhr von Eiern, deren Zweck es ist, bei den Eiern eine echte Preisbildung nach der tatsächlichen Qualität zu sichern. Bis Ende des Jahres 1971 wurden 331 Waggons und 294 Lastkraftwagen, die mit ca. 6 Millionen Kilogramm Eiern, das sind ca. 120 Millionen Stück, beladen waren, kontrolliert.

Städtische Friedhöfe

Im Juli 1971 wurde ein Wettbewerb österreichischer Architekten für die Gestaltung der Erweiterungsfläche des Südwestfriedhofes durchgeführt. Im Rahmen dieses Wettbewerbes wurden 15 Projekte eingesendet, von denen 14 den Wettbewerbsbestimmungen entsprachen. Von der Jury, die aus anerkannten Fachleuten bestand, wurden ein 1., ein 2. und zwei 3. Preise vergeben. Weiters wurden ein erster Ankauf und weitere Ankäufe beschlossen. Das Projekt des ersten Preisträgers, das neue Gesichtspunkte berücksichtigt und damit das Erscheinungsbild des Friedhofes verbessert, wird ausgeführt werden.

Mit Zustimmung des Wiener Gemeinderates wurde am 16. Oktober 1971 ein Personenautobusverkehr am Wiener Zentralfriedhof aufgenommen. Die Einführung des Autobusverkehrs stellt eine echte Dienstleistung der Friedhofsverwaltung für die Bevölkerung dar und erfüllt, wie die bisherige Inanspruchnahme beweist, ein Anliegen der Wiener Bevölkerung. Ebenfalls einem Wunsch der Bevölkerung kommt der Versuch entgegen, auf den Friedhöfen Neustift, Ottakring und Baumgarten die bisher nur zu besonderen Gedenktagen geöffneten Friedhofstore ständig offen zu halten; diese Maßnahme wird seit 1. November 1971 praktiziert. Dadurch werden den Friedhofsbesuchern zum Teil sehr weite Umwege erspart. Da diese Friedhofstore infolge Personalmangels nicht bewacht werden können, müssen vorerst Erfahrungen gesammelt werden, ehe diese Neueinführung auch auf anderen Wiener Friedhöfen Platz greifen kann.

Um dem Mangel an freien Grabstellen auf verschiedenen Wiener Friedhöfen zu begegnen,

wurden Erweiterungsflächen im Ausmaß von 57.944 m² auf dem Südwestfriedhof und von 17.069 m² bei der Simmeringer Feuerhalle erworben.

Die Anzahl der Beerdigungen auf allen Wiener Friedhöfen war im Jahre 1971 mit 28.241 um 592 (2 Prozent) geringer als im Vorjahr. Dabei betrug die Anzahl der Erdbestattungen 23.769 und die der Urnenbestattungen 4.472. Das Verhältnis der Erdbestattungen zu den Urnenbestattungen lag somit bei 84,2 Prozent zu 15,8 Prozent, es ergab sich also ein leichtes Ansteigen der Kremationen gegenüber dem Vorjahr. Von den Erdbestattungen waren 74,9 Prozent Beilegungen, 10,6 Prozent Neubelegungen heimgefallener Gräber und 11,6 Prozent Neubelegungen auf Erweiterungsflächen. Von den 15,8 Prozent Urnenbestattungen entfielen 5,9 Prozent auf Beilegungen in Familiengräbern und 9,9 Prozent auf Bestattungen in Urnengräbern. Die Anzahl der Einäscherungen stieg neuerlich von 4.667 im Jahre 1970 auf 4.729 im Jahre 1971 an.

Beerdigungen nach den Bestimmungen der neuen Friedhofsordnung in einfachen Gräbern (vorher Schachtgräbern) wurden im Jahre 1971 erstmals, und zwar in 833 Fällen, durchgeführt. Ihre Häufigkeit nahm gegenüber den Beerdigungen in Schachtgräbern, im Jahre 1970 um 23 Fälle, zu. Der Anteil dieser Bestattungen an den Gesamtbestattungen betrug 2,9 Prozent.

Deckplattenbewilligungen wurden im Jahre 1971 in 4.605 Fällen erteilt, ihre Zahl war demnach um 460 höher als im Vorjahr. 150 Graböffnungen wurden durch Firmen vorgenommen; zum Teil handelte es sich um Gräber auf felsigem Untergrund.

Im Hochbauprogramm wurden die Umbauarbeiten an der Halle 3 des Wiener Zentralfriedhofes weitergeführt. Im Friedhof Simmering und in der Halle 1 des Friedhofes Ottakring wurden die Beisetzkammern um- und Kühlanlagen eingebaut. Umbauarbeiten wurden weiters durchgeführt in den Aufbahrungshallen der Friedhöfe Hietzing, Döbling und Sievering. In Verbindung damit wurden auch die Verwaltungsgebäude der Friedhöfe Hietzing und Sievering sowie des Stammersdorfer Zentralfriedhofes umgebaut und renoviert. Im Simmeringer Urnenhain wurde eine neue Urnenmauer errichtet.

Auf dem Sektor Tiefbau wurden neben anderen laufenden Arbeiten 5.348 Grabsteinfundamente und 4.513 Einfassungsfundamente mit 1.618 Piloten errichtet; hiebei wurden 5.213 m³ Beton verbraucht. Weiters wurden 20 Grüfte, 121 Grabkammern, 4 Urnengrabkammern und 104 Urnenwandnischen neu hergestellt. 23 heimgefallene Grüfte und Grabkammern konnten neu vergeben werden. Außerdem wurden 26 m Stützmauern neu errichtet, 14 m Stützmauern instandgesetzt, 879 m Einfriedungen erneuert und 191 m Einfriedungen abgetragen. Es wurden auch 3.063 m² neue Straßen und 1.316 m² neue Wege angelegt; 47.462 m² Straßen und Wege wurden instandgesetzt. 630 m Wasserleitungsrohre wurden neu verlegt und 400 m wegen Überalterung ausgewechselt; ferner wurden 78 Wasserrohrgebrechen behoben. An Gasrohren wurden 70 m neu verlegt und 60 m ausgewechselt. Ebenso wurden 180 m Elektrokabel neu verlegt und 30 m ausgewechselt. 195 m Rohrkanäle und Drainageleitungen wurden neu hergestellt.

Im Zuge der Aufschließung von Erweiterungsflächen wurden, um neue Gräbergruppen zu schaffen, 1.140 m fundierte Kunststeinfußeinfassungen verlegt. Außerdem wurden 50 Abfallbehälter und 25 Wasserbottiche hergestellt und zur Aufstellung gebracht. Ferner wurden 2 Wassermesserschächte, 18 Kanalputzschächte, 4 Einlaufschächte und 4 neue Sickerschächte gebaut. Für neue Stiegenanlagen wurden 86 m Stufen hergestellt. 842 Gruppen- und Reihenständer mußten neu aufgestellt sowie 400 entrostet und instandgesetzt werden. Auch 18.048 Grabnummerntafeln wurden neu angeschafft.

Um eine weitere Verwahrlosung zu vermeiden, wurden von 3.815 heimgefallenen und verfallenen Gräbern die Grabgedenkzeichen abgetragen und deponiert. Zum Wegführen des ständig zunehmenden Friedhofmülls wurden 6.173 Lastkraftwagen- und 194 Pferdefuhrwerks-Tagesleistungen benötigt.

Für die gärtnerische Ausgestaltung der Friedhöfe wurden große finanzielle Mittel aufgewendet und beachtliche Arbeitsleistungen durchgeführt. So wurden im Jahre 1971 insgesamt 2,014.000 m² Rasenflächen zweimal gemäht und 1,269.000 m² Friedhofsfläche einer Frühjahrssäuberung sowie 381.500 m² Friedhofswege einer Unkrautbekämpfung unterzogen. 35 Bäume mußten gerodet werden, dagegen wurden 508 Bäume in den Friedhöfen gepflanzt und 396 Bäume geschnitten.

Um die Friedhöfe zu begrünen, wurden überdies 2.503 m Hecken neu gepflanzt, 242 m überaltete Hecken gerodet und 54.200 m Hecken geschnitten. Ein Verjüngungsschnitt wurde zusätzlich bei 770 m Laubholzhecken vorgenommen. Ferner wurden 9.800 Strauch- und Staudenpflanzungen durchgeführt sowie ca. 29.000 m² Gräbergruppen durchgerodet. 33.580 m² Flächen wurden gartentechnisch gestaltet. An neuen Beerdigungsgruppen wurden 39.150 m² gerodet und planiert, wobei 469 m² Naturgneisplattenwege und 2.678 m² Betonplattenwege, jeweils in Beton verlegt, geschaffen wurden. In Flachgräbergruppen wurden 430 m Kantsteineinfassungen und 1.400 Garnituren Trittplatten zu je 4 Stück verlegt. 13.350 m² Friedhofsflächen und 1.456 m Böschungsflächen wurden umgegraben, humusiert und besämt oder mit Rasenziegeln belegt. 1.155 m³ Erdmaterial wurde

abgegraben und weggeführt. Schließlich wurden noch 82 Heimfallsgräber gerodet und zur Wiedervergabe vorbereitet.

In den städtischen Friedhofsgärtnereien wurden 71.415 m² Kulturflächen bearbeitet und humusiert.

Für den Friedhofsbetrieb wurden an Geräten, Maschinen und Fahrzeugen angeschafft: 1 „Ormig" Umdruckmaschine, 1 „Diehl" Rechenmaschine, 6 Sargversenkungsapparate, 1 „Skil" Oberfräse, 1 „Unigor" Universalmeßgerät, 1 Benzinmotorschmutzwasserpumpe, 2 „Little-Wonder" elektrische Heckenscheren, 1 „Jonsereds" Motorkettensäge, 1 „Flymo" Luftkissenrasenmäher, 1 Düsenprüfgerät Marke Bosch und 1 „OK" Allradlader L 5. 1 zweirädriger Anhänger, 1 „Mercedes" Kasten-Lieferwagen und 1 „Unimog 30" Transportkarren wurden von der Magistratsabteilung für Stadtreinigung und Fuhrpark übernommen. 1 Tieflader für ein Ladegewicht von 3.550 kg und 1 Lastenroller wurden in der betriebseigenen Werkstätte hergestellt.

Es wurden auch wieder die Gräber verdienter Persönlichkeiten als Ehrengräber in die Obhut der Stadt Wien übernommen. Im Wiener Zentralfriedhof waren dies die Gräber von: Viktor *Boschetti,* Komponist; Prof. Christl *Mardayn,* Schauspielerin; Prof. Karl *Farkas,* Schauspieler und Regisseur; Leopold *Thaller,* Stadtrat a. D., und Hofrat Hans *Mandl,* Vizebürgermeister und Landeshauptmann-Stellvertreter i. R. Den im Jahre 1969 beim Versuch, den Dhaulagiri zu besteigen, Vermißten wurde eine Gedenkstätte gewidmet.

Im Friedhof Neustift wurden Ehrengräber für Univ.-Prof. Dr. Ernst *Späth,* Präsident der österreichischen Akademie der Wissenschaften, und Prof. Otto Rudolf *Schat,* Maler, gestiftet.

Ehrenhalber auf Friedhofsdauer wurden im Wiener Zentralfriedhof gewidmet: die Gräber von Dr. Kurt *Frieberger,* Senatspräsident und Schriftsteller; Friedrich *Jellinek,* Sänger; Hochschulprof. Hans *Knesl,* akad. Bildhauer; Prof. Wilhelm *Frass,* akad. Bildhauer; Prof. Dr. Richard *Maux,* Komponist; Franz *Winterer,* Präsident des Arbeiter-Sportklubs Österreichs und Generalmajor a. D., sowie von Prof. Emmerich *Zillner,* Komponist.

In der Simmeringer Feuerhalle wurde das Grab von Gabriele *Proft,* Abgeordnete zum Nationalrat, ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet.

Die Städtische Friedhofsgärtnerei konnte bei den Aufträgen für Grabschmückungen so wie im Vorjahr einen weiteren Zuwachs um ca. 1 Prozent verbuchen, wobei die Kundenpreise nach wie vor unter dem preisüblichen Niveau gehalten werden konnten.

Neben Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebinden für Kunden besorgte sie die Aufzucht von mehr als 2,8 Millionen Stück Pflanzen auf einer Kulturfläche von 130.000 m². Außerdem stellte sie die Pflanzendekorationen für die Aufbahrungen bei, nahm die Pflege der Gehölz- und Pflanzenbestände auf den Friedhöfen sowie von Grabanlagen wahr und betreute ca. 12.000 m² Rasen- und Blumenanlagen, etwa 16.000 Krieger- und Opfergräber sowie ca. 700 Ehrengräber und 15 Ehrengrabanlagen.

Größere Anschaffungen waren 1 Dekorationswagen (Blumentransportwagen), 1.200 Pikierkistchen, 20 Kastenspangen und 670 Mistbeetfenster. 200 Mistbeetfenster wurden reparaturverglast.

Im Hauptbetrieb sowie in den Filialbetrieben auf einzelnen städtischen Friedhöfen wurden Erhaltungsarbeiten an den Glashäusern und Betriebsgebäuden durchgeführt.

Die Städtische Steinmetzwerkstätte konnte alle Kundenaufträge und Aufträge der Stadtverwaltung in angemessener Frist zufriedenstellend erfüllen. Für sie wurde 1 Steinkarre (Steinrodel) neu angeschafft.